

WIRTSCHAFT UND STATISTIK

• Nutzung einer Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte in der amtlichen Statistik • Gewerbeanzeigen • Erfassung von Einkommen in der Landwirtschaft • Vergleichende Betrachtung der Ausfuhren und des Auslandsumsatzes im Produzierenden Gewerbe • Umstellung des Verbraucherpreisindex auf Basis 2000 • Ost-West-Verdienstrelation



5/2003

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung: Johann Hahlen
Präsident des Statistischen Bundesamtes
Verantwortlich für den Inhalt:
Brigitte Reimann,
65180 Wiesbaden

- Telefon: 06 11/75 20 86
- E-Mail: wirtschaft-und-statistik@destatis.de

Vertriebspartner: SFG – Servicecenter Fachverlage GmbH
Postfach 43 43
72774 Reutlingen
Telefon: 0 70 71/93 53 50
Telefax: 0 70 71/93 53 35
Internet: www.s-f-g.com
E-Mail: destatis@s-f-g.com

Druck: Kern & Birner, Frankfurt am Main

Erscheinungsfolge: monatlich

Erschienen im Juni 2003

Einzelpreis: EUR 11,15 [D]

Jahresbezugspreis: EUR 115,- [D]

zuzüglich Versandkosten

Bestellnummer: 1010200-03105 – ISSN 1619-2907

Die Kündigung des Abonnements ist nur zum Jahresende unter Einhaltung einer vierteljährlichen Kündigungsfrist möglich.



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: www.destatis.de

oder bei unserem Informationsservice
65180 Wiesbaden

- Telefon: 06 11/75 24 05
- Telefax: 06 11/75 33 30
- E-Mail: info@destatis.de

Abkürzungen

WiSta	=	Wirtschaft und Statistik
MD	=	Monatsdurchschnitt
VjD	=	Vierteljahresdurchschnitt
HjD	=	Halbjahresdurchschnitt
JD	=	Jahresdurchschnitt
D	=	Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)
Vj	=	Vierteljahr
Hj	=	Halbjahr
a. n. g.	=	anderweitig nicht genannt
o. a. S.	=	ohne ausgeprägten Schwerpunkt
St	=	Stück
Mill.	=	Million
Mrd.	=	Milliarde

Zeichenerklärung

p	=	vorläufige Zahl
r	=	berichtigte Zahl
s	=	geschätzte Zahl
–	=	nichts vorhanden
0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
...	=	Angabe fällt später an
X	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
I oder —	=	grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2003

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Inhalt		Seite
	Kurznachrichten	381
Textteil		
<i>Thomas Körner,</i> <i>Dr. Anja Nimmergut</i>	Zu den Möglichkeiten der Nutzung einer Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte in der amtlichen Statistik	391
<i>Jürgen Angele</i>	Gewerbeanzeigen 2002	402
<i>Hannelore Pöschl</i>	Zur Erfassung von Einkommen in der Landwirtschaft	410
<i>Albrecht Krockow</i>	Vergleichende Betrachtung der Ausfuhren und des Auslandsumsatzes im Produzierenden Gewerbe	418
<i>Ute Egner</i>	Umstellung des Verbraucherpreisindex auf Basis 2000	423
<i>Birgit Frank-Bosch</i>	Ost-West-Verdienstrelation	433
<i>Gudrun Eckert</i>	Preise im April 2003	443
	Übersicht über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge	449
Tabellenteil		
	Inhalt	1*
	Statistische Monatszahlen	2*

Für die Zeit vor dem 1. Januar 2002 ermittelte DM-Beträge wurden zum amtlich festgelegten Umrechnungskurs 1 Euro = 1,95583 DM in Euro umgerechnet. Aufgrund der kaufmännischen Rundung kann es bei der Summenbildung zu geringfügigen Abweichungen kommen. Auch vor dem 1. Januar 2002 aus DM-Werten errechnete Zuwachsraten und Anteile können aus diesem Grund geringfügig von den in Euro dargestellten Werten abweichen.

Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990. Die Angaben für das „frühere Bundesgebiet“ beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3. 10. 1990; sie schließen Berlin-West ein. Die Angaben für die „neuen Länder und Berlin-Ost“ beziehen sich auf die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie auf Berlin-Ost.

Contents		Page
	News in brief	381
Texts		
<i>Thomas Körner,</i> <i>Dr. Anja Nimmergut</i>	The possibilities of using a permanent sample of households willing to respond to surveys in official statistics	391
<i>Jürgen Angele</i>	Business notifications, 2002	402
<i>Hannelore Pöschl</i>	The coverage of income in agriculture	410
<i>Albrecht Krockow</i>	Comparative analysis of exports and foreign turnover in production industries	418
<i>Ute Egner</i>	Rebasing the consumer price index to base 2000	423
<i>Birgit Frank-Bosch</i>	East-West relation of earnings	433
<i>Gudrun Eckert</i>	Prices in April 2003	443
	List of the contributions published in the current year	449
Tables		
	Summary	1*
	Monthly statistical figures	2*
Table des matières		Page
	Informations sommaires	381
Textes		
<i>Thomas Körner,</i> <i>Dr. Anja Nimmergut</i>	Possibilités d'utiliser un échantillon permanent des ménages prêts à donner des renseignements dans la statistique officielle	391
<i>Jürgen Angele</i>	Avis officiels en matière des activités commerciales, industrielles et artisanales, 2002	402
<i>Hannelore Pöschl</i>	La couverture des revenus dans l'agriculture	410
<i>Albrecht Krockow</i>	Observation comparative des exportations et du chiffre d'affaires étranger dans les industries productrices	418
<i>Ute Egner</i>	Rajustement de l'indice des prix à la consommation sur la base de l'an 2000	423
<i>Birgit Frank-Bosch</i>	Relation salariale entre l'est et l'ouest de l'Allemagne	433
<i>Gudrun Eckert</i>	Prix en avril 2003	443
	Liste des contributions publiées dans l'année en cours	449
Tableaux		
	Résumé	1*
	Chiffres statistiques mensuels	2*

The data for the Federal Republic of Germany relate to its territory since 3 October 1990. The data for the "former territory of the Federal Republic" relate to the territory of the Federal Republic of Germany before 3 October 1990; they include Berlin-West. The data for the "new Länder and Berlin-East" relate to the Länder of Brandenburg, Mecklenburg-Western Pomerania, Saxony, Saxony-Anhalt, Thuringia as well as to Berlin-East. Données pour la République fédérale d'Allemagne selon le territoire depuis le 3 octobre 1990. Les données pour «l'ancien territoire fédéral» se réfèrent à la République fédérale d'Allemagne, territoire jusqu'au 3 octobre 1990; Berlin-Ouest y est inclus. Les données pour les «nouveaux Länder et Berlin-Est» se réfèrent aux Länder Brandebourg, Mecklembourg-Poméranie occidentale, Saxe, Saxe-Anhalt, Thuringe ainsi qu'à Berlin-Est.

Kurznachrichten

In eigener Sache

25 Jahre Ausbildung im Statistischen Bundesamt

Vor 25 Jahren, lange vor der Ausbildungsinitiative im öffentlichen Dienst, hat das Statistische Bundesamt damit begonnen, Jugendliche auszubilden. Seit 1978 wurden insgesamt 539 Auszubildende an den Standorten Wiesbaden, Berlin und Bonn ausgebildet. Begonnen wurde mit der Ausbildung im Ausbildungsberuf Verwaltungsfachangestellter, der 1995 vom Fachangestellten für Bürokommunikation abgelöst wurde. Zusätzlich bildet das Statistische Bundesamt seit 1999 auch Fachinformatiker, Bereich Anwendungsentwicklung, aus.

Derzeit befinden sich 93 Auszubildende in diesen beiden Ausbildungsberufen und unterschiedlichen Ausbildungsjahren im Statistischen Bundesamt. In diesem Jahr stehen wieder 24 Ausbildungsplätze im Ausbildungsberuf Fachangestellter für Bürokommunikation und 5 Ausbildungsplätze im Ausbildungsberuf Fachinformatiker zur Verfügung. Abiturientinnen und Abiturienten können sich auch für die Ausbildung im gehobenen Dienst der Bundesverwaltung bewerben. Die notwendigen Praktika werden im Statistischen Bundesamt absolviert, während das Studium an der Fachhochschule des Bundes in Brühl und der praxisbezogene Unterricht beim Bundesverwaltungsamt in Köln stattfinden.

Wie in den vergangenen Jahren war das Statistische Bundesamt auch bei der diesjährigen Ausbildungsmesse in Wies-

baden vom 14. bis 15. Mai 2003 vertreten. Die Gestaltung des Messestandes und die nötige Ausstattung wurde dabei von den Auszubildenden des Einstellungsjahrgangs 2002 organisiert. Zukünftige Schulabgänger, Eltern und Lehrer konnten sich an dem Stand des Statistischen Bundesamtes über die Ausbildungsberufe Fachangestellte für Bürokommunikation, Fachinformatiker und Regierungsinspektorenwärter informieren.

Um die Information künftiger Auszubildender ging es auch beim diesjährigen Girls' Day (Mädchenzukunftstag).

Bundesweit hatten Arbeitgeber, so auch das Statistische Bundesamt, ihre Pforten geöffnet, um Mädchen im Alter von 11 bis 16 Jahren über mögliche berufliche Tätigkeiten zu informieren und so das Berufswahlspektrum zu erweitern.

„Was lernt man als Fachinformatikerin?“ – „Gibt es auch Einstiegsmöglichkeiten nach dem Studium?“ – „Was macht eigentlich eine Grafik-Designerin im Statistischen Bundesamt?“ Das waren nur einige der Fragen, die am Girls' Day beantwortet und mit vielen praktischen Beispielen aus dem Arbeitsalltag im Statistischen Bundesamt – einem der größten Informationsdienstleister in Deutschland – belegt wurden.

Aktuellere Meldungen zum Wirtschaftswachstum und zur Erwerbstätigkeit

Beginnend mit dem ersten Vierteljahr 2003 veröffentlicht das Statistische Bundesamt Angaben zur Entwicklung des

Bruttoinlandsprodukts in einer Schnellmeldung bereits 45 Tage nach Abschluss des Berichtsquartals; das sind rund 10 Tage früher als bisher.

Erstmals wurden in einer Pressemitteilung am 15. Mai 2003 die realen Veränderungsraten für das Bruttoinlandsprodukt des ersten Vierteljahres 2003 gegenüber dem Vorquartal (saison- und kalenderbereinigt) sowie gegenüber dem Vorjahr, allerdings ohne weitere Untergliederung, dargestellt. Die tiefer gegliederten und ausführlich erläuterten Ergebnisse zum Bruttoinlandsprodukt wurden wie bisher rund 55 Tage nach Ablauf des Berichtsquartals veröffentlicht; für das erste Quartal 2003 am 22. Mai 2003.

Das Bruttoinlandsprodukt, der Wert der in Deutschland erwirtschafteten Leistung, ist im ersten Quartal 2003 gegenüber dem Vorquartal – saison- und kalenderbereinigt – um 0,2% zurückgegangen, gegenüber dem Vorjahresquartal dagegen um 0,5% gestiegen.

Unter Ausschaltung des Kalendereffekts (im ersten Quartal 2003 stand knapp ein Arbeitstag mehr zur Verfügung) hätte die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahresquartal 0,2% betragen.

Die im Vergleich zum Vorquartal geringere Wirtschaftsleistung im ersten Quartal 2003 ergab sich vor allem aus einem Anstieg der Importe, (+1,9%), der deutlich über dem der Exporte (+0,7%) lag und damit zu einer Verringerung des Exportüberschusses (Außenbeitrags) führte. Der hiervon ausgehende negative Beitrag zum Wirtschaftswachstum konnte von der insgesamt nur sehr schwachen Zunahme der inländischen Verwendung (+0,1%) nicht ausgeglichen werden. Innerhalb der inländischen Verwendung sind im ersten Quartal 2003 vor allem die privaten Konsumausgaben (+0,6%) und die Konsumausgaben des Staates (+0,1%) sowie bei den Investitionen die Ausrüstungen (+0,3%) und die Vorratsveränderungen (+0,1 Prozentpunkte Wachstumsbeitrag) gegenüber dem Vorquartal gestiegen; dagegen gingen die Bauinvestitionen (–3,3%) – nach einer Stabilisierung in den beiden letzten Quartalen des Jahres 2002 – und die sonstigen Anlagen (–1,2%, insbesondere Computersoftware und Urheberrechte) zurück. Auch im Vorjahresvergleich beeinflusste der geringere Exportüberschuss im ersten Quartal 2003 das Wachstum negativ, allerdings führte der Anstieg der inländischen Verwendung (+1,1%) zu einem wenn auch schwachen Wirtschaftswachstum (+0,5%)

In jeweiligen Preisen waren im ersten Quartal 2003 das Bruttoinlandsprodukt um 1,6% und das Bruttonationaleinkommen um 1,7% größer als vor einem Jahr. Das Volkseinkommen lag mit 374,9 Mrd. Euro um 1,4% über dem Wert des ersten Quartals 2002. Das Arbeitnehmerentgelt nahm im Berichtsquartal um 0,9% zu. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte war 2,2% höher als im ersten Quartal 2002, die Sparquote der privaten Haushalte betrug 14,0%.

Erste Angaben über die vierteljährliche Erwerbstätigkeit stehen künftig ebenfalls früher zur Verfügung. Die Zahlen für das erste Quartal 2003 lagen am 13. Mai 2003 vor, tiefere Untergliederungen am 20. Mai.

Im ersten Quartal 2003 hatten rund 37,9 Mill. Erwerbstätige ihren Arbeitsort in Deutschland (Inlandskonzept). Das waren 481 000 Personen (–1,3%) weniger als ein Jahr zuvor, nach –362 000 Personen (–0,9%) im vierten Quartal 2002. Damit hat sich im ersten Quartal 2003 der seit dem vierten Quartal 2001 anhaltende Beschäftigungsabbau im Vorjahresvergleich unvermindert fortgesetzt.

Der am Anfang eines Jahres saisonal übliche Rückgang der Erwerbstätigkeit durch jahreszeitlich bedingte Einflüsse fiel im ersten Quartal 2003 gegenüber dem vierten Quartal 2002 mit einer Abnahme um 962 000 Personen stärker aus als in den Jahren zuvor (erstes Quartal 2002 gegenüber viertem Quartal 2001: –843 000 Personen).

Saisonbereinigt, das heißt nach rechnerischer Ausschaltung der jahreszeitlich bedingten Schwankungen, hat sich im ersten Quartal 2003 die Zahl der Erwerbstätigen im Vergleich zum Vorquartal weiter verringert: Im Berichtsquartal waren saisonbereinigt in Deutschland 149 000 Personen (–0,4%) weniger erwerbstätig als im vierten Quartal 2002.

Die schnellere Bereitstellung von Angaben zum deutschen Wirtschaftswachstum steht im Zusammenhang mit dem Vorhaben des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat), ab dem ersten Quartal 2003 eine beschleunigte Schätzung des Bruttoinlandsprodukts für die Europäische Union und die Eurozone vorzulegen. Die Eurostat-Schätzungen können sich dann auf die Angaben des Statistischen Bundesamtes und einiger weiterer Mitgliedstaaten stützen.

Weitere Auskünfte erteilt das
VGR-Infoteam, Telefon 06 11 / 75 26 26,
E-Mail: vgr-bip-auskunft@destatis.de.

Aus dem Inland

Einkaufen bis zu 84 Stunden pro Woche möglich

Die ab 1. Juni 2003 geltenden neuen gesetzlichen Ladenöffnungszeiten eröffnen den Einzelhändlern die Möglichkeit, vier Stunden länger und damit maximal 84 Stunden von Montag bis Samstag die Ladentüren offen zu halten. Hierbei sind Sonderregelungen, wie u. a. für Bäcker, Kurorte oder große Städte ab 200 000 Einwohnern, nicht berücksichtigt.

Seit 1956 wurden über vier Jahrzehnte hinweg die maximalen Öffnungszeiten kaum gesetzlich verlängert: Im Jahr 1996 lagen sie mit 64,5 Stunden pro Woche nur eine Stunde über den erlaubten Zeiten von 1956. Im November 1996 wurden dann die Ladenöffnungszeiten erheblich, nämlich auf 80 Stunden, ausgeweitet. Im Vergleich zu 1956 werden nunmehr die Einzelhändler ihre Geschäfte ab Juni 2003 um 20,5 Stunden länger öffnen können.

Für einen Vollzeitbeschäftigten mit einer durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit von tagsüber 38 Stunden bedeutet die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten zugleich, dass

er demnächst 46 Stunden zum Einkaufen zur Verfügung hat. Dies gilt allerdings nur unter der Annahme, dass dieser Erwerbstätige in seinem Einzugsgebiet auch auf Geschäfte zurückgreifen kann, die ihm die maximalen Öffnungszeiten bieten.

Weitere Auskünfte erteilt
Iris Fischer, Telefon 06 11 / 75 45 82,
E-Mail: binnenhandel@destatis.de.

Zuschätzungen in der Außenhandelsstatistik jetzt auch auf Ebene von Bundesländern

Die in der Außenhandelsstatistik für den Extra- und den Intra-handel veröffentlichten Zahlen, die in der tiefsten Gliederung bereits 8 bis 10 Wochen nach Ende eines Monats vorliegen, sind zunächst vorläufige Zahlen. Insbesondere in der Intrahandelsstatistik, wo das Erhebungsverfahren seit Vollendung des EU-Binnenmarktes 1993 nicht mehr an die Zollformalitäten gekoppelt ist, sondern die Unternehmen ihre grenzüberschreitenden Warenbewegungen innerhalb der Europäischen Union (EU) direkt dem Statistischen Bundesamt melden, gehen die Meldungen oft verspätet und manchmal erst nach Erinnerung der Meldepflichtigen ein. Für die bis zur Veröffentlichung noch fehlenden Meldungen wird mit einem globalen Zuschätzfaktor gearbeitet, der sich an den Umsatzsteuer-Voranmeldungen der Auskunftspflichtigen orientiert. Nach Abschluss eines Berichtsjahres werden die Zuschätzungen für Antwortausfälle im Rahmen der Jahreskorrektur weitestgehend durch Nachmeldungen ersetzt. Erst durch die Einarbeitung der Nachmeldungen ist es möglich, Aussagen über die Struktur der verspätet gemeldeten Warenbewegungen zu treffen. Infolgedessen sind sinnvolle Vorjahresvergleiche auf Ebene von Warennummern und Bundesländern vor Veröffentlichung der endgültigen Ergebnisse nicht möglich. Trotz aller Bemühungen, die Antwortausfälle im Intra-handel zu minimieren, betrugen sie im Jahr 2002 bei der Versendung rund 7% und beim Eingang rund 12% der Gesamtsumme.

Eine weitere, jedoch wertmäßig weniger bedeutende Zuschätzposition sind die nicht anmeldepflichtigen Warenverkehre, die bei der Versendung 1,57% und beim Eingang 2,74% der Werte ausmachen. Diese werden in gleicher Weise behandelt wie die Zuschätzungen für Antwortausfälle.

Die monatlichen Zuschätzungen für Antwortausfälle und Befreiungen in den vorläufigen Ergebnissen des Intra-handels werden derzeit lediglich auf die EU-Staaten aufgeteilt, gemäß deren Anteil an Eingang und Versendung. In den Darstellungen des Intra-handels nach Waren werden die Schätzpositionen nur unter einer Sammelnummer nachgewiesen, in den Darstellungen nach Ursprungs- bzw. Bestimmungsregion unter der Position „nicht ermittelte Bundesländer“. Die Position „nicht ermittelte Bundesländer“ macht in den Ergebnissen der Außenhandelsstatistik rund 6,5% des Werts der Ausfuhr und etwa 9,5% des Werts der Einfuhr aus.

Die Aufteilung der Zuschätzungen nur auf EU-Staaten erlaubte es bisher nicht, vor Einarbeitung der Jahreskorrekturen realistische Aussagen über Außenhandelsergebnisse nach Bundesländern zu treffen bzw. für Bundesländer Vorjahresvergleiche anzustellen, sofern Ergebnisse der Intrahandelsstatistik in die Betrachtung einfließen. Daher wurde im vergangenen Jahr im Rahmen eines von der EU finanzierten Projekts untersucht, ob die beiden Schätzpositionen zusätzlich zur Untergliederung nach EU-Staaten auch auf Bundesländer und Warennummern aufgeteilt werden können. Dabei sollten die eingearbeiteten Schätzungen die späteren endgültigen Ergebnisse möglichst genau widerspiegeln.

Das im Rahmen dieser Untersuchung entwickelte Schätzverfahren wird seit Monatsanfang Januar 2003 auf die Ergebnisse nach Bundesländern angewendet. Eine weitere Untergliederung der Zuschätzungen auf Warenebene hat sich nicht als sinnvoll erwiesen.

Vier Jahre www.gbe-bund.de

Ein größeres und aktuelleres Daten- und Informationsangebot, verbesserte Recherche- und Auswertungsmöglichkeiten, steigende Nutzerzahlen – über die vier Jahre, seit denen das Informationssystem der Gesundheitsberichterstattung (GBE) des Bundes online verfügbar ist, gibt es viel Positives zu berichten.

Anfang Mai 1999 startete das Informationssystem mit Daten aus zwei Quellen: der Bevölkerungs- und der Todesursachenstatistik. Heute umfasst das Informationssystem Zahlen und Hintergrundinformationen aus mehr als 100 gesundheitsbezogenen statistischen Quellen. Rund 60% der Erhebungen, die im GBE-System abrufbar sind, stammen dabei von Institutionen außerhalb der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Darunter befinden sich auch Daten internationaler Institutionen wie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO).

Im Februar dieses Jahres wurde eine überarbeitete Version des Informationssystems freigeschaltet (siehe auch WiSta 3/2003, S. 163). Das Internetangebot der GBE des Bundes ist dadurch noch nutzerfreundlicher und deutlich schneller geworden. Eine vollständig überarbeitete Stichwortsuche schöpft den Informationsbestand der Gesundheitsberichterstattung noch besser aus. Die erweiterten Navigationsmöglichkeiten zwischen den Dokumenten und die Bereitstellung aktueller Informationen in einem Newsticker greifen gezielt Kundenwünsche auf. Mit dem deutlichen Ausbau der englischsprachigen Informationen sollen weitere Nutzer für das System gewonnen werden.

Beides, die inhaltliche Erweiterung und die Ausweitung der Anwendungsmöglichkeiten haben dazu beigetragen, eine Vielzahl neuer Nutzer für das GBE-System zu gewinnen. Im ersten „Online-Jahr“ haben rund 35 000 Nutzer mit www.gbe-bund.de gearbeitet, im Jahr 2002 waren es mit rund 115 000 mehr als dreimal so viel. Am Ziel ist die vom Robert Koch-Institut und dem Statistischen Bundesamt als

gemeinsame Aufgabe durchgeführte GBE des Bundes damit noch nicht.

Mit einer intensiveren Öffentlichkeitsarbeit, weiteren qualitätssichernden Arbeiten am System und der Pflege seines Daten- und Informationsbestandes sollen weitere Nutzergruppen angesprochen und für das Onlineangebot gewonnen werden.

Neuerscheinungen

Gemeindeverzeichnis 2001 auf CD-ROM erschienen

Die aktualisierte Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder „Gemeindeverzeichnis, Stand 31. Dezember 2001“ ist jetzt auf CD-ROM erschienen. Die CD-ROM enthält die Gemeindeschlüsselnummern für alle selbstständigen Gemeinden Deutschlands und die Zugehörigkeit der Gemeinden zu den übergeordneten Einheiten wie Landkreisen, Regierungsbezirken und Bundesländern. Zudem bietet die CD-ROM Angaben über Fläche und Einwohnerzahl sowie die Anschriften der Verwaltungssitze der Gemeinden und der übergeordneten Verwaltungseinheiten.

Darüber hinaus wurde die aktuelle Jahresausgabe der CD-ROM durch die Verschlüsselung nichtadministrativer Gebietseinheiten, wie Arbeitsmarkt- oder Raumordnungsregion, auf Gemeinde- und Kreisebene erweitert.

Die Daten werden in einer netzwerkfähigen Microsoft Access Datenbank unter MS Office 97 zur Verfügung gestellt und können menügesteuert abgerufen und in verschiedene Formate exportiert werden.

Die CD-ROM „Gemeindeverzeichnis“ (Hrsg.: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bestellnummer 8728010-01700 — ISBN 3-8246-0681-X, Einzelplatzlizenz: 98,- Euro zzgl. Versandkosten, Erscheinungsweise: jährlich) ist über den Vertriebspartner des Statistischen Bundesamtes (nähere Angaben siehe Impressum) erhältlich.

Weitere Auskünfte erteilt
Harry Krajzar, Telefon 06 11 / 75 28 75,
E-Mail: harry.krajzar@destatis.de.

Methodenbeschreibung zur vierteljährlichen Inlandsproduktsberechnung

Seit kurzem ist die Methodenbeschreibung des Statistischen Bundesamtes zur vierteljährlichen Berechnung des Inlandsprodukts verfügbar. Sie kann im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes online als Download erworben werden (<http://www.destatis.de/shop>).

Diese Methodenbeschreibung ergänzt die Beschreibung der Methoden und Grundlagen der Jahreswerte des Inlandsprodukts, die bereits seit Ende des vergangenen Jahres im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes und seit Januar 2003 als gedruckte Fassung erhältlich ist.

Demnächst wird noch eine Methodenbeschreibung zur Preis- und Volumenmessung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen erscheinen. Mit diesen drei Publikationen erfüllt das Statistische Bundesamt den häufig geäußerten Wunsch nach zusammenfassenden Darstellungen der Quellen, Methoden und Berechnungsverfahren seiner Inlandsproduktsberechnungen.

Weitere Auskünfte erteilt das
VGR-Infoteam, Telefon 06 11 / 75 26 26,
E-Mail: vgr-bip-auskunft@destatis.de.

Kompakt

Frühjahrsaussaaten wegen Frostschäden gestiegen

In ganz Deutschland haben vor allem Frost und Trockenheit während des letzten Winters und im Frühjahr beträchtliche Schäden bei den Feldfruchtarten Winterweizen, Triticale, Winterroggen, Wintergerste, Wintermenggetreide und Winterraps verursacht. So waren die Landwirte gezwungen, umfangreiche Flächen der Herbstaussaat 2002 neu zu bestellen. Der Anteil dieser Neuansaat betrug im April 2003 bundesweit durchschnittlich zum Beispiel bei Wintergerste 8,9%, bei Winterraps 5,8% und bei Winterweizen 3,4%; im Vorjahr lagen diese Werte jeweils unter 1%. Bedingt durch regionale Unterschiede im Hinblick auf die Fruchtarten und die Größe der Aussaatflächen waren die Bundesländer unterschiedlich stark betroffen: Überdurchschnittlich hohe Auswinterungsschäden gab es in Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Die Anbauflächen von Wintergetreide im April 2003 sanken somit gegenüber der Bodennutzungshaupterhebung 2002 um rund 400 000 ha, wobei der stärkste Rückgang mit 178 000 ha oder 24,5% bei Roggen festzustellen war. Der Anbau von Sommergetreide (ohne Körnermais) wurde dagegen um über 320 000 ha gegenüber dem Vorjahr ausgeweitet.

Weitere Auskünfte erteilt
Heiko Schirmacher, Telefon 0 18 88 / 6 44 86 19,
E-Mail: heiko.schirmacher@destatis.de.

Im Frühjahr regelmäßig steigende Umsätze im Heimwerkerbedarf

Mit dem Frühjahr steigt offenbar die Lust an handwerklicher Betätigung in privaten Haushalten. Die Umsätze im Facheinzelhandel mit Bau- und Heimwerkerbedarf liegen im März

regelmäßig jeweils um etwa 30% über dem Niveau des Vormonats und erreichen in den Monaten April und Mai die höchsten Werte innerhalb eines Jahres.

Im Jahr 2002 entfielen auf die Monate März bis Mai 28,4% des in dieser Branche erzielten Jahresumsatzes in Höhe von rund 12,8 Mrd. Euro. Der Einzelhandel mit Bau- und Heimwerkerbedarf erhöhte seinen Umsatz im Jahr 2002 nominal um 0,5% und real um 0,3% gegenüber 2001.

Weitere Auskünfte erteilt
Michael Wollgramm, Telefon 06 11 / 75 24 23,
E-Mail: binnenhandel@destatis.de.

Aspekte des Straßenverkehrs

Deutliche Zunahme der Unfälle mit Kleinlastern

Im Jahr 2001 waren deutlich mehr Fahrer von Kleinlastern in Unfälle mit Personenschaden verwickelt als noch 1991. Waren im Jahr 1991 10 173 Kleinlasten (einschl. ausländischer Fahrzeuge) an Unfällen mit Personenschaden beteiligt, so waren es im Jahr 2001 mit 20 678 nur deutschen Fahrzeugen, mehr als doppelt so viele (+ 103%). Die Zahl der beim Kraftfahrt-Bundesamt registrierten Kleinlasten ist innerhalb dieses Zeitraums um 127% von 792 179 auf 1 796 980 Fahrzeuge angestiegen. Kleinlasten sind Liefer- und Lastkraftwagen mit Normalaufbau mit einem zulässigen Gesamtgewicht unter 3,5 t; Haupteinsatzbereiche sind u. a. Verteilerverkehr und Paketdienste.

Kleinlasten verunglückten im Jahr 2001 zu 60% innerorts und zu 30% auf Landstraßen; 10% der Unfälle passierten auf Autobahnen.

61% aller unfallbeteiligten Fahrer eines Kleinlasters waren auch die Hauptverursacher des Unfalls. Der Hauptverursacher ist der Beteiligte, der nach Feststellung der Polizei die Hauptschuld am Zustandekommen des Unfalls trägt.

Bei den von Fahrern von Kleinlastern verursachten Unfällen wurden im Jahr 2001 206 Verkehrsteilnehmer getötet (+ 44% gegenüber 1991), 2 548 schwerverletzt (+ 66%) und 13 939 leichtverletzt (+ 128%).

Die häufigsten Unfallursachen waren 2001 nicht angepasste Geschwindigkeit und Abstandsfehler, die jeweils 14% der unfallbeteiligten Fahrer von Kleinlastern angelastet wurden; 10% machten Vorfahrt-/Vorrangfehler und 6% Fehler beim Abbiegen. Alkoholeinfluss wurde von der Polizei nur 2% der unfallbeteiligten Kleinlastenfahrer angelastet.

Weitere Auskünfte sowie eine ausführliche Arbeitsunterlage zum Unfallgeschehen von Güterkraftfahrzeugen sind erhältlich bei

Rudolf Kaiser, Telefon 06 11 / 75 24 98,
E-Mail: Verkehrsunfaelle@destatis.de.

Omnibusreisen im Jahr 2002: 19 000 mal rund um die Erde

Überschattet von den tragischen Unfällen deutscher Reisebusse am ungarischen Plattensee und bei Lyon hat in diesen Wochen die Hauptsaison für Reisen mit Omnibussen begonnen. Die folgenden Daten geben einen Überblick über das Verkehrsvolumen von Omnibussen deutscher Unternehmen:

Im Jahr 2002 wurden von rund 76 Mill. Fahrgästen Omnibusreisen mit deutschen Unternehmen unternommen; das waren 5,0% weniger als im Vorjahr. Dabei legten die Omnibusse insgesamt (einschließlich grenzüberschreitendem Verkehr) eine Strecke von rund 767 Mill. km (– 3,6%) zurück; dies entspricht mehr als dem Neunzehntausend-fachen des Erdumfangs am Äquator.

61 Mill. Personen (– 4,0%) reisten in angemieteten Omnibussen an selbst bestimmte Fahrtziele, weitere 15 Mill. (– 8,5%) nahmen an Ausflugsfahrten, Städte- und Rundreisen von ein- oder mehrtägiger Dauer sowie an Ferienzielreisen teil.

Die Unternehmen erzielten insgesamt eine Beförderungsleistung von 23,5 Mrd. Personenkilometern (– 5,7%); die mittlere Reiseweite je Fahrgast erstreckte sich dabei auf 309 km.

Zu dieser Statistik melden nur Unternehmen mit genehmigungspflichtigem Verkehr, die über mindestens sechs Omnibusse verfügen.

Informationen aus dem Bereich Bildung und Forschung

Zur Berufswahl junger Frauen

Ende 2002 befanden sich rund 1,6 Mill. Jugendliche in einer Ausbildung im dualen System, davon waren 41% (665 300) Frauen. Unter Einbeziehung auch von rein schulischen Berufsausbildungen, wie zum Beispiel zur Krankenschwester bzw. zum Krankenpfleger, liegt der Frauenanteil in den Berufsausbildungen bei 46% und damit einen Prozentpunkt unterhalb des Frauenanteils bei den Hochschulausbildungen.

Obwohl in Deutschland Frauen mittlerweile alle Berufe (Ausnahme: Bergleute) offen stehen, bleibt deren Berufswahl vielfach traditionell: In den 20 beliebtesten Berufen, die rund die Hälfte aller Auszubildenden erlernen, reichte im Jahr 2001 die Spannweite des Frauenanteils von 1% bei den Ausbildungsberufen Gas- und Wasserinstallateur/-in, Metallbauer/-in und Elektroinstallateur/-in bzw. 2% bei Kraftfahrzeugmechaniker/-in bis hin zu 93% bei Friseur/-in, 96% bei Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk sowie nahezu 100% bei Arzthelfer/-in und zahnmedizinische(r) Fachangestellte(r). Beim häufigsten Ausbildungsberuf im Bereich der neuen Informationstechnologien, Fachinformatiker/-in, lag der Anteil der jungen Frauen lediglich bei 11%, obwohl Frauen mit rund 70% häufiger als ihre männlichen Mitbe-

werber (60%) über die hierfür meist erwartete schulische Qualifikation von Realschulabschluss bzw. Hochschulreife verfügen. Demgegenüber scheinen die neuen Medienberufe das besondere Interesse von jungen Frauen gefunden zu haben: Von den Auszubildenden im Beruf Mediengestalter/-in für Digital- und Printmedien waren 56% Frauen.

Insgesamt sind in den letzten fünf Jahren bei den Frauenanteilen in den verschiedenen Berufsausbildungen keine größeren Veränderungen festzustellen.

Im Wintersemester 2002/2003 waren gut 110 000 Frauen mehr an deutschen Hochschulen eingeschrieben als noch vier Jahre zuvor. Der Frauenanteil an den Studierenden an Hochschulen ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen: Von 44% im Wintersemester 1998/99 auf insgesamt 47% im Wintersemester 2002/2003. Noch immer sind Frauen jedoch in einigen Studiengängen deutlich unterrepräsentiert:

Gerade in den technisch-naturwissenschaftlichen Fächern sind vergleichsweise wenige Frauen immatrikuliert. In der Fächergruppe Mathematik, Naturwissenschaften beträgt der Frauenanteil lediglich 36%, in den Ingenieurwissenschaften nur 21%. Demgegenüber weisen die Sprach- und Kulturwissenschaften mit 68% und die Veterinärmedizin mit 82% einen weit überdurchschnittlichen Anteil an weiblichen Studierenden auf.

Eine Trendwende in diesen Bereichen ist derzeit nicht erkennbar. So stieg zwar der Frauenanteil unter den Studierenden, die im Wintersemester 2002/2003 ein Fachstudium in Mathematik, Naturwissenschaften aufnahmen, gegenüber dem Wintersemester 1998/99 von knapp 37% auf nunmehr gut 39% leicht an. In den Ingenieurwissenschaften stagnierte dieser Anteil im gleichen Zeitraum jedoch bei etwa 22%.

Bezogen auf alle Erstsemester an Hochschulen hat der Frauenanteil im Wintersemester 2002/2003 erstmals die 50%-Marke knapp überschritten.

Weitere Auskünfte erteilen

Marianne Renz (zum Bereich Berufsbildungsstatistik),
Telefon 06 11 / 75 41 41,
E-Mail: berufsbildungsstatistik@destatis.de, sowie
Rainer Wilhelm (zum Bereich Hochschulstatistik),
Telefon 06 11 / 75 41 45,
E-Mail: hochschulstatistik@destatis.de.

Hochschulausgaben 2001

Die öffentlichen und privaten Hochschulen in Deutschland gaben im Jahr 2001 insgesamt 28,6 Mrd. Euro für Lehre, Forschung und Krankenbehandlung aus. Damit erhöhten sich die Hochschulausgaben gegenüber dem Vorjahr um 4,1%.

Auf die Universitäten entfielen 12,6 Mrd. Euro (+3,7% gegenüber 2000). Die medizinischen Einrichtungen der Universitäten gaben 13,3 Mrd. Euro (+5,1%) und die Fach- und Verwaltungsfachhochschulen 2,8 Mrd. Euro (+1,8%) aus. 303 von 384 Hochschulen befanden sich in öffentlicher Trä-

gerschaft. Das Ausgabevolumen der insgesamt 81 privaten Hochschulen in Deutschland lag bei 0,3 Mrd. Euro.

Mit 17,5 Mrd. Euro, das entspricht 60,9% aller Ausgaben, waren die Personalaufwendungen im Jahr 2001 der größte Ausgabeposten der Hochschulen. Der übrige laufende Sachaufwand betrug knapp 8 Mrd. Euro. 3,2 Mrd. Euro (+6,6%) wurden für Investitionen ausgegeben.

Rund 5 von 100 Studierenden waren im Wintersemester 2001/2002 im Fachbereich Medizin immatrikuliert. Auf die medizinischen Fachbereiche und Einrichtungen der Hochschulen entfielen 46,3% aller Hochschulausgaben; sie wurden sowohl für Lehre und Forschung als auch für Krankenbehandlung aufgewendet. Für die Fächergruppe Mathematik und Naturwissenschaften gaben die Hochschulen 3,3 Mrd. Euro aus, für die Ingenieurwissenschaften 2,7 Mrd. Euro. In den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (31,8% aller eingeschriebenen Studierenden) lagen die Ausgaben bei 1,5 Mrd. Euro; das entspricht 5,4% aller Ausgaben.

Die Hochschulen erzielten 2001 Einnahmen in Höhe von 12,3 Mrd. Euro (+4,9%). Davon waren 9,0 Mrd. Euro Verwaltungseinnahmen (+4,7%), die zu 94,3% von den medizinischen Einrichtungen, überwiegend als Entgelte für Krankenbehandlungen, erzielt wurden. Darüber hinaus warben die Hochschulen 3,1 Mrd. Euro an Drittmitteln bei privaten und öffentlichen Stellen ein (+8,7% gegenüber 2000). Dabei flossen die meisten Drittmittel an die Universitäten (2,2 Mrd. Euro). Wichtigste Drittmittelgeber waren die Deutsche Forschungsgemeinschaft (943 Mill. Euro), die Unternehmen (832 Mill. Euro) und der Bund (735 Mill. Euro).

Auf jeden an Hochschulen Studierenden entfielen im Jahr 2001 7 170 Euro an Ausgaben für laufende Zwecke. Während die laufenden Grundmittel je Studierenden bei den medizinischen Einrichtungen bei 28 370 Euro lagen, betrugen sie an den Universitäten 6 530 Euro, an den Kunsthochschulen 12 390 Euro und den Fachhochschulen 4 280 Euro.

Bezogen auf alle Hochschulabsolventen des Jahres 2001 wurden je Person im Durchschnitt 78 250 Euro an laufenden Grundmitteln aufgewendet.

Weitere Auskünfte erteilt

Wolfgang Göbel, Telefon 06 11 / 75 41 48,
E-Mail: wolfgang.goebel@destatis.de.

Außeruniversitäre Forschung 2001

Die außeruniversitären Einrichtungen gaben für Forschung und Entwicklung im Jahr 2001 7,1 Mrd. Euro aus, 4% mehr als im Vorjahr.

Die außeruniversitären Forschungseinrichtungen stellen neben den Unternehmen und den Hochschulen die dritte Säule im deutschen Forschungssystem dar. Zu diesem Bereich gehören Forschungseinrichtungen von Bund, Ländern und Gemeinden sowie öffentlich geförderte, private Einrichtungen ohne Erwerbszweck.

Die Forschungseinrichtungen von Bund, Ländern und Gemeinden hatten 2001 mit 0,8 Mrd. Euro einen Anteil von

11,3% an den gesamten Ausgaben der außeruniversitären Einrichtungen für Forschung und Entwicklung.

Fast drei Viertel der Ausgaben (73,4%) für Forschung und Entwicklung entfielen auf private Einrichtungen, die gemeinsam von Bund und Ländern gefördert werden. Im Jahr 2001 gaben hier die Helmholtz-Zentren 2,3 Mrd. Euro für Forschung und Entwicklung aus, die Institute der Max-Planck-Gesellschaft 1,1 Mrd. Euro. Auf die Einrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft entfielen 1,0 Mrd. Euro, auf die Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft 0,8 Mrd. Euro.

Die sonstigen öffentlich geförderten Forschungseinrichtungen, einschließlich der wissenschaftlichen Bibliotheken und Museen, hatten mit 1,1 Mrd. Euro einen Anteil von 15,3% an den gesamten Ausgaben für außeruniversitäre Forschung.

Rund drei Viertel der gesamten Ausgaben für Forschung und Entwicklung wurden im Jahr 2001 für Naturwissenschaften (3,4 Mrd. Euro) und Ingenieurwissenschaften (2,0 Mrd. Euro) getätigt. Gegenüber 2000 haben die Ausgaben in diesen beiden Wissenschaftszweigen zusammen um 4,5% zugenommen.

Weitere Auskünfte erteilt
Frank Schüller, Telefon 06 11 / 75 41 31,
E-Mail: forschungsausgaben@destatis.de.

Gesundheitsausgaben und Gesundheitspersonal 2001

Für das Gesundheitswesen wurden im Jahr 2001 225,9 Mrd. Euro, das sind 10,9% des Bruttoinlandsprodukts, aufgewendet. Die Pro-Kopf-Ausgaben für Gesundheit in Deutschland beliefen sich auf 2 740 Euro; 1992 lagen sie noch bei 2 020 Euro.

4,1 Mill. Personen waren am 31. Dezember 2001 im Gesundheitswesen tätig.

Von 1992 bis 2001 sind die Gesundheitsausgaben in Deutschland nominal, das heißt in jeweiligen Preisen, um insgesamt 62,8 Mrd. Euro gestiegen (+ 38,5%); real (in konstanten Preisen) erhöhten sie sich um 14,8%.

Die gesetzliche Krankenversicherung ist traditionell der größte Ausgabenträger. Auf sie entfielen im Jahr 2001 128,9 Mrd. Euro bzw. 57% der Gesundheitsausgaben.

Die Ausgaben für Arzneimittel (einschl. Verbandmitteln), Hilfsmittel, Zahnersatz sowie sonstigen medizinischen Bedarf lagen im Jahr 2001 mit 60,4 Mrd. Euro bzw. einem Anteil von 27% erstmals knapp vor den Ausgaben für ärztliche Leistungen (59,6 Mrd. Euro bzw. 26%).

Neben den Gesundheitsausgaben wurden im Jahr 2001 67,5 Mrd. Euro Einkommensleistungen in Form von Krankengeld, Entgeltfortzahlungen, Erwerbsunfähigkeitsrenten u. Ä. gezahlt. Die Arbeitgeber wendeten mit 31,6 Mrd. Euro (47%) den weitaus größten Teil auf, darunter allein 26,8 Mrd. Euro für Entgeltfortzahlungen.

Erstmals können bei der neuen Gesundheitsausgabenrechnung des Statistischen Bundesamtes auch die entsprechenden Finanzierungsströme ausgewiesen werden: Die privaten Haushalte/privaten Organisationen ohne Erwerbszweck trugen 2001 am stärksten zur Finanzierung des Gesundheitswesens bei; sie wendeten insgesamt 138,6 Mrd. Euro (47%) hierfür auf. Insgesamt 115,5 Mrd. Euro bzw. 39% der Gesamtausgaben finanzierten die öffentlichen und privaten Arbeitgeber. 13% der Ausgaben des Gesundheitswesens wurden von den öffentlichen Haushalten gezahlt, das entspricht 39,3 Mrd. Euro.

Seit 1992 hat sich die Struktur der Finanzierung im Gesundheitswesen zu Gunsten der öffentlichen Haushalte und zu Lasten der privaten Haushalte/privaten Organisationen ohne Erwerbszweck verschoben: Die öffentlichen Haushalte gaben im Jahr 2001 rund 6 Mrd. Euro weniger (- 12,3%) für Gesundheitsausgaben, Einkommensleistungen sowie für Beiträge und Zuschüsse an die Versicherungen aus als noch im Jahr 1992. Bei den Arbeitgebern und den privaten Haushalten/privaten Organisationen ohne Erwerbszweck waren dagegen Zuwächse von rund 26 Mrd. Euro (+ 29,3%) bzw. 50 Mrd. Euro (+ 56,2%) zu verzeichnen.

Das Personal im Gesundheitswesen nahm in den Jahren 1997 bis 2001 nur leicht um 0,4% oder 15 000 Personen zu. In der Gesamtwirtschaft betrug der Beschäftigungszuwachs dagegen 4,4%. Das leichte Plus im Gesundheitswesen zwischen 1997 und 2001 ist zum einen auf Zuwächse in den sozialen und Gesundheitsdienstberufen (+ 69 000 bzw. + 93 000 Personen), zum anderen auf Rückgänge bei den Gesundheitshandwerkern und in allen anderen Berufen im Gesundheitssektor (- 9 000 bzw. - 138 000 Personen) zurückzuführen.

Die Mehrzahl der Beschäftigten (83%) arbeitete im Jahr 2001 in Einrichtungen der ambulanten bzw. stationären und teilstationären Gesundheitsversorgung. Die stationäre und teilstationäre Gesundheitsversorgung lag dabei mit 1,7 Mill. Personen vor den ambulanten Einrichtungen. 1997 war das Verhältnis noch umgekehrt gewesen.

Zwei Drittel des Gesundheitspersonals (2,7 Mill. Personen) arbeiteten im Jahr 2001 Vollzeit. Der Anteil der Vollzeitbeschäftigten lag damit im Gesundheitswesen deutlich niedriger als in der gesamten Wirtschaft (74%). Jede(r) Vierte im Gesundheitswesen bzw. 1 Mill. Personen gingen einem Beschäftigungsverhältnis in Teilzeit nach. In der Gesamtwirtschaft betrug der Anteil der Teilzeitbeschäftigten 14%. Ein geringfügiges Beschäftigungsverhältnis übten 327 000 Personen oder 8% des Gesundheitspersonals aus (gesamte Wirtschaft: 12%).

Zwischen 1997 und 2001 ging die Zahl der vollzeitbeschäftigten Personen im Gesundheitswesen insgesamt um 152 000 stark zurück. Das entspricht einem Minus von 5,3%. Die Teilzeitbeschäftigung nahm hingegen um 113 000 Personen zu. Im Jahr 2001 waren 54 000 Personen mehr geringfügig beschäftigt als 1997.

Weitere Auskünfte erteilen
Natalie Zifonun, Telefon 06 11 / 75 81 23, sowie
Julia Weinmann, Telefon 06 11 / 75 81 28,
E-Mail: gesundheitsrechensysteme@destatis.de.

Ergebnisse der Steuerstatistiken

Umsatzsteuer 2001

Nach Ergebnissen der Umsatzsteuerstatistik haben im Jahr 2001 2,9 Mill. Unternehmen Umsatzsteuer-Voranmeldungen abgegeben. Daraus erzielte der Staat Einnahmen in Höhe von 106,9 Mrd. Euro (–0,6% gegenüber 2000). Die umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mehr als 16 617 Euro meldeten 4 273 Mrd. Euro Umsätze (Lieferungen und Leistungen), 2,9% mehr als im Vorjahr. Die Zahl der steuerpflichtigen Unternehmen stieg um 12 000 oder 0,4% gegenüber 2000 an.

Die meisten steuerpflichtigen Unternehmen (779 000, +2,5%) gehörten dem Wirtschaftszweig „Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen, Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen“ und dem Handelsbereich (721 000, –1,5%) an.

Die höchsten Umsätze wurden von den 289 000 Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe mit zusammen 1 534 Mrd. Euro und den 721 000 Handelsunternehmen mit 1 352 Mrd. Euro gemeldet.

Absatz der Sektkellereien 2002 deutlich zurückgegangen

Ergebnisse der Schaumweinsteuerstatistik belegen, dass im Jahr 2002 in Deutschland 1 378 Sektkellereien insgesamt 248,8 Mill. Liter Schaumwein abgesetzt haben. Gegenüber dem Vorjahr war dies ein deutlicher Rückgang um 36,7 Mill. Liter oder 12,9%.

Obst- und Fruchtschaumweine, die zum ermäßigten Satz zu versteuern sind, waren am Absatz mit 5,5 Mill. Litern beteiligt, das waren 38,8% mehr als im Vorjahr.

Der steuerfreie Absatz (Lieferungen in andere EU-Mitgliedstaaten, Ausfuhr in Drittstaaten und Lieferungen an ausländische Streitkräfte) belief sich im Berichtsjahr auf 16,6 Mill. Liter, ein Minus von 2,0 Mill. Litern (–10,9%) gegenüber 2001.

Der Inlandsverbrauch 2002 betrug 319,4 Mill. Liter. Damit lag der versteuerte Absatz aus inländischer Produktion und aus der Einfuhr 28,9 Mill. Liter (–8,3%) unter dem Vorjahr.

Weitere Auskünfte erteilt
Klaus Jürgen Hammer, Telefon 06 11 / 75 23 80,
E-Mail: klaus-juergen.hammer@destatis.de.

Industrieller Frischwasserbedarf weiter rückläufig

Die Industriebetriebe in Deutschland beanspruchen den Wasserhaushalt durch sparsamen Umgang mit Frischwasser weniger: Im Jahr 2001 wurden von den Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden 7,8 Mrd. m³ Wasser

durch Eigengewinnung den Ressourcen entnommen. Dies sind 8,7% weniger als 1998 und 13,9% weniger als 1995.

Befragt wurden Betriebe, die Wasser selbst gewinnen, Abwasser in ein Gewässer einleiten oder eine Wassermenge von mehr als 10 000 m³ im Jahr von anderen Betrieben oder aus dem öffentlichen Netz beziehen.

Rund 6,8 Mrd. m³ Frischwasser wurden 2001 von diesen Betrieben im Produktionsprozess eingesetzt; 7,8% weniger als 1998 und 14,5% weniger als 1995. Das in den Betrieben angefallene Abwasser (6,5 Mrd. m³) wurde zu 74,4% ohne Behandlung und zu 13,7% behandelt in Gewässer eingeleitet; 11,9% wurden über die öffentliche Kanalisation entsorgt.

In den vier wasserintensiven Branchen Chemie (Frischwassereinsatz 2001: 3,3 Mrd. m³), Bergbau (0,8 Mrd. m³), Metallerzeugung (0,7 Mrd. m³) und Papiergewerbe (0,5 Mrd. m³) wurden über drei Viertel der gesamten Frischwassermenge eingesetzt. Das Frischwasser wurde, insbesondere auf Grund von Kreislauf- und Kaskadenführungen, mehrmals – im Durchschnitt 4,9 mal – genutzt, sodass dem Wassereinsatz (6,8 Mrd. m³) eine tatsächlich genutzte Wassermenge von etwa 33,7 Mrd. m³ gegenüberstand. Davon wurden 74,4% zur Kühlung von Stromerzeugungs- oder Produktionsanlagen, 20,8% für produktionspezifische Zwecke und 4,8% für sonstige Zwecke benötigt.

Weitere Auskünfte erteilt
Birgit Hein, Telefon 0 18 88 / 6 44 81 88,
E-Mail: birgit.hein@destatis.de.

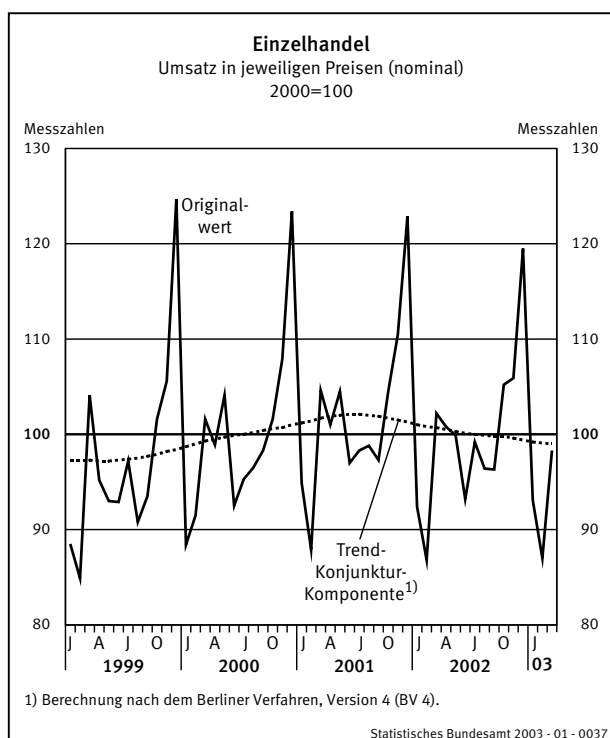
Weitere wichtige Monatszahlen

Einzelhandel

Die Einzelhandelsunternehmen in Deutschland setzten im März 2003 nominal 3,8% und real 4,0% weniger als im März 2002 um. Der März hatte mit 26 Verkaufstagen einen Verkaufstag mehr als der März 2002.

Im Einzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren wurde im März nominal 3,8% und real 3,6% weniger als im Vorjahresmonat umgesetzt, die Lebensmittelgeschäfte mit einem breiten Sortiment (Supermärkte, SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte) erzielten dabei einen geringeren Umsatzrückgang (nominal –3,6%, real –3,5%), der Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln – dazu gehören zum Beispiel die Getränkemarkte und Fischgeschäfte – musste einen stärkeren Umsatzrückgang verzeichnen (nominal –5,6%, real –6,9%).

Im Einzelhandel mit Nicht-Nahrungsmitteln – dazu gehört der Einzelhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern – wurde das Ergebnis des Vorjahresmonats ebenfalls nicht erreicht (nominal –3,9%, real –4,4%). Lediglich der Versandhandel (nominal +1,2%, real +1,7%) und der Facheinzelhandel mit Hausrat, Bau- und Heimwerkerbedarf (nominal +0,3%, real



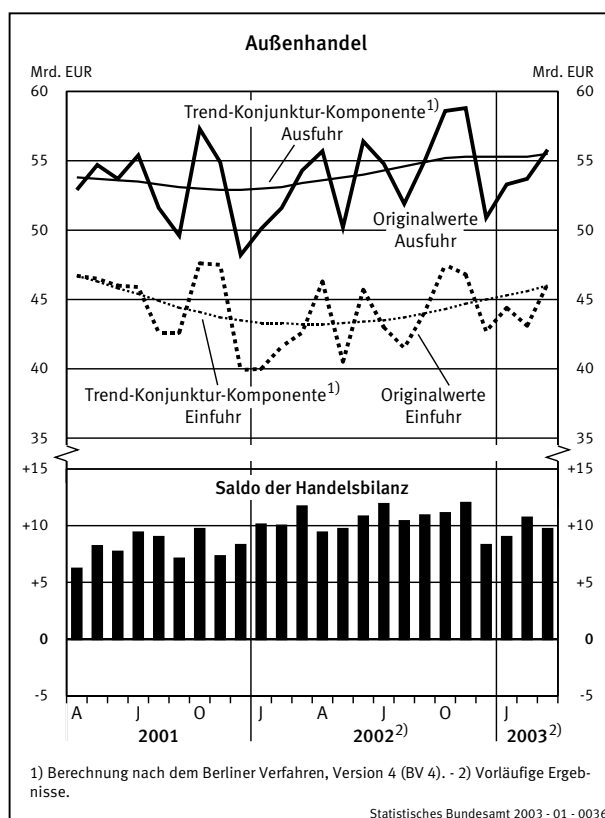
+0,5%) erzielten nominal und real höhere Umsätze als im März 2002. Der Facheinzelhandel mit kosmetischen, pharmazeutischen und medizinischen Produkten einschließlich der Apotheken verbuchte einen realen Umsatzanstieg bei einem nominalen Umsatzrückgang (nominal –0,5%, real +0,4%). Die anderen Branchen blieben unter den Ergebnissen des Vorjahresmonats: der sonstige Facheinzelhandel (z. B. Bücher, Zeitschriften, Schmuck, Sportartikel) (nominal –6,6%, real –4,8%), der Facheinzelhandel mit Textilien, Bekleidung und Schuhen (nominal –6,7%, real –6,6%) und der sonstige Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, zu dem die Waren- und Kaufhäuser gehören, (nominal –12,7%, real –12,5%). Im März 2003 wurde im Vergleich zum Februar 2003 im Einzelhandel nach Kalender- und Saisonbereinigung der Daten (Berliner Verfahren Version 4 – BV 4) nominal 2,6% und real 3,0% weniger abgesetzt.

Außenhandel

Im März 2003 stieg die Ausfuhr aus Deutschland gegenüber dem Vorjahr um 2,8% auf 55,8 Mrd. Euro an, die Einfuhr erhöhte sich parallel um 8,3% auf 46,1 Mrd. Euro. Die Preise der ausgeführten Güter stiegen im März 2003 gegenüber dem Vorjahresniveau um 0,6%, die Preise der Einfuhren sanken um 0,8%. Diese Preissenkung wäre ohne den Anstieg der Rohölpreise viel deutlicher ausgefallen, denn die Einfuhrpreise ohne Erdöl und Mineralölzeugnisse gingen im gleichen Zeitraum um 2,4% zurück.

Der Überschuss der Außenhandelsbilanz betrug im März 2003 9,7 Mrd. Euro. Trotz der defizitären Salden der Dienstleistungsbilanz (–1,9 Mrd. Euro), der Übertragungsbilanz (–2,0 Mrd. Euro) und der Bilanz der Ergänzungen zum Warenverkehr (–0,5 Mrd. Euro) wies – nach vorläufigen

Berechnungen der Deutschen Bundesbank – auch die Leistungsbilanz einen Überschuss von 6,5 Mrd. Euro aus. Positiv floss neben der Außenhandelsbilanz der Saldo der Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen (+1,1 Mrd. Euro) ein. Im März 2002 schloss die Leistungsbilanz mit einem Überschuss von 6,6 Mrd. Euro ab.



Nominal wuchsen die Ausfuhren aus Deutschland gegenüber Februar 2003 um 3,9% und die deutschen Importe um 7,0%. Von Januar bis März 2003 haben die Ausfuhren gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 4,4% zugenommen, die Einfuhren um 7,6%. Saisonbereinigt (nach dem Verfahren Census-X12-ARIMA) waren im März die Exporte gegenüber Februar 2003 leicht rückläufig (–0,6%) und die Zunahme der Einfuhren war weniger ausgeprägt (+2,6%). Die kumulierten Ausfuhren von Januar bis März sind saisonbereinigt gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 3,7%, die Einfuhren um 6,9% gestiegen. [u](#)

Thomas Körner, M.A., Dr. Anja Nimmergut

Zu den Möglichkeiten der Nutzung einer Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte in der amtlichen Statistik

Ergebnisse einer Pilotstudie

Sinkende Teilnahme- und Auskunftsbereitschaft der Befragten, die stärkere Notwendigkeit, Erhebungen als Zufallsstichproben durchzuführen, sowie eine stetig zunehmende Nachfrage nach statistischen Informationen sind drei zentrale Herausforderungen für die Haushalts- und Personenerhebungen der amtlichen Statistik. Der Aufbau einer Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte (Access-Panel) ist in dieser Situation ein möglicher Ausweg: Die aus dem vierten Rotationsviertel des Mikrozensus ausscheidenden Haushalte könnten nach ihrer Bereitschaft zur Aufnahme in die Dauerstichprobe gefragt werden. Diese könnte dann als Grundlage für die Ziehung von Zufallsstichproben für freiwillige Erhebungen der amtlichen Statistik dienen, wodurch hohe Ausschöpfungsquoten gewährleistet werden könnten. Die Möglichkeiten des Einsatzes einer solchen Dauerstichprobe werden derzeit vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit fünf Statistischen Landesämtern in einer groß angelegten Pilotstudie, die im Herbst 2003 abgeschlossen wird, untersucht.

Dieser Beitrag präsentiert ausgewählte Ergebnisse der Pilotstudie zur Teilnahmebereitschaft, zu den sozio-ökonomischen Charakteristika der teilnahmebereiten Personen und Haushalte sowie zu den Ergebnissen von zwei Testerhebungen für die Dauerstichprobe. Die bisher vorliegenden Ergebnisse der Pilotstudie zeigen, dass die Teilnahmebereitschaft insgesamt höher ist als erwartet und die Verzerrung durch die Freiwilligkeit der Teilnahme (Freiwilligkeitsbias) erfreulich gering ausfällt, wodurch der Aufbau einer Dauerstichprobe aus heutiger Sicht möglich und für die amtliche Statistik vorteilhaft ist. Darüber hinaus werden Überlegungen zu einem Hochrechnungskonzept sowie Erfahrungen mit der DV-technischen Umsetzung vorgestellt.

1 Herausforderungen für die Haushalts- und Personenerhebungen der amtlichen Statistik

Der Bereich der Haushalts- und Personenerhebungen der amtlichen Statistik steht aktuell vor einer Reihe von Herausforderungen, die sich ohne grundlegende Änderungen im System der Haushalts- und Personenerhebungen nur schwer bewältigen lassen werden. Zu den Herausforderungen zählen eine allgemein sinkende Teilnahme- und Auskunftsbereitschaft der Befragten, die stärkere Notwendigkeit eines Übergangs zur Verwendung von Zufallsstichproben sowie eine steigende Nachfrage nach statistischen Informationen über Personen und Haushalte.

1.1 Sinkende Teilnahme- und Auskunftsbereitschaft

Mit Ausnahme des Mikrozensus zeichnen sich alle Haushalts- und Personenerhebungen der amtlichen Statistik durch die Freiwilligkeit der Auskunftserteilung aus. Bei der seit Jahren zurückgehenden Bereitschaft zur Teilnahme an Erhebungen der amtlichen Statistik entstehen zwei gravierende Probleme: Um den erforderlichen Stichprobenumfang zu erreichen, muss zum einen eine erheblich größere Zahl von Haushalten um ihre Teilnahme gebeten werden. Dies verursacht steigende Kosten, vergrößert den Zeitaufwand und hat zudem zur Folge, dass beispielsweise auf kurzfristig auftretenden Datenbedarf nicht sonderlich flexibel reagiert werden kann. Daneben führen niedrige Aus-

schöpfungsquoten zu Ergebnisverzerrungen, wenn sich die an der Erhebung teilnehmenden Einheiten in den betrachteten Variablen signifikant von den nicht teilnehmenden Einheiten unterscheiden (Nonresponse-Bias).

1.2 Übergang auf Zufallsstichproben

In der deutschen amtlichen Statistik werden aufgrund der bestehenden zeitlichen und finanziellen Restriktionen für Haushalts- und Personenerhebungen mit freiwilliger Auskunftserteilung noch immer häufig Stichproben mit Quoten Auswahl eingesetzt. Bei diesem Verfahren wird die Auswahl der Erhebungseinheiten durch die Festlegung von zu erreichenden Anteilswerten (z. B. aus den Ergebnissen des jeweils aktuellen Mikrozensus) für bestimmte Merkmale (Quotierungsmerkmale) gewonnen. Quotenstichproben sind in der Regel einfacher durchzuführen, weniger kostenintensiv und ermöglichen eine schnellere Ergebnisbereitstellung als eine Stichprobenziehung nach dem Zufallsprinzip. Sie sind methodisch der Verwendung von Zufallsstichproben aber deutlich unterlegen, da bei Quotenstichproben u. a. die Qualität des Auswahlprozesses nicht objektiv überprüfbar und eine Messung der Stichprobenbedingten Fehler grundsätzlich nicht möglich ist.¹⁾ Aktuelle Forderungen des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat), bei neuen Erhebungen ausschließlich Zufallsstichproben einzusetzen, unterstreichen die Notwendigkeit, zum stärkeren Einsatz von Zufallsstichproben überzugehen. Entsprechende Anforderungen finden sich beispielsweise in Verordnungsentwürfen des Europäischen Parlaments und des Rates über die Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) sowie zu einer möglichen künftigen Statistik zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten (IKT). Die Erfüllung dieser Anforderungen wird nicht zuletzt durch die immer stärker reduzierten finanziellen und personellen Ressourcen der statistischen Ämter zu einem Problem.

1.3 Zunehmende Nachfrage nach statistischen Informationen aus Haushalts- und Personenerhebungen

Schon die genannten Beispiele EU-SILC und IKT sind Belege für den steigenden Datenbedarf im Bereich der Haushalts- und Personenerhebungen. Die steigende Nachfrage ist jedoch nicht allein Konsequenz der Europäischen Sozialpolitik und der Ermittlung entsprechender Indikatoren (z. B. zu den Themenbereichen soziale Ausgrenzung oder „digitale Spaltung“), sondern auch in anderen Bereichen festzustellen: Wo immer es darum geht, politische Programme mit statistischen Informationen zu begleiten und auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen, könnte der amtlichen Statistik mit der Bereitstellung entsprechender Daten und Analysen eine wichtige Funktion zukommen. Im gegenwärtigen Sys-

tem der Haushaltsstichproben ist es jedoch häufig nicht möglich, auf entsprechende Anfragen flexibel zu reagieren. Weiterentwicklungen am System der Haushaltsstichproben müssen daher auch daraufhin überprüft werden, ob sie den Anforderungen an eine Flexibilisierung der amtlichen Statistik genügen.

2 Pilotstudie zur Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte

Der Aufbau einer Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte (Access-Panel) ist eine mögliche Antwort auf diese Herausforderungen. Mit ihrer Hilfe lassen sich Zufallsstichproben kostengünstig und schnell gewinnen und gleichzeitig kann dem Problem der sinkenden Auskunftsbereitschaft begegnet werden. Zudem kann eine Dauerstichprobe ein Instrument darstellen, das es ermöglicht, flexibel und schnell auf neu auftretenden Datenbedarf zu reagieren. Die Eckpunkte des Konzepts sehen Folgendes vor:²⁾

- Die aus dem letzten Rotationsviertel des Mikrozensus ausscheidenden Haushalte werden nach ihrer Bereitschaft zur Teilnahme an freiwilligen Erhebungen der amtlichen Statistik befragt. Hierdurch erhalten alle nach einem Zufallsverfahren ausgewählten Befragten des Mikrozensus die Chance, in die Dauerstichprobe aufgenommen zu werden.
- Mit den Haushalten, die grundsätzlich ihre Bereitschaft zur Teilnahme erklären, wird eine Dauerstichprobe von Haushalten aufgebaut, die von Zeit zu Zeit um ihre Teilnahme an freiwilligen Erhebungen der amtlichen Statistik gebeten werden. Die Teilnahme an jeder einzelnen Erhebung bleibt freiwillig.
- Die Dauerstichprobe dient als Basis für die Ziehung von Zufallsstichproben für Haushalts- und Personenerhebungen. Da nur teilnahmebereite Haushalte und Personen in die Dauerstichprobe gelangen, können erheblich höhere Ausschöpfungsquoten erzielt werden als bei herkömmlichen Verfahren der Gewinnung von Zufallsstichproben. Zugleich können Zufallsstichproben auf Basis der Dauerstichprobe kostengünstiger, schneller und flexibler gewonnen werden.
- Die durch die Freiwilligkeit der Teilnahme an der Dauerstichprobe bedingte Verzerrung (Nonresponse-Bias) kann durch entsprechende Gewichtung korrigiert werden, da aus dem Mikrozensus auch die sozio-ökonomischen Charakteristika der nicht zur Teilnahme bereiten Personen und Haushalte ermittelt werden können.
- Aus dem letzten Mikrozensusinterview werden eine Reihe sozio-demografischer Merkmale übernommen. Diese Merkmale werden jährlich (in der Regel durch die

1) Siehe hierzu jüngst Biemer, P./Lyberg, L.: „Introduction to Survey Quality“, Hoboken, New Jersey, 2003, S. 311 f.; Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.): „Qualitätsstandards in der amtlichen Statistik“, Wiesbaden 2003, S. 9 ff.

2) Die Konzeption der Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte wurde bereits ausführlich in Ausgabe 5/2002 dieser Zeitschrift vorgestellt und wird hier daher nur zusammengefasst. Zu den Einzelheiten des Konzepts siehe Bechtold, S./Müller, A./Pöttsch, O.: „Ein Access-Panel als Auswahlgrundlage für Haushalts- und Personenerhebungen ohne Auskunftspflicht“ in WiSta 5/2002, S. 345 ff.; ferner Bechtold, S.: „Ein Access-Panel für die amtliche Statistik – Weiterentwicklung des methodischen Instrumentariums“, Allgemeines Statistisches Archiv 86, 2002, S. 203 ff.

Teilnahme an Erhebungen) aktualisiert und können für die Ziehung geschichteter Stichproben herangezogen werden.

- Es werden mit jedem Mikrozensus jährlich bzw. ab 2005 kontinuierlich neu aus dem Mikrozensus ausscheidende Haushalte und Personen für die Dauerstichprobe angeworben, sodass die Dauerstichprobe jährlich aufgefrischt wird. Paneffekte und Stichprobenselektivität werden minimiert.

Die Durchführbarkeit der Dauerstichprobe in der deutschen amtlichen Statistik wird seit Anfang 2001 in einer umfangreichen Pilotstudie („Pilot-Access-Panel“) untersucht. An der Pilotstudie sind neben dem Statistischen Bundesamt die Statistischen Ämter der Länder Bayern, Brandenburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Thüringen sowie als Berater das Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA), Mannheim, und die Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main, beteiligt. Die Pilotstudie hat die Aufgabe, u. a. folgende Untersuchungen und Praxistests durchzuführen:

- Test von verschiedenen Anwerbemöglichkeiten,
- Analyse der Teilnahmebereitschaft der Haushalte,
- Untersuchungen zu den Möglichkeiten der Nutzung der Dauerstichprobe (insbesondere für die Ziehung von geschichteten Zufallsstichproben, den Vergleich der Ausschöpfungsquoten bei Testerhebungen mit unterschiedlicher Belastungsintensität, die Entwicklung von ersten Hochrechnungsmodellen),
- Test zu den Möglichkeiten der Pflege der Dauerstichprobe (u. a. zur Aktualisierung der Profilinformationen der Teilnehmenden, Kontaktpflege mit den Teilnehmenden),
- Konzeption und Entwicklung einer DV-technischen Lösung,
- Erarbeitung einer Kostenschätzung.

Im Rahmen der Pilotstudie werden überdies drei Testerhebungen durchgeführt (EU-SILC-Testerhebungen 2002 und die Erhebungen IKT 2002 und IKT 2003). Die Pilotstudie wird Ende 2003 abgeschlossen. Bisher liegen bereits umfangreiche Ergebnisse und Erfahrungen vor, die im folgenden Abschnitt dargestellt werden.

3 Ergebnisse der Pilotstudie

Im Folgenden sind ausgewählte Ergebnisse des Pilot-Access-Panels zur Teilnahmebereitschaft, den sozio-ökonomischen Charakteristika der teilnahmebereiten Haushalte und Personen sowie den Ergebnissen aus den Testerhebungen dargestellt. Die Untersuchung der Teilnahmebereitschaft ist entscheidend, um den Aufbau einer Dauerstichprobe erfolgreich durchzuführen. Die Möglichkeiten der Ziehung von Zufallsstichproben aus dem Pilot-Access-Panel können über die Analyse der Charakteristika der teilnahme-

bereiten Personen abgeschätzt werden. Darüber hinaus sind Erkenntnisse über die Bereitschaft der Pilot-Access-Panel-Haushalte, an Erhebungen teilzunehmen, eine wesentliche Voraussetzung, um den gewünschten Nutzen der Dauerstichprobe für die amtliche Statistik zu gewährleisten. Die in Abschnitt 3.4 erläuterten stichprobenmethodischen Konzepte stellen Überlegungen für die Hochrechnung der aus der Dauerstichprobe gezogenen Zufallsstichproben dar. Schließlich werden Erfahrungen zur DV-technischen Umsetzung der Pilotstudie präsentiert, da die Funktionalität der Datenbank ein wesentlicher Bestandteil der praktischen Arbeit mit der Dauerstichprobe sein wird.

3.1 Getestete Anwerbeformen und Prognose für den Aufbau einer bundesweiten Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte

Die Anwerbung der Haushalte war der erste und wichtigste praktische Schritt der Pilotstudie. Über die Anwerbung wurde untersucht, ob, wie und in welchem Umfang die Mikrozensushaushalte für die weitere Mitarbeit in der amtlichen Statistik gewonnen werden können und welche Anwerbeformen die größte Teilnahmebereitschaft versprechen. Gleichzeitig wurden dadurch auch die Voraussetzungen für weitere methodische Untersuchungen, zum Beispiel über Art und Ausmaß der Verzerrung durch die Freiwilligkeit der Teilnahme am Pilot-Access-Panel (Freiwilligkeitsbias), sowie für organisatorisch-technische Tests geschaffen.

Es wurden die folgenden vier Anwerbeformen getestet:

- (1) *Die Mikrozensusinterviewerinnen bzw. -interviewer werben die Haushalte direkt im Anschluss an das letzte Mikrozensusinterview, zu dem der Haushalt herangezogen wird, für das Pilot-Access-Panel an.* Bei dieser Form der Anwerbung wird der Haushalt nach der Beendigung des Mikrozensusinterviews in einem Gespräch über das Vorhaben informiert, er erhält zusätzlich das schriftliche Informationsmaterial und hat die Möglichkeit, die Einverständniserklärung bei Interesse direkt zu unterschreiben.
- (2) *Die Mikrozensusinterviewerinnen bzw. -interviewer übergeben im Anschluss an das Mikrozensusinterview dem Haushalt schriftliches Informationsmaterial zum Pilot-Access-Panel.* Hierbei wird in wenigen Worten erläutert, dass es sich um eine weitere Zusammenarbeit mit der amtlichen Statistik handelt, und der Haushalt wird gebeten, sich die Unterlagen in Ruhe anzuschauen und bei Interesse schriftlich seine Teilnahmeerklärung an das Statistische Landesamt zu senden.
- (3) *Die aus dem Mikrozensus ausgeschiedenen Haushalte werden nach dem Eingang ihrer Mikrozensusunterlagen im zuständigen Statistischen Landesamt in einer nachgehenden Befragung von einer Interviewerin oder einem Interviewer speziell zu einem Anwerbegespräch besucht.* Dieser Besuch wird dem

Haushalt durch einen kurzen Brief, aus dem das grundsätzliche Anliegen bereits hervorgeht, angekündigt.

(4) Das Informationsmaterial über das Projekt wird den aus dem Mikrozensus ausgeschiedenen Haushalten zugesandt. Bei dieser Form der Anwerbung wird dem Haushalt das schriftliche Informationsmaterial nach dem Eingang der Mikrozensusunterlagen im zuständigen Statistischen Landesamt zugesandt. Die ausgefüllte Einverständniserklärung schickt der Haushalt zurück an das zuständige Statistische Landesamt.

Das Instrumentarium und die Ergebnisse der Anwerbung für das Pilot-Access-Panel, die im Dezember 2001 abgeschlossen wurde, sind bereits ausführlich in dieser Zeitschrift dargestellt worden³⁾ und werden daher hier nur kurz zusammengefasst. Der Bruttoumfang des vierten Rotationsviertels des Mikrozensus betrug in den fünf teilnehmenden Bundesländern etwa 41 500 Haushalte. Darin waren auch solche Befragungseinheiten enthalten, die entweder vom Mikrozensus selbst nicht erfasst werden konnten (z. B. leer stehende Wohnungen, Todesfälle), oder infolge ihrer ablehnenden Haltung gegenüber dem Mikrozensus (z. B. Auskunftsverweigerer) für eine Anwerbung für das Pilot-Access-Panel nicht in Frage kamen. Zur Anwerbung wurden schließlich knapp 40 800 Haushalte herangezogen.

Die persönlichen Anwerbeformen (1) und (3) waren im Test hinsichtlich der erreichten Teilnahmequoten am erfolgreichsten. Von diesen persönlichen Anwerbeformen hat sich die in Brandenburg getestete Anwerbeform (1) – persönliche Anwerbung direkt im Anschluss an das Mikrozensusinterview durch die Mikrozensusinterviewerinnen und -interviewer – wegen der geringeren Kosten als die beste Methode herausgestellt. Angesichts dieser positiven Erfahrungen mit der Anwerbeform (1) sieht die Arbeitsgruppe „Pilot-Access-Panel“ diese Methode als die geeignetste für den Aufbau einer Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte an.

Unter der Annahme eines bundesweit ähnlichen Teilnehmerverhaltens bei Einsatz der Anwerbeform (1) können Fallzahlen für eine regulär durchgeführte Dauerstichprobe grob prognostiziert und auf die Fallzahlen des 4. Rotationsviertels des Mikrozensus getrennt nach alten und neuen Bundesländern als Bundesergebnis hochgerechnet werden. Nach diesen Ergebnissen könnten jährlich etwa 13 600 Haushalte für ein reguläres Access-Panel rekrutiert werden. Diese Anzahl wäre ausreichend, um die Dauerstichprobe als Auswahlgrundlage für Erhebungen wie zum Beispiel EU-SILC und weitere Ad-hoc-Erhebungen verwenden zu können. Weiterhin haben die Modellrechnungen gezeigt, dass schon nach einer einmaligen Anwerbung bei einer proportionalen Stichprobenallokation alle Schichten mit den Haushalten aus der Dauerstichprobe gut besetzt sind.

3.2 Sozio-ökonomische Charakteristika der teilnehmenden Personen⁴⁾

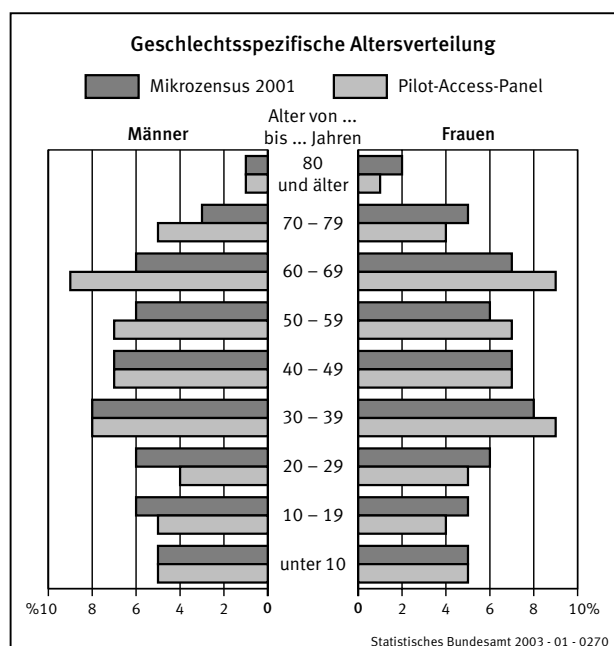
Neben den Ergebnissen der Anwerbung ergibt eine differenzierte Untersuchung der sozio-ökonomischen Charakteristika der teilnehmenden Personen und Haushalte weitere Erkenntnisse über die Eignung der Dauerstichprobe als Auswahlgrundlage für bevölkerungsrepräsentative Erhebungen der amtlichen Statistik. Einbezogen wurden die wichtigsten demografischen, sozialen und ökonomischen Merkmale der Pilot-Access-Panel-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer, die aus dem letzten Rotationsviertel des Mikrozensus dem Projekt zur Verfügung stehen. Ziel dieser Untersuchung ist es, das Ausmaß der Stichprobenverzerrung festzustellen, mit der das Pilot-Access-Panel die Bevölkerung in privaten Haushalten abbildet.

Hierzu wurden die Charakteristika der Pilot-Access-Panel-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer den entsprechenden Strukturdaten des Mikrozensus 2001 für die am Pilot-Access-Panel beteiligten Bundesländer gegenübergestellt. Verglichen wurden die nicht hochgerechneten Häufigkeiten in der Pilotstudie für ausgewählte Merkmalsausprägungen mit den hochgerechneten Häufigkeiten des Mikrozensus 2001.

Verteilung nach Alter und Geschlecht

Wie bereits in einer ersten Auswertung auf Grundlage der Ergebnisse des Mikrozensus 2000⁵⁾ deutlich wurde, sind die Altersgruppen zwischen 10 und 29 Jahren in der Pilotstudie unterrepräsentiert, während die Altersgruppen zwi-

Schaubild 1



3) Siehe Bechtold, S./Müller, A./Pötsch, O., a. a. O. (siehe Fußnote 2).

4) Eine ausführliche Darstellung der Ergebnisse ist im Zwischenbericht der Ad-hoc-Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Amtliche Statistik und sozio-ökonomische Fragestellungen“, ausgearbeitet von der Unterarbeitsgruppe „Pilot-Access-Panel“ im September 2002, zu finden.

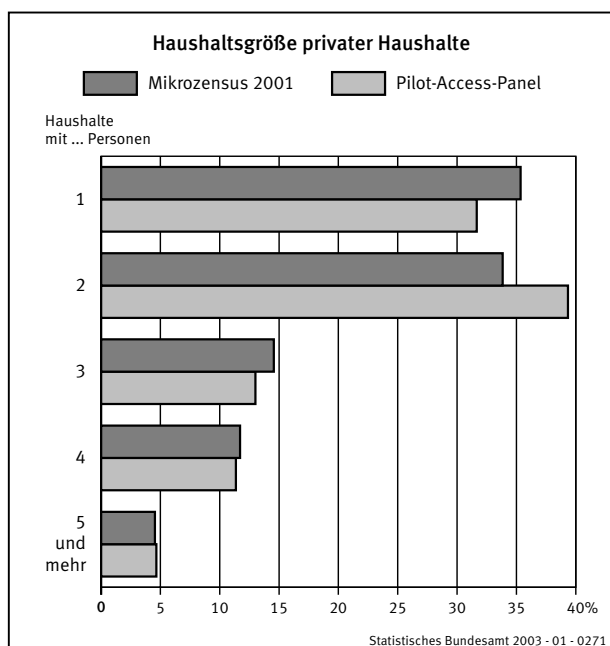
5) Siehe Fußnote 3.

schen 60 und 79 Jahren überrepräsentiert sind. An diesem Befund hat sich auch im Vergleich mit dem Mikrozensus 2001 nichts geändert. Betrachtet man die geschlechtsspezifische Altersverteilung, so fällt auf, dass bei den 20- bis 29-Jährigen der Anteil der Männer im Pilot-Access-Panel besonders stark vom Mikrozensus abweicht, während bei den 60- bis 69-Jährigen die Frauen überproportional vertreten sind (siehe Schaubild 1). Die mittleren Altersgruppen sind sehr gut durch das Pilot-Access-Panel abgedeckt.

Haushaltsgröße

Wie im Mikrozensus dominieren in der Pilotstudie Ein- bis Zweipersonen-Haushalte. Diese stellen fast drei Viertel der gesamten Haushalte dar. Obwohl die Einpersonen-Haushalte gegenüber dem Mikrozensus leicht unterrepräsentiert sind, stimmt die Verteilung der Haushaltsgröße im Pilot-Access-Panel gut mit der des Mikrozensus überein (siehe Schaubild 2). Eine deutliche Unterschätzung der Drei- und Mehrpersonen-Haushalte zeigt sich nicht. Im Gegenteil werden die Drei- und Mehrpersonen-Haushalte durch das Pilot-Access-Panel gut abgebildet.

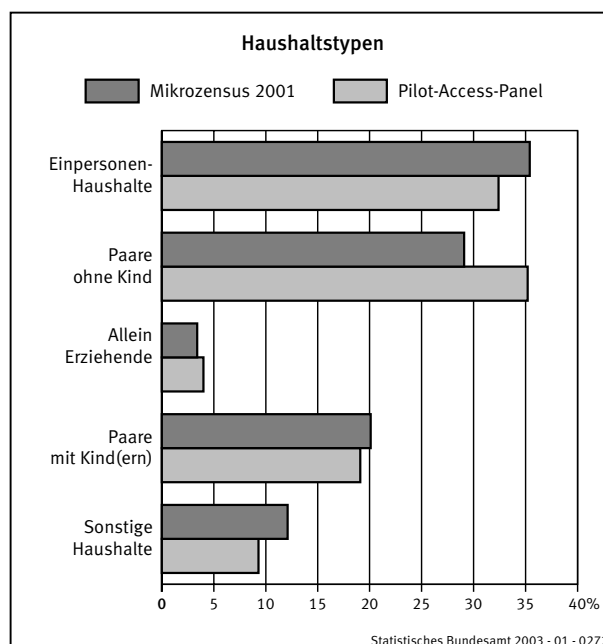
Schaubild 2



Haushaltstypen

Schaubild 3 zeigt, dass die relativ schwer zu rekrutierende Gruppe der allein Erziehenden sehr gut durch das Pilot-Access-Panel repräsentiert wird. Der Anteil der Einpersonen-Haushalte sowie der Paare mit Kind(ern) stimmt ebenfalls gut mit dem Mikrozensus überein. Ehepaare ohne Kind sind im Pilot-Access-Panel überproportional vertreten, während die sonstigen Haushalte (hierzu zählen z. B. Eltern mit

Schaubild 3

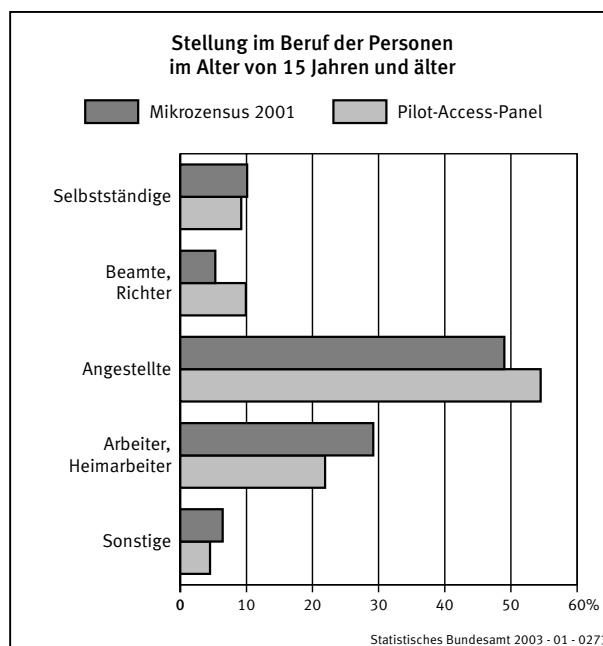


Kind(ern), in deren Haushalt auch Großeltern leben) im Vergleich zum Mikrozensus unterrepräsentiert sind.

Stellung im Beruf

Auch die Stellung im Beruf wird relativ gut durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Pilotstudie abgebildet (siehe Schaubild 4). Unterrepräsentierte Gruppen sind, wie in den meisten freiwilligen Erhebungen,⁶⁾ zum einen

Schaubild 4



6) Siehe Koch, A.: „Wenn ‚Mehr‘ nicht gleichbedeutend mit ‚Besser‘ ist: Ausschöpfungsquoten und Stichprobenverzerrungen in allgemeinen Bevölkerungsumfragen“, ZUMA-Nachrichten 42, Jg. 22 (1998), S. 66 ff.

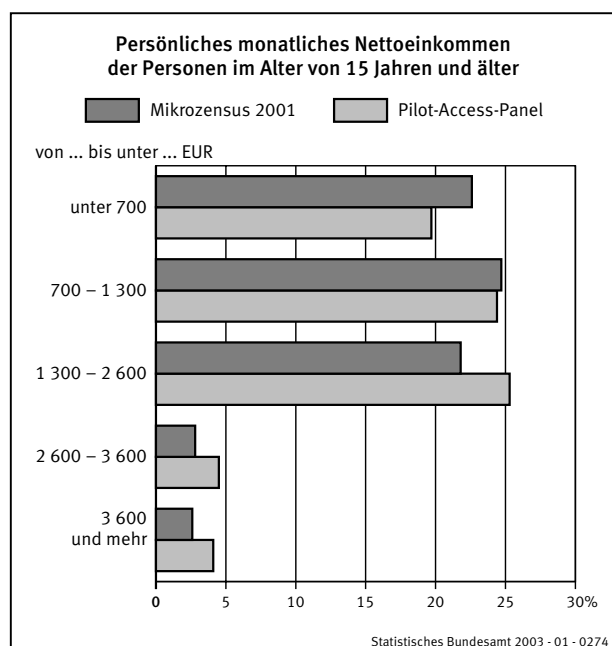
die Selbstständigen, zum anderen die Arbeiter und Heimarbeiter. Die dadurch verursachten Verzerrungen dürften allerdings nicht sehr groß sein; die relative Abweichung⁷⁾ gegenüber dem Mikrozensus liegt unter 0,2. Die Beamten und Richter sind überrepräsentiert, was allerdings bezüglich der Nutzung des Pilot-Access-Panel für Erhebungen keinen wesentlichen Nachteil darstellt.

Monatliches persönliches Nettoeinkommen

Das Ergebnis der Auswertung des persönlichen Nettoeinkommens der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zeigt eine gute Übereinstimmung der Pilotstudie mit den Daten des Mikrozensus 2001 (siehe Schaubild 5). Die Einkommen unter 700 Euro sind im Vergleich zum Mikrozensus unterrepräsentiert. Der Anteil der mittleren Einkommen zwischen 700 und 1 300 Euro ist dem im Mikrozensus gleich und die höheren Einkommensklassen ab 1 300 Euro sind im Pilot-Access-Panel überrepräsentiert.

Der Anteil der Personen, die keine Gehaltsangabe gemacht haben, liegt in der Pilotstudie deutlich unter dem im Mikrozensus.

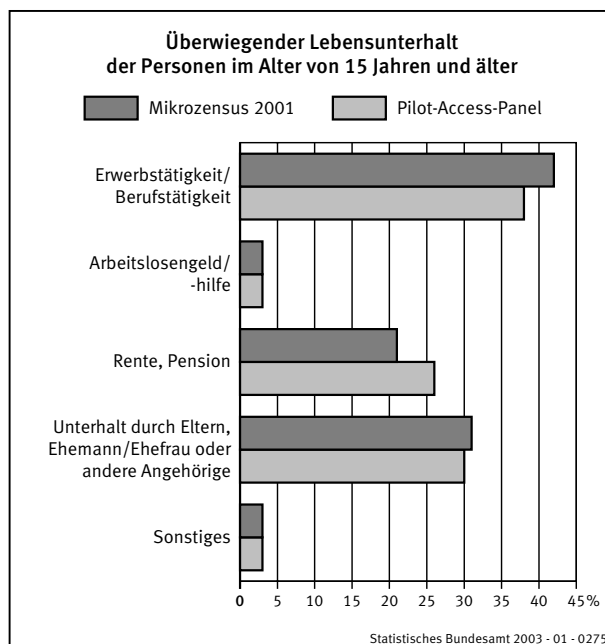
Schaubild 5



Überwiegender Lebensunterhalt

Überzeugende Ergebnisse wurden auch für die Verteilung der Ausprägungen des Merkmals überwiegender Lebensunterhalt erzielt (siehe Schaubild 6). Zweifel bestanden vor allem, ob die arbeitslose Bevölkerung angemessen in einer Dauerstichprobe abgebildet werden würde. Im Gegensatz dazu liegt aber der Prozentsatz der Empfänger von Arbeits-

Schaubild 6



losengeld und -hilfe des Pilot-Access-Panels sogar leicht über dem des Mikrozensus.

Die beiden Merkmalsausprägungen Lebensunterhalt aus Erwerbs- oder Berufstätigkeit und Unterhalt durch Eltern, Ehemann/Ehefrau oder andere Angehörige sind in der Pilotstudie unterrepräsentiert. Die relative Abweichung dieser Merkmale vom Mikrozensus ist jedoch sehr gering.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die von einer Rente oder Pension leben, sind im Pilot-Access-Panel überproportional vertreten, was mit den Abweichungen in der Altersstruktur (die Anteile der Altersgruppen zwischen 60 und 79 Jahren sind im Pilot-Access-Panel höher als im Mikrozensus) zusammenhängt.

Berufsabschluss

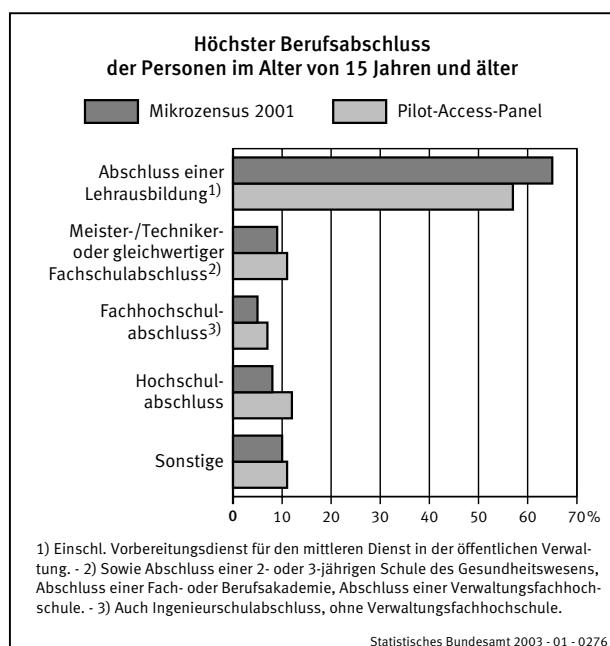
Über 60% der Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und älter haben in den untersuchten Bundesländern eine Lehre abgeschlossen oder den Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung absolviert (siehe Schaubild 7). Die Dominanz dieses Merkmals wird durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Pilotstudie zwar abgebildet – allerdings um etwa 7 Prozentpunkte zu gering. Die Gewinnung von Personen mit niedrigem Bildungsabschluss ist jedoch in freiwilligen Erhebungen grundsätzlich schwierig.⁸⁾ Alle anderen Abschlüsse werden in der Pilotstudie leicht überschätzt, sodass man davon ausgehen kann, dass alle Berufsabschlüsse im Pilot-Access-Panel hinreichend gut vertreten sind.

7) Die relative Abweichung aller untersuchten Merkmale wurde wie folgt berechnet:

Relative Abweichung = (relative Häufigkeit (Mikrozensus) – relative Häufigkeit (Pilot-Access-Panel)) / relative Häufigkeit (Mikrozensus).

8) Siehe Fußnote 6.

Schaubild 7



Schlussfolgerung

Die Ergebnisse der Profildatenauswertung der Pilot-Access-Panel-Haushalte zeigen für die meisten Merkmale nur eine geringe Verzerrung gegenüber dem Mikrozensus. Dies deutet darauf hin, dass eine Dauerstichprobe, für die Haushalte über mehrere Jahre aus dem Mikrozensus akkumuliert werden, eine gute Grundlage für die Stichprobenziehung darstellt. Bei keiner der Variablen wurden Abweichungen festgestellt, die die Möglichkeit der Nutzung einer Dauerstichprobe in Frage stellen würden.

Ein Vergleich der sozio-ökonomischen Merkmale der Haushalte, die durch die verschiedenen Anwerbeformen rekrutiert wurden, fällt auf Grund der stark unterschiedlichen Erhebungsgesamtheiten und wegen der unterschiedlichen Verteilung der Anwerbeformen auf die Länder schwer. Ein Vergleich der Abweichung des Pilot-Access-Panel vom Mikrozensus nach den getesteten Anwerbeformen zeigt jedoch, dass die persönliche Anwerbung generell die besseren Ergebnisse liefert.

3.3 Teilnahmebereitschaft der Pilot-Access-Panel-Haushalte an Erhebungen

Damit eine Dauerstichprobe tatsächlich den gewünschten Nutzen für die amtliche Statistik hat und ein effizientes Instrument für die Durchführung von Haushalts- und Personenerhebungen ohne Auskunftspflicht darstellt, müssen Ad-hoc-Erhebungen aus der Dauerstichprobe im Vergleich zu Erhebungen, die mit herkömmlichen Stichprobenverfahren durchgeführt werden, kostengünstiger sein und eine schnellere Ergebnisbereitstellung ermöglichen. Weiterhin muss die Teilnahmebereitschaft der Haushalte aus der

Dauerstichprobe an Erhebungen wesentlich höher sein als die von Haushalten, die unmittelbar aus der interessierenden Gesamtpopulation ausgewählt wurden. Beide Voraussetzungen wurden anhand zweier Testerhebungen, die aus dem Pilot-Access-Panel gespeist wurden, getestet.

Europäische Pilotstudie zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten (IKT-Testerhebung)

Die erste Stichprobenerhebung, die zum Teil aus dem Pilot-Access-Panel gespeist wurde, ist die Europäische Pilotstudie zur Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten 2002 (IKT-Erhebung).⁹⁾ Ziel dieser von Eurostat initiierten Pilotstudie war es, ein Instrument zur Erfassung von kohärenten und detaillierten Informationen über verschiedene Aspekte der Verbreitung und Nutzung von Telekommunikationsmitteln, Computertechnik und des Internets, die Nutzung des elektronischen Handels und die damit verbundenen Probleme zu entwickeln und zu testen. Der von Eurostat angestrebte und in der Pilotstudie umgesetzte Stichprobenumfang betrug etwa 4 000 Haushalte.

Zehn Bundesländer nahmen an der Pilotstudie teil: Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, das Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen. Fünf dieser Länder haben das Pilot-Access-Panel zur Rekrutierung der Haushalte eingesetzt. Da die Anwerbung der Haushalte zum Zeitpunkt der Stichprobenplanung noch nicht abgeschlossen war, wurde aus zeitlichen Gründen bei der IKT-Erhebung eine Quotenstichprobe angewendet. Die Aufteilung des Stichprobenumfangs verfolgte das Ziel, möglichst präzise Bundesergebnisse zu erhalten.

Obwohl einige Vorteile des Pilot-Access-Panels als Basis für Zufallsstichproben zum Zeitpunkt der Durchführung der IKT-Erhebung nicht genutzt werden konnten, bot sie dennoch eine gute Grundlage für einen Test der Teilnahmebereitschaft der Pilot-Access-Panel-Haushalte: Die überschaubare Befragung zu einem aktuellen Thema verlangte nur ein Minimum an Teilnahmebereitschaft und Zeitaufwand. Daher wurden – soweit möglich – alle Haushalte des Pilot-Access-Panels für die IKT-Erhebung herangezogen, auch wenn das Stichprobensoll für die einzelnen Schichten dabei überschritten wurde. Eine Ausnahme hiervon bildeten unvollständige Haushalte, die aus methodischen Gründen nicht angesprochen wurden.

Im Zuge der Erhebungsvorbereitung zeichnete sich ab, dass die Bundesländer, die ein Pilot-Access-Panel aufgebaut hatten, Vorteile gegenüber anderen Bundesländern haben: Eine zusätzliche Anwerbung musste lediglich für solche Stichprobenschichten durchgeführt werden, die nicht aus dem Pilot-Access-Panel abgedeckt werden konnten; eine aufwändige Vorbefragung zur Teilnahmebereitschaft und zu den Quotierungsmerkmalen konnte für den überwiegenden Teil der Stichprobe entfallen. Um festzustellen, welche

9) Siehe Pöttsch, O./Decker, J./Kühnen, C.: „Private Haushalte in der Informationsgesellschaft“ in WiSta 2/2003, S. 94 ff.

Haushalte zusätzlich für die IKT-Stichprobe angeworben werden mussten, wurden die Quotierungsmerkmale der Pilot-Access-Panel-Haushalte auf Basis der aus dem Mikrozensus übernommenen Merkmale bestimmt.

Den Pilot-Access-Panel-Haushalten wurden in der Regel ohne Vorbefragung die Unterlagen für die IKT-Erhebung zugeschickt. Von 2 741 angeschriebenen Haushalten in allen fünf Bundesländern haben insgesamt 2 221 Haushalte (81%) die Fragebogen ausgefüllt. Die Teilnahmebereitschaft der Mehrpersonen-Haushalte, vor allem auch der 3- bis 4-Personen-Haushalte, war höher als bei Einpersonen-Haushalten und betrug im Durchschnitt 86%. Die höchste Teilnahmebereitschaft von 94% (108 von 115 angesprochenen Haushalten) konnte jedoch bei besonders großen Haushalten mit 5 und mehr Personen registriert werden. Die Altersstruktur der Personen aus der Pilotstudie, die an der IKT-Erhebung teilgenommen haben, stimmt gut mit der Altersstruktur des Mikrozensus 2001 überein. Bei Männern wurde insgesamt eine höhere Teilnahmebereitschaft beobachtet als bei Frauen, was vermutlich mit der Thematik der IKT-Erhebung zusammenhängt. Obwohl das Stichprobensoll nicht in allen Schichten aus dem Pilot-Access-Panel abgedeckt werden konnte, zeigte der Teilnahmebereitschaftstest, dass eine Dauerstichprobe schon nach einmaliger Anwerbung der ausgeschiedenen Mikrozensushaushalte den Aufbau einer neuen Stichprobe mit einem Gesamtumfang von etwa 5 000 Haushalten in vielerlei Hinsicht erleichtern kann. Gleichzeitig veranschaulichte er, dass für eine einsatzfähige Dauerstichprobe, in der die üblichen Problemgruppen ausreichend gut vertreten sind, eine jährliche Anwerbung und mehrjährige Verweildauer der Teilnehmer in der Dauerstichprobe unabdingbar ist.

EU-SILC-Testerhebung 2002

Um den gewachsenen nationalen und europäischen Datenbedarf im Politikbereich der Armutsbekämpfung und der Förderung des sozialen Zusammenhalts zu befriedigen, entwickeln die Statistischen Ämter der Mitgliedstaaten der Europäischen Union unter Federführung Eurostats derzeit die neue Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC). Die neue Gemeinschaftsstatistik soll das von 1994 bis 2001 erhobene Europäische Haushaltspanel ersetzen und ab 2004 (in Deutschland ab 2005) jährlich Quer- und Längsschnittergebnisse in hoher Qualität liefern. Zur Vorbereitung der Erhebung in Deutschland wurden 2002 für drei verschiedene Erhebungsvarianten Testerhebungen durchgeführt. Zwei dieser Testvarianten wurden als Testerhebung für das Pilot-Access-Panel angelegt. Die Darstellung in diesem Beitrag beschränkt sich aus Platzgründen auf Testvariante I.

Im Rahmen von Testvariante I wurde die Teilnahmebereitschaft der Pilot-Access-Panel-Haushalte an sehr belastungsintensiven Erhebungen untersucht. In dieser Erhebung werden die Haushalte in Anlehnung an die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) zu Beginn des sich über zwei Quartale erstreckenden Erhebungszeitraums entweder in einem Einführungsinterview oder postalisch mittels eines Fragebogens zu den Themen Wohnsituation, finanzielle Situation, Vermögen, Erwerbstätigkeit, Gesundheit und

Ausbildung befragt. Danach sind jeweils am Ende des Quartals detailliert die im vergangenen Quartal erhaltenen Einkommen anzugeben. Für die Dauer eines Quartals hat der Haushalt ein Ausgabenheft zu führen, in dem – wie in der EVS üblich – Ausgaben in vorgesehenen Kategorien angeschrieben werden.

Damit alle Themen des Fragebogens hinreichend getestet werden können, sollte die Stichprobe eine möglichst breite Streuung aufweisen, die durch eine Schichtung nach zwei Merkmalen mit jeweils fünf Ausprägungen gewährleistet wird:

- *Haushaltstyp*
Einpersonen-Haushalte, allein Erziehende, (Ehe-)Paare ohne Kind, (Ehe-)Paare mit Kind(ern) und Sonstige Haushalte
- *Soziale Stellung des Haupteinkommensbeziehers*
Selbstständige (einschl. Landwirte), Arbeiter, Sonstige abhängig Erwerbstätige (Beamte, Angestellte), Rentner, Sonstige Nichterwerbstätige

Die Sollstichprobengröße einer Schicht eines Bundeslandes wurde für kleine Gruppen überproportional, für größere unterproportional gestaltet, damit auch kleine Gruppen hinreichend besetzt sind. Obwohl die Ziehung der Stichprobe nicht in der DV-Anwendung des Pilotprojektes vorgesehen war, konnte sie für alle Bundesländer relativ schnell und ohne Schwierigkeiten mittels Standardsoftware (v.a. MS Access) erfolgen. Die Statistischen Landesämter verfügten so in sehr kurzer Zeit über eine Datenbank mit den Adressen aller Haushalte der Pilotstudie und der zugehörigen Schichtzuordnung für eine gezielte und effektive Anwerbung.

Insgesamt wurden 619 Haushalte aus dem Pilot-Access-Panel bezüglich einer Teilnahme an der EU-SILC Testvariante I kontaktiert. Von diesen sagten 55% eine Teilnahme zu und von insgesamt 47% liegen bislang das Einführungsinterview bzw. der Fragebogen sowie Einkommensangaben des ersten Quartals seit Beginn der Erhebung vor. Die Einkommensangaben des zweiten Quartals seit Beginn der Erhebung stehen noch aus, doch kann man voraussichtlich von Teilnahmequoten von etwa 40 bis 50% für diese Erhebung ausgehen.

Vergleich der Teilnahmequoten konventionell durchgeführter Haushaltserhebungen mit den Teilnahmequoten aus dem Pilot-Access-Panel

Art der Erhebung	Maximale Teilnahmequoten konventionell durchgeführter Haushaltserhebungen	Teilnahmequoten der Pilotstudie zur Dauerstichprobe
Wenig belastungsintensive Erhebungen	50% ¹⁾	80%
Belastungsintensive Erhebungen	9 bis 15% ²⁾	40 bis 50%

1) Siehe Koch, A.: „Konzeption und Durchführung der ‚Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften‘ (ALLBUS) 2000“, ZUMA-Methodenbericht 2001/05: Die Ausschöpfungsquote des Allbus 2000 beträgt 46,9% im Westen und 53,7% im Osten; Koch, A.: „20 Jahre Feldarbeit im ALLBUS: Ein Blick in die Blackbox“, ZUMA-Nachrichten 51, 2002, S. 9 ff. – 2) Siehe Gertkemper, F./Kühnen, C./Wein, E.: „Ergebnisbericht der Testerhebung zur Neukonzeption der Laufenden Wirtschaftsrechnungen“, Wiesbaden 1998.

Die ersten Erfahrungen mit den Testerhebungen haben gezeigt, dass durch die Dauerstichprobe bei der Durchführung von Erhebungen Kosten und Zeit gespart werden können und dass die Erhebungsvorbereitung (z. B. Stichprobenziehung) schnell und ohne Probleme realisiert werden kann. Vor allem die Teilnahmebereitschaft der Pilot-Access-Panel-Haushalte an Erhebungen erscheint für die effiziente Nutzung einer Dauerstichprobe ausreichend: Die mit Hilfe der Testerhebungen ermittelten Teilnahmequoten liegen deutlich über denen konventioneller freiwilliger Erhebungen (siehe die vorstehende Tabelle).

3.4 Entwicklung eines Hochrechnungsmodells und Modellierung des Non-Response¹⁰⁾

Um die Anforderung der Verordnungsentwürfe der Europäischen Kommission zur Europäischen Statistik hinsichtlich des Einsatzes von Zufallsstichproben mit der Dauerstichprobe erfüllen zu können, müssen geeignete Konzepte zur Hochrechnung entwickelt werden. Damit Schätzer, die auf Stichproben aus der Dauerstichprobe basieren, berechnet werden können, sind Kenntnisse über deren Non-Response-Bias bzw. dessen Korrektur notwendig. Ein erster Schritt, den Non-Response-Bias zu ermitteln, ist die Modellierung der individuellen Teilnahmewahrscheinlichkeiten an der Dauerstichprobe. Die Überlegungen zur Schätzung der Teilnahmewahrscheinlichkeiten am Pilot-Access-Panel sind nach der Skizzierung des Hochrechnungsmodells dargestellt.

Die Kombination von Teilstichproben der in den einzelnen Jahren angeworbenen Haushalte bzw. die Berechnung von Hochrechnungsfaktoren für erwartungstreue Schätzer kann auf zwei Wegen erfolgen (Beispiel für die Hochrechnung eines zweijährigen Access-Panels):

Alternative A: Schätzung der Wahrscheinlichkeit eines Haushalts, im Jahr 2 im Access-Panel zu sein, unter der Annahme zweier unabhängiger jährlicher Teilstichproben des Access-Panels:

$$HRF_A = \frac{1}{\pi(2,1) + \pi(2,2)}$$

Alternative B: Vereinigung der Teilstichproben über eine konvexe Linearkombination der Hochrechnungsfaktoren der Teilstichproben:

$$HRF_B = \begin{cases} \alpha \frac{1}{\pi(2,1)} & \text{Haushalt, im Jahr 1 ins} \\ (1-\alpha) \frac{1}{\pi(2,2)} & \text{Access-Panel gelangt} \\ & \text{Haushalt, im Jahr 2 ins} \\ & \text{Access-Panel gelangt} \end{cases}$$

$\pi(i, j)$ = Wahrscheinlichkeit eines im Jahr j angeworbenen Haushalts im Jahr i im Access-Panel zu sein

$\alpha \in R, 0 < \alpha < 1$

Beide Alternativen sollen hinsichtlich ihrer theoretischen Vorteile und ihrer praktischen Durchführbarkeit näher untersucht werden. Alternative A folgt dem üblichen Horvitz-Thompson-Ansatz der Hochrechnung mit der reziproken Auswahlwahrscheinlichkeit. Es sind aber zwei wesentliche Nachteile zu sehen:

Die Schätzung der Wahrscheinlichkeit, am Access-Panel teilzunehmen, kann für einen gegebenen Haushalt nur für das tatsächlich beobachtete (Anwerbungs-)Jahr n optimal erfolgen ($\pi(i, n)$). Für die anderen Jahre ($\pi(i, j \neq n)$) steht zwar das auf Basis anderer Haushalte geschätzte Modell für die Teilnahmewahrscheinlichkeit zur Verfügung, die hier einzusetzenden Merkmalsausprägungen des Mikrozensus des gegebenen Haushalts aber nicht. Man müsste sich mit Proxyinformationen behelfen.

Für jedes neue Jahr m müsste für alle bisherigen Haushalte des Access-Panels eine neue Komponente der Auswahlwahrscheinlichkeit geschätzt werden ($\pi(i, m)$). Das ist ein höherer Aufwand als die Multiplikation des Hochrechnungsfaktors der Teilstichprobe mit dem allgemeinen Faktor α zur Vereinigung der Teilstichproben in Alternative B.

Vor diesem Hintergrund wäre Alternative B zu bevorzugen, ein Verfahren, das u. a. auch im Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) wiederholt zur Anwendung kam. Im Prinzip könnten hier merkmalspezifische Gewichte α zur Kombination der Teilstichproben berechnet werden. Da man aber für verschiedene Erhebungen schätzen will, wäre eine merkmalsunabhängige Kombination der Teilstichproben mit Gewichten proportional zum Stichprobenumfang vorzuziehen. Dies würde in einfacher Weise berücksichtigen, dass größere Teilstichproben einen geringeren Beitrag zur Varianz der Gesamtstichprobe liefern und deshalb einen größeren Anteil am Gesamtschätzer haben sollten. Ansonsten müssten Merkmale zur Schätzung der Gewichte gefunden werden, die für alle durchzuführenden Erhebungen einmalig ausschlaggebend sind.

Die multivariate Modellierung individueller Teilnahmewahrscheinlichkeiten und deren Nutzung in der Hochrechnung stellt das wohl präziseste Verfahren zum Ausgleich des Non-Response dar. Die Schätzung von individuellen Wahrscheinlichkeiten der Teilnahme an einem Access-Panel wird aber durch die Tatsache erschwert, dass das Merkmal „Teilnahme“ aufgrund der rechtlichen Gegebenheiten derzeit nicht in das Mikrozensusdatenmaterial aufgenommen werden darf. Routinen von Standardsoftware erfordern üblicherweise, dass das abhängige Merkmal, hier „Teilnahme“, in dichotomer Kodierung im verwendeten Datensatz enthalten ist.

Erste Schätzungen der Teilnahmewahrscheinlichkeit wurden auf Haushaltsebene durchgeführt, was den Vorteil hat, dass sie mit dem Mikrozensus konsistent sind, da auch hier die Stichprobenauswahl haushaltsbezogen erfolgt. Zudem erhalten alle Personen eines Haushalts anfangs identische Startgewichte, wodurch die Streuung der Gewichte im Längsschnitt gesehen reduziert wird. Signifikanzaussagen

10) Wir danken Herrn Dipl.-Volkswirt Roland Günther für seine umfassenden Vorarbeiten zu diesem Kapitel.

sind auf Haushaltsebene vermutlich zuverlässiger, da die Personenebene eine hohe Klumpung aufweisen kann, die in den Teststatistiken standardmäßig nicht berücksichtigt wird. Ein Nachteil der Schätzung auf Haushaltsebene liegt darin, dass nur Mikrozensusmerkmale verwendet werden können, die für den gesamten Haushalt gleich sind. Da im Pilot-Access-Panel auch unvollständige Haushalte vorhanden sind, könnten für diese Haushalte keine weiteren Haushaltsmerkmale generiert werden.¹¹⁾

Über die Schätzung der Teilnahmewahrscheinlichkeit eines Eintritts ins Access-Panel hinaus können die Schätzung der Teilnahmewahrscheinlichkeit an Erhebungen und die Schätzung der Bleibewahrscheinlichkeiten mit Hilfe von Logit-Modellen vorgenommen werden. Während die Schätzung der Teilnahmewahrscheinlichkeit wegen des notwendigen Vergleichs des Mikrozensusmaterials 2001 mit der Mikrozensusarchivdatei der Pilot-Access-Panel-Haushalte relativ zeitintensiv ist, sollten die Ermittlung der Teilnahmewahrscheinlichkeit an Erhebungen und die Schätzung der Bleibewahrscheinlichkeiten vergleichsweise einfach vorzunehmen sein. Diese Arbeiten werden verstärkt in den nächsten Monaten durchgeführt.

3.5 Erfahrungen mit der DV-technischen Umsetzung des Pilot-Access-Panels

Für die DV-technische Umsetzung des Pilot-Access-Panels waren vor allem zwei Aspekte zu berücksichtigen. Zum einen sollte der Programmieraufwand in Grenzen gehalten werden, weil es sich zunächst nur um ein Pilotprojekt handelt. Zum anderen sollten aber mit der zum Einsatz kommenden DV-Anwendung die Abläufe so getestet werden, wie sie auch bei einer regulären Dauerstichprobe entstehen würden. Außerdem sollten die gewonnenen Erfahrungen in die DV-Anwendung für eine reguläre Dauerstichprobe einfließen.

Für das Pilot-Access-Panel waren die folgenden Arbeitsschritte DV-technisch umzusetzen:

- die Anwerbung der Mikrozensushaushalte und die Verwaltung der Adressen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer,
- die Übernahme, Nachbearbeitung und Speicherung der Mikrozensusdatensätze der Teilnehmerinnen und Teilnehmer,
- die Aktualisierung der Profilinformationen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer,
- die Bereitstellung von Informationen für die Panelpflege und das Stichprobenmanagement.

Die Stichprobenziehungen für die geplanten Testerhebungen aus dem Pilot-Access-Panel waren nicht neu zu programmieren, sondern wurden mit Standardsoftware durchgeführt.

Die Anwerbung der Haushalte sowie das gesamte Management des Pilot-Access-Panels wird über die vom Statistischen Bundesamt entwickelte MS-Access-Anwendung PAP05 gesteuert. Diese stellt eine Datenbank der Adress- und Profilinformationen der Haushalte und Personen dar. Mit Hilfe der Anwendung PAP05 wurden alle Arten der Anwerbung, die Auswahl der Haushalte für die Erinnerungsaktionen sowie die Speicherung der Anwerbedaten inklusive Interviewerberichte in weiten Teilen automatisiert. Die Ausgabe der Adressinformationen für die IKT-Erhebung sowie die Stichprobenziehung für die EU-SILC-Testerhebung wurden ebenfalls durch die Anwendung PAP05 unterstützt.

Ebenso wie die Anwerbung der Haushalte konnte auch die Übernahme und Zuordnung der Mikrozensusangaben zu den einzelnen Pilot-Access-Panel-Mitgliedern mit Hilfe der Anwendung PAP05 in vollem Umfang durchgeführt werden. Hierfür wurden zunächst die Personendatensätze, die eindeutig identifiziert werden konnten, in die Anwendung PAP05 übernommen. Weiterhin konnten mit Hilfe der Anwendung die Mikrozensusdatensätze, die nicht eindeutig zugeordnet werden konnten, von den Landesämtern manuell nachbearbeitet werden.

Die Anwendung PAP05 ermöglicht es, die Informationen über die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Pilot-Access-Panel zu pflegen sowie die Aktualisierung und Auslagerung der Profildaten vorzunehmen. Die Adressenpflege beinhaltet zunächst die Änderung einer Adresse, wenn ein Haushalt einen Umzug meldet. Weiterhin müssen Eintragungen vorgenommen werden, wenn ein Haushaltsmitglied den Haushalt verlässt, das heißt ein Splithaushalt gebildet wird. Bei den Informationen über die Teilnehmer handelt es sich um solche, die die Teilnehmer auf Personenebene betreffen (z. B. Datum der letzten Aktualisierung oder auch Informationen über einen möglichen Austritt) und die gegebenenfalls aktualisiert werden. Das Datum der letzten Aktualisierung ist zum Beispiel notwendig, um Personen herauszufiltern, deren Angaben aktualisiert werden müssen, wenn etwa die letzte Aktualisierung länger als elf Monate zurückliegt.

Die Informationen über die einzelnen Erhebungen werden auf Personen- und zusätzlich auf Erhebungsebene geführt. Das heißt, dass diese Informationen nicht überschrieben, sondern für jede neue Erhebung fortgeschrieben werden. Solche Informationen sind beispielsweise die Schichtnummer einer Person bei einer Erhebung, Eintragungen über die Teilnahme oder gegebenenfalls Reservefunktion der Person an der Erhebung und die Art der Aktualisierung der Profildaten im Zuge der Erhebung.

Die Profilinformationen der Haushalte und Personen sollen regelmäßig aktualisiert werden. Wichtig hierbei ist, dass die bereits vorhandenen Profildaten nicht überschrieben werden. Aus diesem Grund muss eine Auslagerung und somit Sicherung der Profildaten stattfinden.

Trotz der erfolgreichen Durchführung dieser Arbeiten wurde deutlich, dass die in der Pilotstudie verwendete DV-technische Plattform nicht ausreichend ist. Zudem lieferte die

¹¹⁾ Die Logit-Modellierung kann mittels der Routine CATMOD in SAS vorgenommen werden, die mit Kontingenztafeln an Stelle eines Datensatzes gespeist werden kann.

Pilotstudie eine Vielzahl von Hinweisen in Hinblick auf eine benutzerfreundliche Gestaltung einer Datenbankanwendung für eine mögliche reguläre Dauerstichprobe.

4 Ausblick

Ohne dem Abschlussbericht vorzugreifen, der im Herbst 2003 vorgelegt wird, kann auf Grund der bisher vorliegenden Ergebnisse der Pilotstudie festgestellt werden, dass eine Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte nicht nur grundsätzlich durchführbar ist, sondern ein erhebliches Potenzial zur Verbesserung des Systems der Haushaltsstichproben hinsichtlich der eingangs genannten Herausforderungen besitzt.

- (1) Die Erfahrungen mit den Testerhebungen zeigen durchweg, dass sich bei Stichproben auf Basis der Dauerstichprobe erheblich höhere Ausschöpfungsquoten erzielen lassen als bei herkömmlichen Verfahren der Stichprobenrekrutierung. Gleichzeitig lag die Teilnahmebereitschaft höher als erwartet. Die sozio-ökonomischen Charakteristika der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Dauerstichprobe weisen überdies eine erfreulich hohe Übereinstimmung mit den entsprechenden Verteilungen des Mikrozensus auf.
- (2) Die hohe Übereinstimmung mit dem Mikrozensus ist Voraussetzung für die Ziehung von Zufallsstichproben mit hoher Präzision. Es hat sich darüber hinaus gezeigt, dass sich die Stichprobenziehung in der Praxis schnell und ohne Probleme durchführen ließ und sich die Stichprobenrekrutierung bei Vorhandensein einer Dauerstichprobe wesentlich schneller und kostengünstiger realisieren lässt als mit gleichwertigen Verfahren der Stichprobenrekrutierung, wie zum Beispiel dem Random-Route-Verfahren. Die genauen Kosteneffekte werden derzeit im Rahmen einer Kostenschätzung ermittelt.
- (3) Darüber hinaus hat sich inzwischen bestätigt, dass für die Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte im Hinblick auf die Integration der Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) in das System der Haushaltsstichproben sowie möglicherweise einer europäischen Statistik zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten (IKT) ein konkreter Bedarf besteht. Eine Durchführung beider Erhebungen auf Basis konventioneller (Zufalls-)Stichprobenverfahren wäre voraussichtlich mit einem erheblichen Mehraufwand verbunden. Weitere Anwendungsfälle sind Erhebungen nach § 7 Bundesstatistikgesetz (wie z.B. die Zeitbudgeterhebung) sowie bundesländerspezifische Ad-hoc-Erhebungen. Der Test der Anwerbeformen hat gezeigt, dass die Teilnahmebereitschaft den Aufbau einer ausreichend großen Dauerstichprobe ermöglicht, um diese Erhebungen abzudecken, ohne gleichzeitig den Haushalten eine zu große Belastung zuzumuten.

Das Projektteam wird die Pilotstudie bis Herbst 2003 abschließen und den Projektbericht den Leitern der Sta-

tistischen Ämter des Bundes und der Länder vorlegen. Im Mittelpunkt der noch ausstehenden Arbeiten stehen Untersuchungen zur Panelmortalität der Dauerstichprobe, zur wiederholten Teilnahme an Erhebungen, zu den Kosten der Dauerstichprobe sowie die Erarbeitung von Empfehlungen für die Nutzung einer möglichen regulären Dauerstichprobe. [u](#)

Dipl.-Volkswirt Jürgen Angele

Gewerbeanzeigen 2002

Im Jahr 2002 sind bei den deutschen Gewerbeämtern knapp 1,6 Mill. Gewerbeanzeigen erstattet worden. Kopien dieser An-, Um- und Abmeldungen werden den Statistischen Ämtern der Länder zur statistischen Auswertung übermittelt. Die Gründe für eine Gewerbeanzeige sind vielschichtig. So ist eine Gewerbeanmeldung nicht nur bei Aufnahme der gewerblichen Tätigkeit auszufüllen, sondern beispielsweise auch bei Verlagerung des Betriebs, bei einer Rechtsformänderung oder bei einem Gesellschaftereintritt. Entsprechende Gründe gelten auch für Abmeldungen.

Wegen der Vielzahl der möglichen Anlässe können Gewerbeanmeldungen nicht mit Existenzgründungen gleichgesetzt werden. Bei über 80% der 723 000 Anmeldungen im Jahr 2002 erging die Mitteilung, dass eine so genannte Neuerrichtung geplant sei, doch nur bei fast einem Viertel dürfte es sich um eine Gründung mit einer gewissen wirtschaftlichen Bedeutung gehandelt haben. Alle übrigen Neuerrichtungen betrafen Kleinunternehmen oder die Ausübung der Tätigkeit im Nebenerwerb. Entsprechende Anteile gelten auch für 646 000 Abmeldungen. Bei den 178 000 Ummeldungen stand vor allem die Änderung der Tätigkeit im Vordergrund.

Vorbemerkung

Die Gewerbeanzeigenstatistik wird seit 1996 bundeseinheitlich durchgeführt. Sie beruht auf der in der Gewerbeordnung festgelegten Pflicht, nach der Beginn oder Beendigung eines Gewerbes sowie sonstige Änderungen in der Gewerbeaus-

übung der zuständigen Behörde anzuzeigen sind. Kopien dieser Anzeigen werden für die Durchführung dieser Statistik verwendet.

Aufgabe der Gewerbeanzeigenstatistik ist es insbesondere, Informationen über Existenzgründungen und Stilllegungen bereitzustellen, die in der Wirtschafts-, Wettbewerbs- und Strukturpolitik Verwendung finden. Da die Gewerbeanzeigen bisher aber vor allem der Gewerbeüberwachung dienten und die statistischen Belange nur wenig berücksichtigt wurden, lieferten sie die Angaben über Gründungen und deren wirtschaftliche Bedeutung nicht in der erforderlichen Abgrenzung. Von der Novellierung des Gewerberechts zum 1. Januar 2003, in der ausdrücklich die Nutzung der Gewerbeanzeigen für statistische Zwecke betont wird, ist eine substantielle Verbesserung des Informationsgehalts, was das Gründungsgeschehen anbelangt, zu erwarten. Über die neuen Fragestellungen und sonstigen Änderungen in den Anzeigenformularen ab 2003 wurde bereits berichtet.¹⁾

Gesamtbild

Im Jahr 2002 wurden bei den deutschen Gewerbeämtern insgesamt 1 557 000 Gewerbeanzeigen erstattet. Damit setzte sich der seit 1998 zu beobachtende Rückgang des Meldageschehens weiter fort. 1998, als die allgemeine wirtschaftliche Lage besser bewertet wurde, wurden noch 150 000 Meldungen mehr als heute verzeichnet.

¹⁾ Siehe Angele, J.: „Zur Änderung der Gewerbeanzeigenstatistik ab 2003“ in WiSta 3/2003, S. 189 f.

Tabelle 1: Entwicklung der Gewerbeanzeigen

Jahr	Gewerbe- an- meldungen	Gewerbe- um- meldungen	Gewerbe- ab- meldungen	Meldungen von Automaten- aufstellern und des Reise- gewerbes	Gesamtzahl der Meldungen
Früheres Bundesgebiet ¹⁾					
1996	646 431	129 053	536 606	13 014	1 325 104
1997	669 004	137 665	568 006	13 336	1 388 011
1998	675 720	141 393	579 261	11 278	1 407 652
1999	653 383	141 899	590 863	9 932	1 396 077
2000	637 722	140 393	549 812	8 859	1 336 786
2001	616 421	135 957	533 754	9 057	1 295 189
2002	617 439	141 086	540 808	8 512	1 307 845
Neue Länder					
1996	133 582	40 951	111 283	5 273	291 089
1997	133 931	40 730	113 858	4 327	292 846
1998	135 657	43 425	116 953	3 788	299 823
1999	127 552	43 431	115 900	3 448	290 331
2000	117 450	40 739	112 931	3 068	274 188
2001	112 557	36 762	111 407	2 599	263 325
2002	105 894	36 624	104 882	2 175	249 575
Deutschland					
1996	780 013	170 004	647 889	18 287	1 616 193
1997	802 935	178 395	681 864	17 663	1 680 857
1998	811 377	184 818	696 214	15 066	1 707 475
1999	780 935	185 330	706 763	13 380	1 686 408
2000	755 172	181 132	662 743	11 927	1 610 974
2001	728 978	172 719	645 161	11 656	1 558 514
2002	723 333	177 710	645 690	10 687	1 557 420

1) Einschl. Berlin-Ost.

Bei den Anzeigen im Jahr 2002 handelte es sich um

723 000 Anmeldungen,

646 000 Abmeldungen und

178 000 Ummeldungen von Gewerben.

Hinzu kommen rund 11 000 Anzeigen von Automatenaufstellern und des Reisegewerbes. Das Reisegewerbe unterliegt nur dann der Anzeigepflicht, wenn für seine Ausübung keine Reisegewerbekarte benötigt wird. Der Großteil der Reisegewerbetreibenden, wie beispielsweise solche mit mobilen Verkaufswagen oder Schausteller, ist daher in der Gewerbeanzeigenstatistik nicht abgebildet.

Die sinkende Bereitschaft, ein Gewerbe zu betreiben, äußerte sich 2002 in einer geringeren Zahl von Anmeldungen bei gleichzeitig leichter Zunahme der Abmeldungen von Betrieben. Nur die Zahl der Gewerbeummeldungen war höher als im Vorjahr, hauptsächlich deshalb, weil sich Tätigkeiten verändert haben.

Die Entwicklung der Meldeaktivitäten ist in Ost und West unterschiedlich verlaufen. In den neuen Ländern werden die Gewerbeanzeigen schon seit 1990 ausgewertet, allerdings anfänglich wenig differenziert. Dort wurden 2002 weniger Gewerbe angemeldet, aber auch weniger abgemeldet als im Vorjahr; im früheren Bundesgebiet hat dagegen sowohl die Zahl der An- als auch die der Abmeldungen zugenommen.

Gewerbemeldungen in den neuen Ländern¹⁾

	Anmeldungen	Abmeldungen
1990	257 406	24 853
1991	270 565	93 530
1992	195 747	111 370
1993	169 235	109 381
1994	152 734	107 211
1995	151 789	116 921
1996	133 582	111 283
1997	133 931	113 858
1998	135 657	116 953
1999	127 552	115 900
2000	117 450	112 931
2001	112 557	111 407
2002	105 894	104 882

1) Ohne Berlin-Ost.

Die Anlässe, aus denen eine Gewerbeanzeige zu erstatten ist, sind vielseitig. So regelt die Gewerbeordnung, dass nicht nur die Gründungen neuer Unternehmen anzuzeigen sind, sondern auch die Aufteilung und Verschmelzung von Unternehmen sowie der Standortwechsel. Diese Anlässe werden in der Gewerbeordnung als „Neuerrichtung“ deklariert. Andere Anlässe sind Kauf, Pacht, der Eintritt der Erbfolge, die Änderung der Rechtsform oder die Aufnahme neuer Gesellschafter. Diese Sachverhalte werden unter dem Begriff „Übernahme“ subsummiert. Entsprechende Anlässe gelten auch für Abmeldungen. Bei einer Verlagerung ist zum Beispiel in der früheren Gemeinde eine Abmeldung und in der neuen Gemeinde eine Anmeldung zu erstatten. Eine Ummeldung muss bei Änderung oder Erweiterung der Tätigkeit sowie bei Umzug innerhalb des Zuständigkeitsbereichs der Meldebehörde erfolgen.

Diese Anlässe gelten nicht nur für Unternehmen als Ganzes, sondern auch für deren Zweigniederlassungen und unselbstständige Zweigstellen.

Nicht der Gewerbeordnung unterliegen – und sind daher auch nicht in die Statistik einbezogen – die Freien Berufe sowie die „Urproduktion“, also zum Beispiel Land- und Forstwirtschaft, Bergbau, außerdem die Versicherungen. Letztere unterliegen der Überwachung durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).

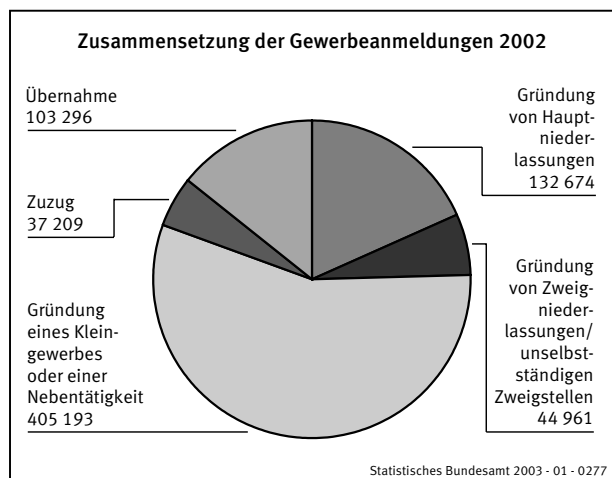
Aufgrund der Vielfalt der Anlässe ist es sinnvoll, die einzelnen Meldearten (An-, Ab- und Ummeldung) nicht nur in ihrer Gesamtheit darzustellen, sondern eine differenziertere Betrachtung vorzunehmen.

Anmeldungen

1 Neuerrichtung

Bei rund 80% aller Anmeldungen teilten die Gewerbetreibenden 2002 mit, dass der Anlass für die Anzeige eine Neuerrichtung sei. Diese 583 000 Neuerrichtungen werden fälschlicherweise oft mit der Entstehung neuer Unternehmen bzw. Betriebe und der Schaffung von Arbeitsplätzen gleich gesetzt. Bei der überwiegenden Zahl der Fälle geht

Schaubild 1



es jedoch um Personen, die als Kleinunternehmer oder im Nebenerwerb tätig sein wollen. Häufig stellt die Gewerbeanmeldung sicherlich auch nur eine Absichtserklärung dar und die Tätigkeit wird niemals aufgenommen oder das Gewerbe wird nur mit dem Ziel der Nutzung günstiger Einkaufsmöglichkeiten angemeldet.

Um zumindest einen näherungsweisen Überblick über das Gründungsgeschehen nach dessen wirtschaftlicher Bedeutung zu erhalten, wurde mit Hilfe der übrigen in den Anzeigen enthaltenen Angaben eine Trennung der Neuerrichtungen in zwei Kategorien vorgenommen:

- *Betriebsgründungen* sind Neuerrichtungen, bei denen eine gewisse wirtschaftliche Substanz vermutet wird. Darunter fallen alle Neuerrichtungen, bei denen als Rechtsform die einer Personen- oder Kapitalgesellschaft

gewählt wurde. Auch Einzelkaufleute werden dazuge-rechnet, wenn sie entweder mindestens einen Arbeit-nemer beschäftigen oder in das Handelsregister ein-getragen sind oder aber eine Handwerkskarte besitzen. Auch bei Gründung einer Zweigniederlassung oder unselbstständigen Zweigstelle wird angenommen, dass sie wirtschaftliches Potenzial besitzt. Allerdings zäh-len zu den Betriebsgründungen auch solche Fälle, in denen ein Betriebsteil ausgelagert und verselbstständ-igt wurde, ohne dass dabei notwendigerweise zusätzli-che Arbeitsplätze oder Umsatz geschaffen wurden. Diese im Umwandlungsgesetz geregelten Vorgänge können ab dem Berichtsjahr 2003 getrennt dargestellt werden.

- als *sonstige Neuerrichtungen* gelten alle Gründungen von Einzelkaufleuten, die bei Geschäftsaufnahme weder einen Arbeitnehmer haben, noch im Handelsregister oder der Handwerksrolle eingetragen sind. Sie machen fast 70% aller Neuerrichtungen aus.

2 Zuzüge

Bei 5% der Anmeldungen wurde mitgeteilt, dass eine frü-herere Betriebsstätte bestanden hat. Daraus wird geschlos-sen, dass der Standort verlagert worden ist, und zwar von einem anderen Meldebezirk in Deutschland oder aus dem Ausland.

3 Übernahmen

In dieser Position sind alle übrigen Meldegründe – vom Kauf bis zur Rechtsformänderung und zum Gesellschafterein-tritt – zusammengefasst. Sie machen 14% der Anmeldun-gen aus. Ab dem Berichtsjahr 2003 kann eine genauere Auf-teilung der Übernahmegründe vorgenommen werden.

Tabelle 2: Gewerbean- und -abmeldungen¹⁾

Jahr	Gewerbeanmeldungen						Gewerbeabmeldungen				
	insgesamt	Betriebsgründung		Gründung eines Klein-gewerbes oder einer Nebentätigkeit	Zuzug	Über-nahme ²⁾	insgesamt	Betriebs-aufgabe ³⁾	Aufgabe eines Klein-gewerbes oder einer Nebentätigkeit	Fortzug	Übergabe ⁴⁾
		zusammen	dar.: Haupt-nieder-lassung								
	Anzahl										
1996	780013	217 210	165 370	411 962	24 307	126 534	647 889	132 403	369 496	37 635	108 355
1997	802 935	210 091	158 418	432 505	30 701	129 638	681 864	141 129	376 036	46 208	118 491
1998	811 377	215 207	163 425	432 587	33 038	130 545	696 214	147 352	380 493	48 093	120 276
1999	780 935	213 305	161 233	409 779	32 796	125 055	706 763	146 148	395 524	48 276	116 815
2000	755 172	199 994	148 887	400 701	36 730	117 747	662 743	143 901	355 738	51 881	111 223
2001	728 978	184 025	137 002	399 871	37 717	107 365	645 161	142 022	351 267	51 034	100 838
2002	723 333	177 635	132 674	405 193	37 209	103 296	645 690	144 270	356 970	49 739	94 711
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %										
1997	+2,9	-3,3	-4,2	+5,0	+26,3	+2,5	+5,2	+6,6	+1,8	+22,8	+9,4
1998	+1,1	+2,4	+3,2	+0,0	+7,6	+0,7	+2,1	+4,4	+1,2	+4,1	+1,5
1999	-3,8	-0,9	-1,3	-5,3	-0,7	-4,2	+1,5	-0,8	+4,0	+0,4	-2,9
2000	-3,3	-6,2	-7,7	-2,2	+12,0	-5,8	-6,2	-1,5	-10,1	+7,5	-4,8
2001	-3,5	-8,0	-8,0	-0,2	+2,7	-8,8	-2,7	-1,3	-1,3	-1,6	-9,3
2002	-0,8	-3,5	-3,2	+1,3	-1,3	-3,8	+0,1	+1,6	+1,6	-2,5	-6,1

1) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. – 2) Z.B. Kauf, Pacht, Erbe, Rechtsformänderung. – 3) Einschl. der Aufgabe von Betriebsteilen, sofern diese angezeigt wird. – 4) Z.B. Verkauf, Verpachtung, Erbfolge, Rechtsformänderung.

4 Ergebnisse

Die Anmeldungen im Jahr 2002 setzen sich wie folgt zusammen:

133 000 Gründungen von Hauptniederlassungen

45 000 Gründungen von Zweigniederlassungen und unselbstständigen Zweigstellen

178 000 Betriebsgründungen zusammen

405 000 Gründungen von Kleinunternehmen bzw. Aufnahme einer Tätigkeit im Nebenerwerb

103 000 Übernahmen von Betrieben

37 000 Zuzüge aus einem anderen Meldebezirk

723 000 Anmeldungen insgesamt

Die Zahl der Betriebsgründungen, also der Gründungen mit größerer wirtschaftlicher Bedeutung, hat 2002 gegenüber dem Vorjahr erneut abgenommen (– 3,5%). Vier Jahre zuvor waren noch mehr als 215 000 derartiger Gründungen verzeichnet worden.

In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit erfolgt häufig der Schritt in die Selbstständigkeit. Vor diesem Hintergrund ist wohl die Zunahme der Gründungen von Kleinunternehmen (sonstige Neuerrichtungen) um 1,3% zu sehen, die sich damit entgegen dem allgemeinen Trend entwickelt haben. Dagegen kam es 2002 sowohl zu weniger Standortwechseln (– 1,3%) als auch zu weniger Übernahmen (– 3,8%).

Ummeldungen

Die Bedeutung der Ummeldungen ist unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten gering. Aus diesem Grund wird in der Statistik seit 2001 auf den Nachweis der wirtschaftlichen Tätigkeit der umgemeldeten Betriebe verzichtet.

Die Anlässe zur Ummeldung verteilen sich wie folgt:

83 000 Umzüge innerhalb des Meldebezirks

80 000 Fälle, in denen sich die Tätigkeit verändert hat

15 000 Fälle, bei denen beides zutrifft

178 000 Ummeldungen insgesamt

Abmeldungen

Für die Abmeldungen gilt, was die Unterscheidungskriterien anbelangt, sinngemäß das Gleiche wie für die Anmeldungen.

Danach gab es 2002:

102 000 Aufgaben von Hauptniederlassungen

42 000 Aufgaben von Zweigniederlassungen und unselbstständigen Zweigstellen

144 000 Betriebsaufgaben zusammen

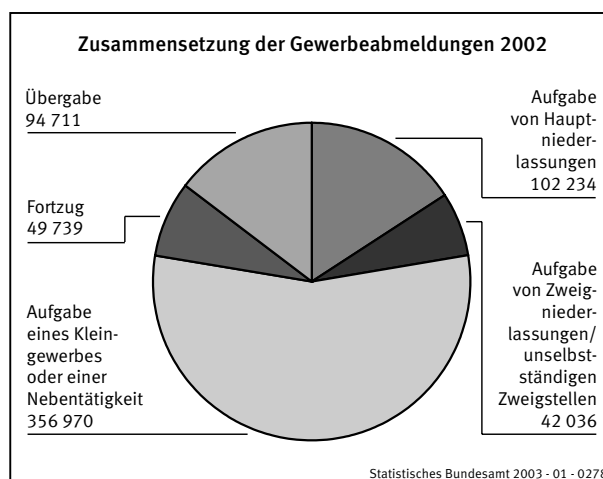
357 000 Aufgaben von Kleinunternehmen und Nebenerwerbsbetrieben

95 000 Übergaben von Betrieben

50 000 Fortzüge in einen anderen Meldebezirk

646 000 Abmeldungen insgesamt

Schaubild 2



Die Zahl der Betriebsaufgaben lag 2002 um 1,6% höher als 2001. Diese Entwicklung gilt sowohl für größere als auch für kleinere Betriebe. Dabei dürfte die Zahl der aufgegebenen Betriebe noch höher sein als die statistisch ermittelte, denn nach Erkenntnissen der Gewerbeämter versäumen es insbesondere Kleingewerbetreibende, sich abzumelden, auch wenn ihre Tätigkeit längst eingestellt ist. Während die Markteintritte statistisch eher überzeichnet werden, muss bei den Marktaustritten also von einer Untererfassung ausgegangen werden. Daher verbietet es sich von selbst, die Gründungen und Aufgaben – wie dies häufig geschieht – zu saldieren, um daraus eine Zunahme der Unternehmensbestände abzuleiten. Im Rahmen der 2003 in Kraft tretenden Änderungen der Gewerbeordnung ist vorgesehen, dass die Finanzbehörden die Gewerbeämter über den Wegfall einer Steuernummer unterrichten, damit diese die Abmeldung vornehmen können. Dies dürfte einen starken Anstieg der Betriebsaufgaben auslösen und damit das Problem der Saldierung nicht vergleichbarer Größen beenden.

Vergleicht man die Wanderungen, also die Zuzüge mit den Fortzügen zwischen den Meldebezirken untereinander, müssten diese sich in etwa die Waage halten. Dies ist jedoch nicht der Fall, denn rund 50 000 Unternehmen gaben bei der

Abmeldung an, an anderer Stelle neu beginnen zu wollen, jedoch nur 37 000 teilten mit, dass sie vorher schon an einem anderen Ort wirtschaftlich tätig gewesen sind. Diese Differenz könnte zum einen damit zusammenhängen, dass die Angabe, an einer anderen Stelle einen Neuanfang zu machen, nur eine Absichtserklärung war, die nicht realisiert wurde. Zum anderen könnten auch mehr Firmen ins Ausland gewechselt sein, als von dort zugezogen sind.

Wie die Zahl der Übernahmen fiel auch die der Übergaben deutlich niedriger aus als 2001. Da unter diesen Begriffen die unterschiedlichsten Anlässe zusammengefasst sind, entzieht sich diese Entwicklung einer Analyse und Beurteilung.

Gewerbeanmeldungen nach Rechtsformen und wirtschaftlicher Tätigkeit

Die von den Gewerbetreibenden gewählte Rechtsform kann über die tatsächlichen Absichten, die mit einer Gründungsmeldung verbunden sind, Auskunft geben. So ist davon auszugehen, dass bei Anmeldung einer Personen- oder Kapitalgesellschaft größere wirtschaftliche Unternehmungen zu erwarten sind als bei Anmeldung eines Einzelunternehmens. Im Jahr 2002 betrafen 78% aller Anmeldungen Einzelunternehmen, aber nur bei 11% dieser Anmeldungen von Einzelunternehmen kann auch eine tatsächliche wirtschaftliche Bedeutung vermutet werden, da eine Handelsregistereintragung vorlag oder bei Betriebsbeginn mindestens eine Person beschäftigt wurde oder der Gewerbetreibende einen Handwerksrolleneintrag besaß.

Bei knapp 13% aller Anmeldungen wurde als Rechtsform die einer GmbH angegeben und bei 5% handelte es sich um eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts. Rund 4 400 Anmeldungen stammten von Aktiengesellschaften, ein Viertel weniger als im Vorjahr. Knapp 60% dieser Anmeldungen betrafen Zweigniederlassungen oder unselbstständige Zweigstellen. Bei den 1 242 Ankündigungen der Gründung einer Hauptniederlassung dürfte es sich vor allem um Veränderungen nach dem Umwandlungsgesetz (z. B. Verschmelzung, Spaltung) oder um Unternehmen ohne eigenen Geschäftsbetrieb gehandelt haben.

Die Gewerbetreibenden sind verpflichtet, den Gegenstand des Betriebes umfassend darzustellen. Allgemein gehaltene Angaben wie zum Beispiel „Handel“ reichen nicht aus. Diese genauen Angaben werden von Gewerbeämtern benötigt, um zu erkennen, ob für die Tätigkeit eine Erlaubnis erforderlich ist. Obwohl diese Verpflichtung besteht, wird ihr in der Praxis oft nicht nachgekommen, sodass die Tätigkeiten für statistische Zwecke nur nach dem 2-stelligen Schlüssel der Klassifikation der Wirtschaftszweige zugeordnet werden können. Mit fortschreitender Einführung von PC-Programmen für die Aufnahme der Gewerbeanzeigen bei den Gewerbeämtern wird erwartet, dass sogar der 5-stellige Branchenschlüssel genutzt wird. Damit können spezifischere Informationen gewonnen werden, aus denen u. a. auf Strukturveränderungen geschlossen werden kann.

Bei rund 30% aller Anmeldungen gaben die Gewerbetreibenden an, im Handel tätig zu sein, und bei 9% im Gastgewerbe. Weitere 8% der Anmeldungen entfielen auf das Baugewerbe, nur 4% auf das Verarbeitende Gewerbe. Fast

Tabelle 3: Gewerbeanmeldungen¹⁾ 2002 nach Wirtschaftszweigen und Rechtsformen

Wirtschaftszweig —— Rechtsform	Gewerbeanmeldungen					Gewerbe- um- meldun- gen ins- gesamt	Gewerbeabmeldungen				
	ins- gesamt	Neu- errich- tung	dar.: Betriebs- gründung	Zuzug	Über- nahme²)		ins- gesamt	Auf- gabe³)	dar.: Betriebs- aufgabe³)	Fortzug	Über- gabe⁴)
nach Wirtschaftszweigen											
Land- und Forstwirtschaft	9 927	8 722	1 744	508	697	.	7 872	6 415	1 266	642	815
Verarbeitendes Gewerbe	29 570	21 230	11 275	2 279	6 061	.	31 441	22 400	9 866	3 003	6 038
Baugewerbe	57 016	48 352	23 162	3 759	4 905	.	60 214	49 014	17 856	4 795	6 405
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	218 193	173 293	53 340	9 802	35 098	.	211 155	165 714	52 381	13 357	32 084
Gastgewerbe	63 817	28 466	10 433	471	34 880	.	64 036	39 192	12 075	612	24 232
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	32 959	27 650	8 048	1 971	3 338	.	33 535	27 017	7 605	2 507	4 011
Kredit- und Versicherungsgewerbe	42 753	38 379	4 260	2 969	1 405	.	38 736	32 529	3 678	4 316	1 891
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	191 449	170 069	48 469	12 487	8 893	.	143 135	115 225	29 222	16 241	11 669
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	58 637	49 892	12 128	2 322	6 423	.	44 850	35 389	8 138	3 358	6 103
Übrige Wirtschaftszweige	19 012	16 775	4 776	641	1 596	.	10 716	8 345	2 183	908	1 463
nach Rechtsformen											
Einzelunternehmen	564 697	469 207	64 210	25 704	69 786	132 866	506 860	411 233	54 587	35 296	60 331
OHG, KG	4 725	2 808	2 808	259	1 658	1 202	5 320	3 013	3 013	305	2 002
GmbH & Co. KG	16 921	10 307	10 307	918	5 696	3 232	11 825	6 956	6 956	953	3 916
Gesellschaft des bürgerlichen Rechts	36 331	28 316	28 120	1 330	6 685	7 410	37 103	22 954	22 630	1 711	12 438
GmbH	91 031	65 801	65 801	8 491	16 739	30 470	75 749	51 143	51 143	10 851	13 755
AG	4 419	2 637	2 637	292	1 490	1 258	4 111	2 668	2 668	360	1 083
Sonstige Rechtsformen	5 209	3 752	3 752	215	1 242	1 272	4 722	3 273	3 273	263	1 186
Insgesamt ...	723 333	582 828	177 635	37 209	103 296	177 710	645 690	501 240	144 270	49 739	94 711

1) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. – 2) Z.B. Kauf, Pacht, Erbe, Rechtsformänderung. – 3) Einschl. der Aufgabe von Betriebsteilen, sofern diese angezeigt wird. – 4) Z.B. Verkauf, Verpachtung, Erbfolge, Rechtsformänderung.

die Hälfte der Anmeldungen kamen von Betrieben, die dem Dienstleistungsbereich zugerechnet werden können. Gemessen an der Gesamtzahl der Anmeldungen dominieren damit die Dienstleistungsbereiche. Wenn es jedoch auf die wirtschaftliche Bedeutung der Anmeldung ankommt, ergibt sich ein etwas anderes Bild. Im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe machen die Betriebsgründungen, also die Anmeldungen von Unternehmen mit Registereintrag und Arbeitnehmern, einen Anteil von etwa 40% der Gesamtzahl aus. Im Gastgewerbe sind es dagegen nur 16% und in den Dienstleistungsbereichen ein Viertel der Anmeldungen in diesen Wirtschaftszweigen.

Die hier aufgeführten Verhältnisse gelten in ähnlicher Weise auch für die Abmeldungen.

Arbeitnehmer

Mit Gründungen und Expansionen wird gemeinhin die Schaffung neuer Arbeitsplätze, mit Stilllegungen der Abbau von Arbeitsplätzen verbunden. Da man einen Überblick über die Zahl der neu geschaffenen oder verloren gegangenen Arbeitsplätze haben möchte, wurden Erwartungen gehegt, dass die Gewerbeanzeigenstatistik hierzu einen Beitrag zu leisten vermag. Das trifft jedoch leider nicht zu, da die Antwortqualität der Anzeigen, was die Beschäftigtenzahl anbelangt, erheblich beeinträchtigt ist. Obwohl die Gewerbeordnung ausdrücklich das vollständige und korrekte Ausfüllen der Anzeigenformulare verlangt und bei Verstoß Bußgelder vorsieht, fehlten 2002 bei fast 60% aller An- und Abmeldungen Angaben zu den beschäftigten Personen. Dazu beigetragen hat möglicherweise auch die Formulierung der Fragestellung, die sich auf einen nicht näher definierten Zeitpunkt bezieht („voraussichtlich beschäftigte Arbeitnehmer“); offensichtlich bereitet es den Gründern Mühe, die künftige Stärke der Belegschaft einzuschätzen.

Mit der Novellierung der Gewerbeordnung und den damit ab 2003 verbundenen Änderungen bezieht sich diese Fragestellung auf den Zeitpunkt der Geschäftsaufnahme bzw. -aufgabe. Es ist zwischen Voll- und Teilzeitbeschäftigten zu unterscheiden und ein zusätzliches Ankreuzfeld

„keine Beschäftigten“ wird eingeführt. Damit wird die Hoffnung verbunden, eine Verbesserung der Antwortqualität zu erreichen.

Ein Großteil der 413 000 Betriebe, die bei ihrer Anmeldung keine Angaben zu den Beschäftigten gemacht haben, dürfte zum Zeitpunkt der Geschäftsaufnahme auch über keine nennenswerte Belegschaft verfügt haben. Bei über 60% der 310 000 Anmeldungen, die entsprechende Angaben enthielten, wurde mitgeteilt, dass keine Arbeitnehmer beschäftigt seien. Bei 14% war nur eine Person beschäftigt, bei einem gleich hohen Anteil standen 2 bis 4 Personen in Arbeit. Bei 7% belief sich die Zahl der Beschäftigten auf 5 bis 19 Personen. Nur in 843 Fällen wurde von mehr als 100 Beschäftigten ausgegangen. Es ist aber kaum anzunehmen, dass es sich bei den Anmeldungen von Unternehmen dieser Größe um Neugründungen gehandelt hat. Diese Unternehmen dürften vorher schon in einer anderen Form bestanden haben.

Von den 278 000 Betrieben, bei deren Abmeldung dieses Merkmal ausgefüllt war, hatten fast zwei Drittel zu diesem Zeitpunkt keine Mitarbeiter mehr beschäftigt. Jeweils 14% beschäftigten noch eine oder 2 bis 4 Personen.

Staatsangehörigkeit der Gewerbetreibenden

Um ein Gewerbe ausüben zu dürfen, müssen die Gewerbetreibenden auch Angaben zu ihrer Person machen. Anzugeben sind außer Namen und Anschrift auch das Geburtsdatum, der Geburtsort und die Staatsangehörigkeit. Diese Informationen werden nicht nur von Einzelunternehmen erfragt, sondern auch von allen Gesellschaftern von Personengesellschaften sowie den gesetzlichen Vertretern von juristischen Personen, mit Ausnahme der inländischen Aktiengesellschaften. Bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung sind die Geschäftsführer auskunftspflichtig. Da bei Anzeigen eines neuen Gewerbes oder einer Änderung in der Ausübung immer alle Gesellschafter bzw. gesetzlichen Vertreter aufgeführt werden müssen, ist die Zahl der Personen mit Angaben zur Staatsangehörigkeit höher als die Zahl der gemeldeten Unternehmen bzw. Betriebe.

Tabelle 4: Gewerbemeldungen¹⁾ 2002 nach Größe und Grad der Selbstständigkeit des Betriebes

Betriebe mit ... bis ... Arbeitnehmern/ -nehmerinnen	Gewerbeanmeldungen				Gewerbeummeldungen			Gewerbeabmeldungen			
	insgesamt	Hauptniederlassung	Zweigniederlassung	unselbstständige Zweigstelle	insgesamt	Hauptniederlassung	Zweigniederlassung bzw. unselbstständige Zweigstelle	insgesamt	Hauptniederlassung	Zweigniederlassung	unselbstständige Zweigstelle
0	197 222	184 991	2 634	9 597	50 467	48 417	2 050	179 377	167 230	2 944	9 203
1	43 334	36 880	1 726	4 728	11 269	10 439	830	38 114	31 991	1 725	4 398
2 – 4	43 877	32 757	2 532	8 588	12 038	10 444	1 594	37 893	28 675	2 319	6 899
5 – 19	20 227	14 324	1 215	4 688	7 155	6 079	1 076	17 989	13 101	1 143	3 745
20 – 99	4 978	3 247	487	1 244	2 115	1 675	440	4 269	2 858	401	1 010
100 und mehr	843	516	108	219	374	293	81	677	431	98	148
Keine Angaben	412 852	385 856	6 980	20 016	94 292	90 028	4 264	367 371	342 622	7 105	17 644
Insgesamt ...	723 333	658 571	16 682	49 080	177 710	167 375	10 335	645 690	586 908	15 735	43 047

1) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Tabelle 5: Anzeigepflichtige Personen¹⁾ 2002
nach der Staatsangehörigkeit

Staatsangehörigkeit	Gewerbeanmeldungen	Gewerbeummeldungen	Gewerbeabmeldungen
Insgesamt	797 444	197 359	699 564
darunter:			
Deutsch	703 560	178 288	618 980
Europäische Union ²⁾	29 493	5 635	25 819
darunter:			
Britisch	2 058	466	1 693
Französisch	1 598	353	1 246
Griechisch	5 620	895	5 276
Italienisch	9 240	1 555	8 615
Niederländisch	2 898	638	2 483
Österreichisch	4 088	1 002	3 416
Spanisch	1 005	179	829
Kroatisch	2 462	538	1 832
Polnisch	2 366	528	1 568
Türkisch	23 746	4 102	20 235
Afrikanische Staatsangehörigkeiten	2 258	376	1 664
Amerikanische Staatsangehörigkeiten	2 755	506	1 967
Asiatische Staatsangehörigkeiten	11 641	2 336	8 575

1) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. – 2) Ohne Deutschland.

Von den 797 444 Personen, die in einer Gewerbeanmeldung aufgeführt waren, besaßen 88% die deutsche Staatsangehörigkeit. Bei 4% handelte es sich um Bürger eines Landes der Europäischen Union; davon besaßen über 30% einen italienischen Pass. Personen mit türkischer Staatsangehörigkeit meldeten 23 746 Gewerbe an. Das ist der mit Abstand größte Anteil einer ausländischen Staatsangehörigkeit an allen Gewerbeanmeldungen (3%). Für Um- und Abmeldungen gelten in etwa dieselben Größenverhältnisse.

Ursachen für die Abmeldung

Obwohl in der Gewerbeabmeldung die konkrete Frage nach dem Grund der Betriebsaufgabe gestellt wird, fehlt hier bei 40% der Abmeldungen die Antwort. Bei 19% der Meldungen, die entsprechende Angaben enthalten, wurden wirtschaftliche Schwierigkeiten als Anlass für die Einstellung der Tätigkeit genannt, bei weiteren 14% war es eine Verlagerung der Niederlassung, die zu einer Abmeldung führte. In 7% der Fälle wurde der Betrieb von den Gewerbeämtern selbst abgemeldet, da diese in Erfahrung gebracht hatten, dass die Tätigkeit schon länger eingestellt war. Die übrigen Gründe sind persönlicher oder familiärer Art (Alter, Eheschließung, Scheidung, Tod), der Verkauf des gesamten Betriebes oder dass die Tätigkeit gar nicht erst aufgenommen wurde. Diese „übrigen Gründe“ können aber erst ab dem Berichtsjahr 2003 differenzierter nachgewiesen werden.

Gewerbemeldungen nach Ländern

Bei einer Analyse der Gewerbemeldungen nach Ländern wäre es denkbar, dass in wirtschaftlich starken Ländern auch die relativ meisten Gründungsaktivitäten entfaltet werden. Andererseits könnte aber auch angenommen werden, dass in diesen Ländern die dort bereits am Markt tätigen Unternehmen den Bedarf an Waren und Dienstleistungen ausreichend abdeckten und auch bei der Innovation neuer Produkte präsent sind. In Ländern mit hoher Unternehmensdichte dürfte es schwieriger sein, eine höhere Gründungsquote zu erzielen, als in Ländern, in denen weniger Unternehmen angesiedelt sind.

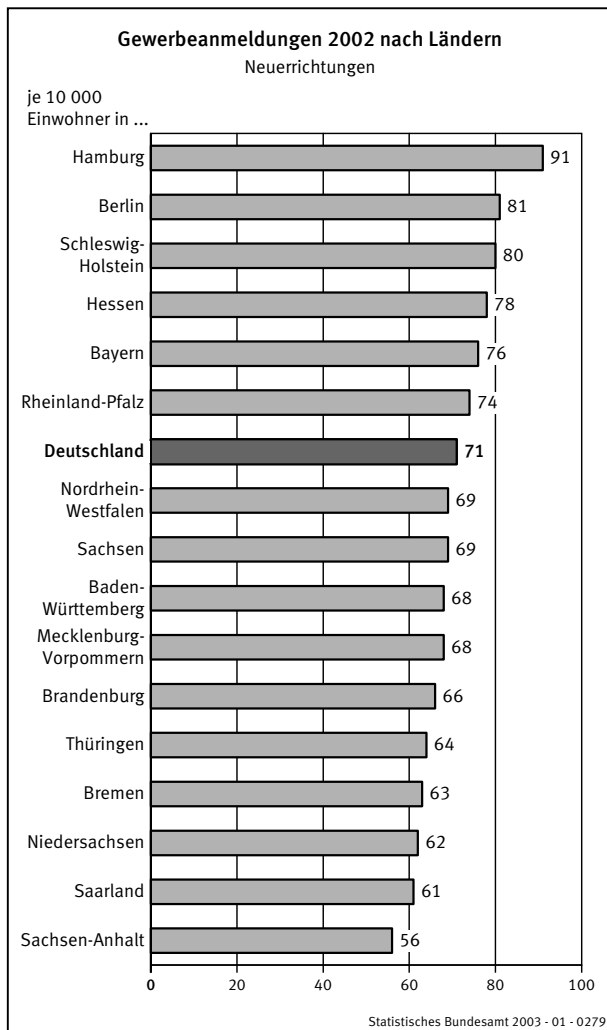
Bei der Ermittlung der Gründungsquote erscheint der Bezug zu den Einwohnerzahlen am aussagefähigsten. Da aber ver-

Tabelle 6: Gewerbemeldungen¹⁾ 2002 nach Ländern

Land	Gewerbeanmeldungen			Gewerbeummeldungen		Gewerbeabmeldungen			Gesamtzahl der Meldungen
	insgesamt	dar.: Neuerrichtung		insgesamt	dar.: Veränderung der Betriebs- tätigkeit	insgesamt	dar.: Aufgabe²)		
		zusammen	je 10 000 Einwohner³)				zusammen	je 10 000 Einwohner³)	
Baden-Württemberg	91 310	72 125	68	20 616	8 548	84 108	63 813	60	196 034
Bayern	120 573	94 107	76	25 595	12 225	99 972	68 972	56	246 140
Berlin	33 875	27 467	81	11 051	3 510	29 887	23 812	70	74 813
Brandenburg	20 275	16 953	66	5 529	2 836	18 194	14 448	56	43 998
Bremen	5 025	4 147	63	1 386	572	4 568	3 857	58	10 979
Hamburg	19 416	15 755	91	5 132	1 993	14 158	10 953	63	38 706
Hessen	61 113	47 763	78	16 257	7 652	55 965	43 458	71	133 335
Mecklenburg-Vorpommern	13 914	11 880	68	4 130	1 999	14 847	12 862	74	32 891
Niedersachsen	62 032	49 155	62	13 553	5 566	54 457	41 911	53	130 042
Nordrhein-Westfalen	151 693	124 656	69	33 800	13 404	134 664	107 778	60	320 157
Rheinland-Pfalz	36 778	29 952	74	7 334	3 780	31 558	24 988	62	75 670
Saarland	7 853	6 487	61	1 479	707	7 543	5 990	56	16 875
Sachsen	35 681	30 272	69	14 094	7 017	34 931	29 577	68	84 706
Sachsen-Anhalt	17 258	14 333	56	6 962	5 062	18 149	15 472	61	42 369
Schleswig-Holstein	27 771	22 491	80	4 883	2 305	23 928	18 259	65	56 582
Thüringen	18 766	15 285	64	5 909	2 850	18 761	15 090	63	43 436
Deutschland ...	723 333	582 828	71	177 710	80 026	645 690	501 240	61	1 546 733

1) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. – 2) Einschl. der Aufgabe von Betriebsteilen, sofern diese angezeigt wird. – 3) Bevölkerungsstand: September 2002 (vorläufiges Ergebnis).

Schaubild 3



lässliche Angaben über die Gründungen nicht vorliegen, werden nachfolgend ersatzweise die Neuerrichtungen auf die Einwohnerzahlen bezogen. Die auf diese Weise ermittelten Quoten geben somit allenfalls erste Anhaltspunkte über die wirtschaftliche Bedeutung der Gründungen in den einzelnen Ländern. Auf 10 000 Einwohner kommen in Hamburg (91), Berlin (81) und Schleswig-Holstein (80) die meisten Neuerrichtungen, in Sachsen-Anhalt (56), dem Saarland (61) und Niedersachsen (62) die wenigsten. Die relativ meisten Schließungen erfolgten in Mecklenburg-Vorpommern (74 je 10 000 Einwohner), die wenigsten in Niedersachsen (53). [u](#)

Dipl.-Mathematiker Hannelore Pöschl

Zur Erfassung von Einkommen in der Landwirtschaft

Die Einkommen in der Landwirtschaft setzen sich zunehmend aus Einkünften aus verschiedenen Quellen zusammen. Dabei spielen sowohl Einkünfte aus nichtlandwirtschaftlicher Tätigkeit innerhalb des Betriebes als auch Einkünfte aus Aktivitäten außerhalb des Betriebes sowie Einkommensübertragungen eine immer wichtigere Rolle. Auch nationale und internationale agrarpolitische Maßnahmen, die die Einkommenssituation der landwirtschaftlichen Betriebe oder der landwirtschaftlichen Haushalte verbessern sollen, wirken auf unterschiedliche Aktivitäten zur Einkommenserzielung und fördern so die „Multifunktionalität der Landwirtschaft“. Im vorliegenden Beitrag wird ein Überblick über die Informationslage zum Themenkomplex „Einkommen in der Landwirtschaft“ gegeben sowie die derzeitige und zukünftige Rolle der Agrarstatistik in diesem Zusammenhang dargestellt.

Vorbemerkung

Die Einkommenssituation der landwirtschaftlichen Betriebe spielt sowohl im Zusammenhang mit der nationalen als auch internationalen Agrarpolitik eine nicht unerhebliche Rolle. Die Generaldirektion Landwirtschaft der Europäischen Kommission (DG Agri) begründet ihre Aktivitäten zur Messung der Einkommen in der Landwirtschaft zum Beispiel wie folgt¹⁾:

„Bereits jetzt geht rund ein Drittel der Landwirte in der Europäischen Union einer zusätzlichen Erwerbstätigkeit nach, in der Regel außerhalb des landwirtschaft-

lichen Betriebs. Die zunehmende Diversifizierung der landwirtschaftlichen Betriebe, die zu Unternehmen führt, die streng genommen nicht mehr landwirtschaftlich sind [beispielsweise ländlicher Tourismus (Ferien auf dem Bauernhof), Nahrungsmittelverarbeitung], und die stärkere außerlandwirtschaftliche Beschäftigung von Landwirten und ihrer Familienmitglieder spiegelt sich teilweise in den Ausgaben der Strukturfonds der Europäischen Union zur Förderung und Entwicklung des ländlichen Raums wider. Revisionen der GAP²⁾ aufgrund der Vereinbarung über die „Agenda 2000“, die im März 1999 anlässlich des Europäischen Rates in Berlin erzielt wurde, umfassen den Aufbau eines „zweiten Pfeilers“ der GAP, der auf die Entwicklung des ländlichen Raums abzielt. Maßnahmen zur Modernisierung und Diversifizierung landwirtschaftlicher Betriebe lassen diesen anderen Tätigkeiten eine größere Bedeutung zukommen. Zusätzlich zum Einkommen aus Erwerbstätigkeiten können die Mitglieder landwirtschaftlicher Haushalte gegebenenfalls Einkommen aus Vermögen haben und dürfen in ihrer Eigenschaft als Staatsbürger Sozialleistungen und sonstige Zahlungen erhalten. Diese komplexeren Einkommens- und Beschäftigungsmuster haben Auswirkungen auf die Art und Weise der Erfassung der Einkommen von landwirtschaftlichen Haushalten.“

Die Art und Weise, wie derzeit – auch international vergleichbare – Informationen zum Themenkomplex „Einkommen in der Landwirtschaft“ bereitgestellt und interpretiert werden, ist vielschichtig. Es gibt einerseits das nationale und

1) Quelle: Europäische Kommission, DG Agri: „Einkommen des Sektors landwirtschaftlicher Haushalte“, Bericht 2001.

2) GAP: Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union.

auch international³⁾ verwendete Testbetriebsnetz, andererseits die Landwirtschaftliche Gesamtrechnung (LGR) und die ESLH-Statistik⁴⁾ von Eurostat. Beim mikro-ökonomischen Ansatz der Testbetriebsnetze werden landwirtschaftliche Betriebe und ihre wirtschaftliche Lage nach Buchführungsgrundsätzen (entsprechend den Vorschriften des Handelsgesetzbuches) bewertet, bei der LGR und der ESLH-Statistik sind die makro-ökonomischen Verfahren der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen maßgeblich. Die Bezugsgröße bei der ESLH-Statistik allerdings sind landwirtschaftliche Haushalte, nicht die Betriebe. Da sich sowohl die Darstellungseinheiten – Betriebe gegenüber Haushalten – als auch die Verfahren erheblich voneinander unterscheiden, verwundert es nicht, dass unterschiedliche Ergebnisse ermittelt werden.

Gemeinsam ist jedoch allen Ansätzen, dass bis zu einem gewissen Grade berücksichtigt wird, dass neben den Einkünften aus dem landwirtschaftlichen Betrieb weitere Einkommensquellen zum Gesamteinkommen und damit zum verfügbaren Einkommen der Darstellungseinheiten beitragen können. Dieser Annahme liegt die Erkenntnis zugrunde, dass die zunehmende Verflechtung unterschiedlicher wirtschaftlicher Aktivitäten, die unter dem Schlagwort „Multifunktionalität der Landwirtschaft“ die politische und gesellschaftliche Diskussion erreicht hat, in adäquater Weise auch im Hinblick auf die Einkommenssituation in der Landwirtschaft abgebildet werden sollte. Dabei wird versucht, die außerbetrieblichen Einkünfte von den außerlandwirtschaftlichen Einkommen zu unterscheiden. Dies wird bei den genannten Verfahren in unterschiedlichem Umfang realisiert.

Die amtliche Agrarstatistik befasst sich nur in sehr eingeschränkter Form mit Fragen der Einkommenssituation landwirtschaftlicher Betriebe. Dies hängt damit zusammen, dass historisch gesehen das Ziel der Agrarstatistiken in der Messung der Produktion der Betriebe lag, wobei Strukturdaten über die Betriebe nur als Zusatzinformation und auch nur in größeren zeitlichen Abständen ermittelt wurden. Andererseits ist eine Befragung von Auskunftspflichtigen nach Einkommensdaten nach aller Erfahrung ein diffiziles Unterfangen, insbesondere, wenn es sich um natürliche Personen handelt, die sich in diesem Zusammenhang in der Regel wenig auskunftsbereit zeigen. Die meisten Erhebungen der amtlichen Statistik, die sich mit Einkommensfragen befassen, verzichten daher auf eine Auskunftspflicht und arbeiten stattdessen mit freiwilliger Auskunftserteilung. Zum anderen sind bei der Ermittlung landwirtschaftlicher Einkommen spezifische Besonderheiten zu berücksichtigen. So kann nicht in allen Betrieben der Gewinn mit einer Primärerhebung ermittelt werden, da kleinere landwirtschaftliche Betriebe häufig einer pauschalierten Besteuerung unterliegen und somit der Umsatz/Gewinn nicht in einer Steuerbilanz oder Überschussrechnung ausgewiesen wird. Zudem sind diese Kenngrößen auch nur eingeschränkt aussagefähig, da Transferleistungen, wie Produktionsbeihilfen, in der

Landwirtschaft in hohem Maße die Erträge aus der betrieblichen Tätigkeit mitbestimmen.

In der amtlichen Agrarstatistik beschränken sich die Fragen zum Themenkomplex „Einkommen“ daher auf die qualitativen Merkmale „Art der Gewinnermittlung für steuerliche Zwecke“ und „Art der außerbetrieblichen Einkommen“ in der Agrarstrukturerhebung, wobei keinerlei monetäre Einkommensangaben erfragt werden. Dennoch verfügen auch diese Informationen unter Berücksichtigung weiterer Strukturmerkmale der landwirtschaftlichen Betriebe über eine erhebliche Aussagekraft, wenn auch aus einem anderen Blickwinkel. Es stehen dabei weniger die wirtschaftlichen als die gesellschaftspolitischen und sozialen Aspekte im Vordergrund.

Die Klassifizierung der landwirtschaftlichen Betriebe nach ihrer wirtschaftlichen Größe erfolgt in der Agrarstatistik durch die „Standardbetriebseinkommen“. Dabei handelt es sich um eine rechnerische Größe, die aus den Standarddeckungsbeiträgen für die einzelnen betrieblichen Produktionszweige ermittelt wird, die wiederum auf Berechnungen mittels standardisierter Erträge, Preise und Kosten beruhen.⁵⁾

Datenquellen und Definitionen

Die genannten Datenquellen benutzen unterschiedliche Definitionen und Verfahren zur Ermittlung und Darstellung der Einkommen in der Landwirtschaft, die nachfolgend in ihren Grundzügen dargestellt werden.

Nationales Testbetriebsnetz⁶⁾

Die Ertragslage der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland wird mit den Ergebnissen der Testbetriebsbuchführung abgebildet, die vom Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) durchgeführt wird. Dabei soll die ganze Vielfalt der Betriebsformen und Bewirtschaftungsverhältnisse dargestellt werden. Die Grundlage für die Datenlieferung der Testbetriebe ist der BMVEL-Jahresabschluss, der gegen eine Aufwandsentschädigung von Steuerberatern und landwirtschaftlichen Buchstestern erstellt wird. Die Mitarbeit im Testbetriebsnetz ist freiwillig. Insgesamt werden rund 12 000 Betriebe in das Testbetriebsnetz einbezogen.

Wichtigste Größe für die Erfolgsmessung landwirtschaftlicher Unternehmertätigkeit im Rahmen des Testbetriebsnetzes ist der Gewinn. Der Gewinn umfasst bei Einzelunternehmen und Personengesellschaften das Entgelt für die nicht entlohnte Arbeit der landwirtschaftlichen Unternehmer und deren mitarbeitende, nicht entlohnte Familienangehörige, für das eingesetzte Eigenkapital und für die unternehmerische Tätigkeit. Aus dem Gewinn müssen die Privatentnahmen der Unternehmer (Lebenshaltung, Kran-

3) Informationsnetz landwirtschaftlicher Buchführungen (INLB) der Kommission der Europäischen Gemeinschaften.

4) ESLH: Einkommen des Sektors Landwirtschaftliche Haushalte.

5) Siehe Walsemann, U.: „Die Klassifikation der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland von 1971 bis 2001“ in WiSta 3/2003, S. 191 ff.

6) Quelle: „Ernährungs- und agrarpolitischer Bericht 2003 der Bundesregierung“ sowie BMVEL: „Methodische Erläuterungen zum Testbetriebsnetz“.

kenversicherung, Alterssicherung, private Vermögensbildung, private Steuern usw.) und die Eigenkapitalbildung der Unternehmen (Nettoinvestitionen, Tilgung von Fremdkapital) finanziert werden. Bei juristischen Personen lautet die dem Gewinn entsprechende Bezeichnung Jahresüberschuss. Im Gegensatz zu den Haupterwerbsbetrieben erhalten bei juristischen Personen alle im Unternehmen beschäftigten Arbeitskräfte, einschließlich der Eigentümer, Löhne bzw. Gehälter. Außerdem sind bei juristischen Personen aus dem Jahresüberschuss bereits Steuern vom Einkommen und Ertrag entrichtet worden, die bei Einzelunternehmen und Personengesellschaften in der Regel nicht anfallen. Deshalb wird als Einkommensmaßstab, der für die landwirtschaftlichen Betriebe aller Rechtsformen vergleichbar ist, der Jahresüberschuss vor Steuern vom Einkommen und Ertrag zuzüglich Personalaufwand je Arbeitskraft herangezogen. Damit wird sowohl das Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit als auch aus Arbeitnehmertätigkeit in landwirtschaftlichen Betrieben erfasst. Dieser Einkommensmaßstab wird in der Darstellung der Ergebnisse als Einkommen bezeichnet. Für die Klein- und Nebenerwerbsbetriebe wird zusätzlich das Gesamteinkommen dargestellt, das auch die außerlandwirtschaftlichen Einkommen umfasst. Neben der Einkommensentstehung werden die Ergebnisse zur Einkommensverwendung für private Entnahmen und Investitionen sowie zur Entwicklung von Eigen- und Fremdkapital ausgewiesen. Die Eigenkapitalveränderung ist dabei ein wichtiger Maßstab zur Beurteilung der Existenzfähigkeit der Betriebe.

Die Daten des nationalen Betriebsnetzes werden direkt sowohl für das Informationsnetz Landwirtschaftlicher Buchführung auf Ebene der Europäischen Union als auch bei den Berechnungen in der Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung genutzt. Indirekt finden sie auch bei der Statistik der Einkommen des Sektors Landwirtschaftliche Haushalte Berücksichtigung, da hier eine Abstimmung mit dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 für den Sektor Private Haushalte erfolgt.

Informationsnetz Landwirtschaftlicher Buchführungen (INLB)⁷⁾

Das Informationsnetz Landwirtschaftlicher Buchführungen (INLB) ist ein Instrument, mit dessen Hilfe das Einkommen landwirtschaftlicher Betriebe und die Auswirkungen der Gemeinsamen Agrarpolitik darauf bewertet werden können. Das Konzept des Informationsnetzes Landwirtschaftlicher Buchführungen stammt aus dem Jahr 1965, als mit der Verordnung 79/65 des Rates die Rechtsgrundlage für die Organisation des Informationsnetzes geschaffen wurde.⁸⁾ Es besteht aus einer Erhebung, die von den Mitgliedstaaten der Europäischen Union durchgeführt wird. Die in der Union für die Durchführung des Informationsnetzes Landwirtschaftlicher Buchführungen verantwortlichen Dienststellen sammeln jährlich Buchführungsdaten aus einer Stichprobe

der in der Europäischen Union ansässigen landwirtschaftlichen Betriebe. Abgeleitet von nationalen Erhebungen stellt das Informationsnetz landwirtschaftlicher Buchführungen die einzige Quelle harmonisierter mikroökonomischer Daten dar, das heißt die Buchhaltungsgrundsätze sind in allen Ländern gleich. Das Informationsnetz landwirtschaftlicher Buchführungen repräsentiert landwirtschaftliche Haupterwerbsbetriebe der Europäischen Union. Die Betriebe werden auf der Grundlage eines Stichprobenplans, der für jedes Gebiet in der Europäischen Union erstellt wird, für die Teilnahme an der Erhebung ausgewählt. Die Erhebung erfasst jedoch nicht alle landwirtschaftlichen Betriebe in der Europäischen Union, das heißt es wird nur die Gesamtheit jener landwirtschaftlichen Betriebe abgedeckt, die aufgrund ihrer Größe als landwirtschaftliche Haupterwerbsbetriebe betrachtet werden können. Mit der angewendeten Methodik wird versucht, repräsentative Daten im Hinblick auf die drei Dimensionen Gebiet, wirtschaftliche Betriebsgröße und betriebswirtschaftliche Ausrichtung zu liefern.

Zurzeit umfasst die jährliche Stichprobe etwa 60 000 Betriebe. Sie repräsentieren eine Gesamtzahl von etwa 4 000 000 landwirtschaftlichen Betrieben in den 15 Mitgliedstaaten, die über 90% der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) verfügen und über 90% der gesamten landwirtschaftlichen Produktion der Europäischen Union erwirtschaften. Die pro Stichprobenbetrieb gesammelten Informationen betreffen ungefähr 1 000 Variablen und werden von den Verbindungsstellen übermittelt. Diese in einem Betriebsbogen beschriebenen Variablen beziehen sich auf:

- physische und strukturelle Daten, wie Standort, Anbauflächen, Umfang des Viehbestands, Arbeitskräfte usw.,
- Wirtschaftsdaten, wie zum Beispiel den Wert der pflanzlichen Produktion, Vorräte, Zukäufe und Verkäufe, Produktionskosten, Vermögenswerte und
- Verbindlichkeiten, Produktionsquoten und Beihilfen, einschließlich derjenigen, die mit der Anwendung von GAP-Maßnahmen in Verbindung stehen.

Landwirtschaftliche Gesamtrechnung⁹⁾

Die Gesamtrechnung für den Bereich Landwirtschaft (einschließlich Garten- und Weinbau, ohne Forstwirtschaft und Fischerei) ist nach den Regeln des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 aufgestellt und basiert auf dem Konzept des Wirtschaftsbereichs. Der Wirtschaftsbereich Landwirtschaft gilt als Zusammenfassung aller örtlichen fachlichen Einheiten (landwirtschaftliche Betriebe), die folgende Tätigkeiten ausüben: Pflanzenbau, Tierhaltung, gemischte Landwirtschaft, landwirtschaftliche Lohnarbeiten, gewerbliche Jagd.

Nichtlandwirtschaftliche Tätigkeiten in landwirtschaftlichen Unternehmen, die buchmäßig nicht getrennt erfasst werden können, zum Beispiel Landschaftspflege oder Urlaub auf

7) Quelle: Europäische Kommission, DG Agri.

8) Verordnung Nr. 79/65/EWG des Rates vom 15. Juni 1965 zur Bildung eines Informationsnetzes landwirtschaftlicher Buchführungen über die Einkommenslage und die betriebswirtschaftlichen Verhältnisse landwirtschaftlicher Betriebe in der EWG.

9) Handbuch zur Regionalen Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung in Deutschland R-LGR (rev. 1.0).

dem Bauernhof, sind nach dem ESVG 1995 Bestandteil der Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung. Die landwirtschaftliche Produktion von Haushalten sowie die Tierhaltung von Nichtlandwirten sind dagegen nicht Bestandteil der LGR.

Statistik der Einkommen des Sektors Landwirtschaftliche Betriebe¹⁰⁾

Die ESLH-Statistik bietet ein aggregiertes Bild der Einkommenssituation der landwirtschaftlichen Haushalte, indem sie Einkommen aus allen Quellen (nicht nur aus landwirtschaftlicher Tätigkeit) und Abzüge, wie zum Beispiel Steuern und Sozialbeiträge, erfasst. Sie wurde entwickelt, um den politischen Entscheidungsträgern zusätzlich zu den schon länger bestehenden offiziellen Indikatoren des Einkommens aus landwirtschaftlicher Tätigkeit weitere Informationen zur Verfügung zu stellen. Das Ziel der ESLH-Statistik, die auf dem Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aufbaut, besteht darin, die sich vollziehenden Veränderungen in Höhe und Zusammensetzung des Einkommens landwirtschaftlicher Haushalte zu erfassen und deren Einkommenssituation mit der anderer sozio-ökonomischer Gruppen zu vergleichen. Der wichtigste Einkommensbegriff – das verfügbare Nettoeinkommen – beinhaltet die Einkünfte aus allen Quellen und Abzüge wie direkte Steuern auf das Einkommen. In die Messung werden alle Personen einbezogen, die im selben Haushalt leben. Um Einkommensvergleiche anstellen zu können, werden die Haushalte entsprechend der Haupteinkommensquelle der jeweiligen Bezugsperson – in der Regel ist dies der Haushaltsvorstand – in Gruppen eingeteilt. Demzufolge gilt ein Haushalt als landwirtschaftlich (im „eng gefassten“ Sinne), wenn die landwirtschaftliche Tätigkeit die Haupteinkommensquelle der Bezugsperson ist. Ergänzende Ergebnisse beziehen sich auf eine „weit gefasste“ Definition, die alle Haushalte einschließt, in denen zumindest ein Mitglied ein gewisses Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit in der Landwirtschaft erzielt.

Agrarstrukturhebung

Die Strukturhebungen in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben setzen sich zusammen aus den im Abstand von acht bis zwölf Jahren durchzuführenden Landwirtschaftszählungen und den sie seit 1975 ergänzenden, zweijährlich stattfindenden Agrarstrukturhebungen (ASE). Mit dem Erhebungs- und Darstellungsprogramm der ASE werden zugleich die Anforderungen der ebenfalls im zweijährlichen Turnus vorgeschriebenen Agrarstrukturhebungen der Europäischen Gemeinschaften erfüllt. Im Rahmen der Strukturhebungen in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben werden im Mai des Erhebungsjahres Informationen zur Bodennutzung und Viehhaltung sowie über Arbeitskräfte und weitere struktur- und sozialökonomische Merkmale der landwirtschaftlichen Betriebe erhoben. Die ASE

wird im Wechsel allgemein und repräsentativ durchgeführt und dient gleichermaßen dem produktions- und dem strukturstatistischen Ergebnisausweis. In die allgemeine Agrarstrukturhebung sind alle landwirtschaftlichen Betriebe einbezogen, die die im Agrarstatistikgesetz¹¹⁾ vorgesehenen Mindestflächen oder -viehbestandsgrenzen erreichen. Repräsentative Erhebungen werden durch eine Stichprobe von rund 100 000 Betrieben ermittelt, die nach fachlichen und regionalen Gesichtspunkten geschichtet ist.

Die Angaben im Zusammenhang mit den Themenkomplexen „Gewinnermittlung“ und „Außerbetriebliche Einkommen“ hängen eng mit den Rechtsformen der Betriebe zusammen. So kann die Gewinnermittlung für steuerliche Zwecke nach vier verschiedenen Verfahren durchgeführt werden, nicht alle sind jedoch für sämtliche Rechtsformen zulässig. Außerbetriebliche Einkommen werden nur für die Rechtsform „Einzelunternehmen“ erfragt und hier nur für den Betriebsinhaber, seinen Ehegatten und deren mit betrieblichen Arbeiten beschäftigten Familienangehörigen, soweit sie im Betrieb leben. Die Unterscheidung nach der Art der außerbetrieblichen Einkommen dieses Personenkreises erfolgt nach den vier Kategorien

- Einkommen aus anderer Erwerbstätigkeit in einem anderen Betrieb,
- Altersrente für Landwirte, Landabgaberente, Produktionsaufgaberente u. Ä.,
- Rente, Pension, Arbeitslosengeld/-hilfe, Sozialhilfe u. Ä.,
- Einkommen aus Verpachtung, Vermietung, Kapitalvermögen u. Ä.

Berücksichtigt werden die im Zeitraum vom Mai des Vorjahres bis April des Berichtsjahres bezogenen Einkommen. Interessant ist die Analyse der außerbetrieblichen Einkommen in der Unterscheidung der Betriebe nach Haupt- und Nebenerwerb. Zu dieser Typisierung der Betriebe wird seit 1997 die aus personenbezogenen Daten berechnete Arbeitsleistung, ausgedrückt in Arbeitskräfte-Einheiten (AK-E)¹²⁾, je Betrieb und das Verhältnis von betrieblichem und außerbetrieblichem Einkommen herangezogen. Dabei sind Haupterwerbsbetriebe:

1. Betriebe mit 1,5 AK-E und mehr,
2. Betriebe mit 0,75 bis unter 1,5 AK-E und einem Anteil des betrieblichen Einkommens am Gesamteinkommen des Betriebes von 50% und mehr.

Alle Betriebe, die den angeführten Kriterien nicht entsprechen, werden als Nebenerwerbsbetriebe definiert.

10) Quelle: „Einkommen des Sektors Landwirtschaftliche Haushalte 2001“, Eurostat, 2002.

11) Gesetz über Agrarstatistiken (Agrarstatistikgesetz – AgrStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. August 2002 (BGBl. I S. 3118).

12) Maßeinheit einer im Berichtszeitraum mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigten und nach ihrem Alter voll leistungsfähigen Arbeitskraft.

Tabelle 1: Landwirtschaftliche Betriebe und Bezieher außerbetrieblicher Einkommen
Früheres Bundesgebiet

Jahr	Betriebe					Familienarbeitskräfte					
	insgesamt	dar.: Betriebsinhaber natürliche Personen ¹⁾				insgesamt	dar.: Bezieher außerbetrieblicher Einkommen	Art des außerbetrieblichen Einkommens			
		zusammen		dar.: Betriebe mit Beziehern außerbetrieblicher Einkommen				nur aus Erwerbstätigkeit	nur aus anderen Quellen	aus Erwerbstätigkeit und anderen Quellen	
	Betriebe		Anteil an Spalte 1	Betriebe	Anteil an Spalte 2	Personen		Anteil an Spalte 6	Anteil an Spalte 7		
	1 000		%	1 000	%	1 000		%			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1981	789,5	785,5	99,5	573,0	72,9	1 777,3	823,1	46,3	58,9	34,7	6,3
1991	621,0	618,0	99,5	484,0	78,3	1 337,3	766,0	57,3	53,2	36,4	10,3
1999	432,5	416,9	96,4	333,7	80,0	901,7	530,4	58,8	46,5	40,2	13,5
2001	406,8	390,5	96,0	305,5	78,2	822,1	476,2	57,9	49,7	38,3	12,0

1) Ab 1999 Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen.

Ausgewählte Ergebnisse

Ergebnisse aus der Agrarstrukturerhebung

Ergebnisse für das frühere Bundesgebiet

Für das frühere Bundesgebiet liegen Vergleichsdaten zum außerbetrieblichen Einkommen seit 1975 vor. Sie sind jedoch wegen verschiedener Änderungen in der Erfassung der Betriebe insgesamt (Anhebung der unteren Abschneidegrenzen) sowie bei den Definitionen der Rechtsform und der Arbeitskräfte nur bedingt vergleichbar. Dennoch vermittelt Tabelle 1 einen guten Überblick über die Entwicklung in den letzten 20 Jahren.

Einerseits wird deutlich, dass die Rechtsform Einzelunternehmen in der Landwirtschaft immer noch dominant ist: Es gab nur eine leichte Verringerung des Anteils an allen Betrieben von 99,5% in den Jahren 1981 und 1991 auf 96% im Jahr 2001. Der Anteil der Betriebe mit außerbetrieblichen Einkommen stieg von 73% im Jahr 1981 auf 78% im Jahr 1991 und bewegt sich seither etwa in dieser Größenordnung. Betrachtet man die zu dieser Fragestellung berücksichtigten Familienarbeitskräfte, so wird deutlich, dass der Anteil der Personen mit außerbetrieblichen Einkommen von 46% (1981) über 57% (1991) auf rund 58% (2001) angestiegen ist. Die nur geringe Veränderung in den letzten zehn

Jahren ist u. a. darauf zurückzuführen, dass durch die Anhebung der unteren Abschneidegrenzen ab 1999 rund 100 000 Kleinbetriebe der Rechtsform Einzelunternehmen aus der Berichtspflicht zur Agrarstrukturerhebung entlassen wurden, die zu etwa 90% über außerbetriebliche Einkommen verfügten.

Eine deutliche Verschiebung ist jedoch bezüglich der Art der außerbetrieblichen Einkommen feststellbar. 1981 hatten 59% der Familienarbeitskräfte zusätzliche Einkommen aus nur einer weiteren Erwerbstätigkeit. Dieser Anteil sank bis 2001 auf knapp 50%. Außerbetriebliche Einkommen nur aus anderen Quellen, wie zum Beispiel Renten, Transferzahlungen oder Vermögen, gaben 1981 knapp 35% der Familienarbeitskräfte an, 2001 waren es gut 38%. Dagegen verdoppelte sich der Anteil der Familienarbeitskräfte mit zusätzlichen Einkommen aus anderer Erwerbstätigkeit und sonstigen Quellen von rund 6 auf 12%. Diese Entwicklung verdeutlicht, dass die erzielten Einkommen in der Landwirtschaft zunehmend heterogenen Ursprungs sind.

Ergebnisse für Deutschland

Die Angaben für Deutschland insgesamt für das Berichtsjahr 2001 unterscheiden sich nur graduell von denen für das frühere Bundesgebiet, was darauf zurückzuführen ist, dass wegen des niedrigen Anteils der Betriebe in den neuen Län-

Tabelle 2: Landwirtschaftliche Betriebe und Bezieher außerbetrieblicher Einkommen
Deutschland

Jahr	Betriebe					Familienarbeitskräfte					
	insgesamt	dar.: Betriebsinhaber natürliche Personen				insgesamt	dar.: Bezieher außerbetrieblicher Einkommen		Art des außerbetrieblichen Einkommens		
		zusammen		dar.: Betriebe mit Beziehern außerbetrieblicher Einkommen					nur aus Erwerbstätigkeit	nur aus anderen Quellen	aus Erwerbstätigkeit und anderen Quellen
	Betriebe		Anteil an Spalte 1	Betriebe	Anteil an Spalte 2	Personen		Anteil an Spalte 6	Anteil an Spalte 7		
	1 000		%	1 000	%	1 000		%			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1999	461,9	440,1	95,3	351,7	79,9	940,8	556,8	59,2	46,6	40,4	13,1
2001	436,1	413,4	94,8	323,0	78,1	860,1	501,6	58,3	49,7	38,5	11,9

dem von nur 7% aller Betriebe in Deutschland (aber 33% der landwirtschaftlich genutzten Fläche) bei einer betriebsbezogenen Betrachtung das Ergebnis für die neuen Länder nur einen geringen Einfluss auf das Gesamtergebnis hat.

Rund 95% der landwirtschaftlichen Betriebe Deutschlands gehörten sowohl 1999 als auch 2001 zur Rechtsform Einzelunternehmen, 80 bzw. 78% davon waren Betriebe mit Beziehern außerbetrieblicher Einkommen. Von den Familienarbeitskräften hatten 1999 gut 59% außerbetriebliche Einkommen, 2001 waren es gut 58%. Die Verteilung nach der Art des Einkommens macht deutlich, dass die weitere Erwerbstätigkeit außerhalb des Betriebes eine erhebliche Rolle spielt, da im Jahr 2001 rund 50% der Familienarbeitskräfte ihre zusätzlichen Einkünfte nur aus einer weiteren Erwerbstätigkeit hatten und weitere 12% aus einer weiteren Erwerbstätigkeit und anderen Quellen.

Abhängigkeit der außerbetrieblichen Einkommen von der Flächenausstattung des Betriebes

Die Gliederung der Beziehern außerbetrieblichen Einkommens nach der Größe des Betriebes gemessen an der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) macht deutlich, dass das Vorhandensein außerbetrieblicher Einkommen deutlich mit der Fläche des Betriebes korreliert. Je kleiner der Betrieb, desto höher die Wahrscheinlichkeit, dass außerbetriebliche Einkommen erzielt werden.¹³⁾ So fällt der Anteil der Betriebe mit außerbetrieblichen Einkommen 2001 von knapp 93% bei einer LF von 2 bis unter 5 ha auf 56% bei einer LF von 100 ha und mehr.

Ein entsprechendes Bild ergibt sich auch bei der Gliederung der Familienarbeitskräfte mit außerbetrieblichen Einkommen. Des Weiteren ist feststellbar, dass der Anteil der Beziehern von Einkommen aus weiterer Erwerbstätigkeit umso höher liegt, je kleiner der Betrieb ist. So liegt der höchste Wert für Familienarbeitskräfte mit zusätzlichen Einkommen nur aus weiterer Erwerbstätigkeit 2001 bei 58% in der Betriebsgrößenklasse von 5 bis unter 10 ha LF, der niedrigste mit rund 25% in Betrieben von 100 ha LF und mehr. Zusätzlich gibt es weitere 14% Beziehern von Einkommen aus Erwerbstätigkeit und sonstigen Quellen in der niedrigsten Betriebsgrößenklasse, aber nur rund 9% in der höchsten. Mit wachsender LF hingegen nimmt der Anteil der Familienarbeitskräfte, die nur über Einkommen aus sonstigen Quellen verfügen, erheblich zu. Der niedrigste Anteil wird mit 28% für Familienarbeitskräfte in Betrieben mit 5 bis unter 10 ha LF nachgewiesen, der höchste mit knapp 67% in Betrieben mit 100 ha LF und mehr.

Nebenerwerbsbetriebe mit außerbetrieblichem Einkommen in erheblichem Umfang

Bei Betrieben der Rechtsform Einzelunternehmen handelte es sich im Jahr 2001 zu rund 58% um Nebenerwerbsbetriebe. Bei der gewählten Definition des Begriffs „Haupterwerbsbetriebe“, der bei geringem Arbeitskräfteeinsatz einen Anteil von mehr als 50% betrieblichem Einkommen verlangt (s. o.), ist es nicht verwunderlich, dass von der Teilmenge der Betriebe mit außerbetrieblichen Einkommen rund 71% Nebenerwerbsbetriebe waren. Entsprechend hoch lag mit

Tabelle 3: Landwirtschaftliche Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen mit außerbetrieblichen Einkommen nach der Art des außerbetrieblichen Einkommens

Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... bis unter... ha	Jahr	Betriebe			Familienarbeitskräfte						
		insgesamt	mit außerbetrieblichen Einkommen		insgesamt	mit außerbetrieblichen Einkommen					
						zusammen		nur Erwerbs-einkommen	nur aus sonstigen Quellen	Erwerbs-einkommen und Einkommen aus sonstigen Quellen	
1 000		%	1 000		%	Anteil an Spalte 5 in %					
1	2	3	4	5	6	7	8	9			
unter 2	1999	32,5	27,7	85,1	60,0	40,5	67,4	39,1	46,4	14,4	
	2001	31,8	26,3	82,5	57,4	37,9	66,1	43,3	43,2	13,5	
2 – 5	1999	73,7	69,1	93,8	131,1	101,9	77,7	48,0	33,8	18,2	
	2001	67,8	63,0	92,9	116,3	90,3	77,7	50,4	33,1	16,5	
5 – 10	1999	70,9	66,0	93,0	142,7	106,2	74,4	53,9	29,7	16,4	
	2001	65,7	60,1	91,4	126,1	93,0	73,7	58,1	28,0	14,0	
10 – 20	1999	85,4	72,9	85,4	185,5	120,5	65,0	53,8	32,8	13,4	
	2001	81,2	68,8	84,7	172,2	112,1	65,1	57,1	31,5	11,4	
20 – 30	1999	50,3	36,6	72,9	116,2	60,8	52,3	47,8	42,6	9,6	
	2001	42,6	30,6	71,8	96,1	50,6	52,6	52,0	38,9	9,2	
30 – 50	1999	60,7	39,5	65,1	144,9	64,6	44,6	40,3	52,0	7,7	
	2001	55,9	35,4	63,4	130,6	57,5	44,0	43,7	48,5	7,8	
50 – 100	1999	49,8	30,0	60,3	121,2	47,1	38,9	28,7	65,2	6,1	
	2001	49,9	28,4	56,8	118,9	44,4	37,4	31,3	61,5	7,2	
100 und mehr	1999	16,8	9,9	59,1	39,1	15,2	38,8	24,8	67,1	8,1	
	2001	18,5	10,4	56,5	42,4	15,7	37,1	24,9	66,5	8,7	
Insgesamt ...	1999	440,1	351,7	79,9	940,8	556,8	59,2	46,6	40,4	13,1	
	2001	413,4	323,0	78,1	860,1	501,6	58,3	49,7	38,5	11,9	

13) Die Abweichung von dieser Regel in der niedrigsten Kategorie (unter 2 ha LF) hängt damit zusammen, dass hier Betriebe enthalten sind, die zwar nur über eine geringe LF, aber über größere Viehbestände oder Sonderkulturarten verfügen, und wegen dieser Merkmale in die Erhebung einbezogen wurden.

Tabelle 4: Bezieher außerbetrieblicher Einkommen in landwirtschaftlichen Betrieben der Rechtsform Einzelunternehmen nach Art des Betriebes

Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... bis unter ... ha	Bezieher außerbetrieblicher Einkommen							
	insgesamt		nur Erwerbseinkommen		nur Einkommen aus sonstigen Quellen		Erwerbseinkommen und Einkommen aus sonstigen Quellen	
	1 000		%					
	1999	2001	1999	2001	1999	2001	1999	2001
Haupterwerbsbetriebe								
unter 2	4,7	3,9	21,5	21,2	74,4	73,4	4,1	5,4
2 – 5	6,2	4,7	35,0	35,5	59,9	57,3	5,2	7,2
5 – 10	10,9	8,1	36,6	37,6	55,7	54,6	7,7	7,8
10 – 20	29,2	24,0	43,8	44,2	49,7	50,2	6,5	5,6
20 – 30	30,8	22,3	40,0	41,7	54,8	53,7	5,2	4,6
30 – 50	44,9	36,4	34,0	36,3	61,2	58,9	4,9	4,9
50 – 100	39,6	36,3	24,7	26,5	70,8	68,1	4,5	5,4
100 und mehr	13,8	14,2	22,2	22,0	70,6	69,8	7,2	8,1
Insgesamt ...	180,0	149,9	33,5	34,3	61,0	60,1	5,4	5,6
Nebenerwerbsbetriebe								
unter 2	35,8	34,0	41,4	45,8	42,8	39,7	15,8	14,5
2 – 5	95,8	85,6	48,9	51,2	32,1	31,8	19,0	17,0
5 – 10	95,3	84,9	55,9	60,0	26,8	25,4	17,4	14,5
10 – 20	91,3	88,1	57,0	60,6	27,5	26,4	15,5	13,0
20 – 30	30,0	28,3	55,9	60,1	30,1	27,1	14,1	12,8
30 – 50	19,7	21,1	54,6	56,5	31,1	30,5	14,3	12,9
50 – 100	7,5	8,2	50,0	52,7	35,3	31,9	14,7	15,4
100 und mehr	1,4	1,5	49,6	50,8	33,5	35,4	16,9	13,8
Insgesamt ...	376,8	351,7	52,8	56,2	30,5	29,2	16,7	14,5

70% aller Familienarbeitskräfte mit außerbetrieblichen Einkommen auch der Anteil dieses Personenkreises in den Nebenerwerbsbetrieben.

In den Nebenerwerbsbetrieben hatten – in jeder Größenklasse der Betriebe – mehr als die Hälfte der Familienarbeitskräfte zusätzliche Einkommen nur aus weiterer Erwerbstätigkeit, ein weiteres Achtel Einkommen aus Erwerbstätigkeit und sonstigen Quellen. Die Familienarbeitskräfte in den Nebenerwerbsbetrieben mit außerbetrieblichen Einkommen hatten damit im Jahr 2001 insgesamt zu rund 70% zusätzliche Erwerbseinkommen. In den Haupterwerbsbetrieben dagegen waren es nur rund 40%. Nur Einkommen aus sonstigen Quellen spielten bei den Familienarbeitskräften der Haupterwerbsbetriebe die wichtigste Rolle: Rund 60% der Bezieher außerbetrieblicher Einkommen verfügten darüber. Mit 30% war der entsprechende Anteil in den Nebenerwerbsbetrieben nur halb so hoch.

Ergebnisse der Statistik der Einkommen des Sektors Landwirtschaftliche Haushalte

Die Ergebnisse der ESHL-Statistik, die derzeit für Deutschland verfügbar sind, bestätigen die o.g. Feststellung, dass die Zusammensetzung der Einkommen in der Landwirtschaft zunehmend heterogener wird und außerbetriebliche Erwerbstätigkeit eine erhebliche Rolle spielt.

Tabelle 5 zeigt die Zusammensetzung des Einkommens landwirtschaftlicher Haushalte im ersten und letzten Jahr des Zeitraums, für den Datenreihen vorliegen [Dreijahres-Durch-

schnittswerte für den Zeitraum 1972 bis 1974 („1973“) bzw. 1991 bis 1993 („1992“)]. Danach trugen die Einkünfte aus landwirtschaftlicher Tätigkeit „1992“ nur noch weniger als ein Drittel zum Gesamteinkommen bei, während es „1973“ noch knapp zwei Drittel waren. Im Gegensatz dazu hatte sich bis „1992“ das Einkommen aus nichtselbstständiger Tätigkeit (Löhne und Gehälter) zu einer weit wichtigeren Einkommensquelle für landwirtschaftliche Haushalte entwickelt (mit einem Anstieg von 18% im Zeitraum „1973“ auf nunmehr 30%). Anderen Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit kam in jedem der untersuchten Jahre nur untergeordnete Bedeutung zu. Dabei ist zu beachten, dass es sich bei den in den einzelnen Jahren untersuchten Haushalten nur um solche Haushalte handelte, deren Bezugsperson als Haupteinnahmequelle eine selbstständige landwirtschaftliche Tätigkeit angab, und dass diejenigen Haushalte, deren

Tabelle 5: Zusammensetzung des Gesamteinkommens landwirtschaftlicher Haushalte
Prozent

Art des Einkommens	1972 bis 1974	1991 bis 1993
Einkommen aus selbstständiger landwirtschaftlicher Tätigkeit	62,6	37,6
Einkommen aus selbstständiger nichtlandwirtschaftlicher Tätigkeit	1,9	2,7
Löhne und Gehälter	17,9	30,1
Einkommen aus Wohneigentum ...	4,9	7,7
Vermögenseinkommen	4,3	10,6
Sozialleistungen	5,2	5,5
Sonstige empfangene laufende Übertragungen	3,3	5,7

Quelle: ESHL-Statistik, Eurostat, 2002.

Einkommenskombinationen

Erzielt der Betrieb Einkünfte aus folgenden Tätigkeiten:			
Fremdenverkehr, Beherbergung, Sport- und Freizeitaktivitäten	ja	<input type="radio"/>	nein <input type="radio"/>
Herstellung handwerklicher Erzeugnisse im Betrieb wie Möbel	ja	<input type="radio"/>	nein <input type="radio"/>
Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse (z.B. Fleischverarbeitung, Käseherstellung, Weinerzeugung, Direktvermarktung)	ja	<input type="radio"/>	nein <input type="radio"/>
Be- und Verarbeitung von Holz (z.B. im Sägewerk)	ja	<input type="radio"/>	nein <input type="radio"/>
Fischzucht und -erzeugung	ja	<input type="radio"/>	nein <input type="radio"/>
Erzeugung von erneuerbarer Energie (Windanlagen, Biogas, Strohverbrennung, Verkauf von Energieträgern wie Holzhackschnitzel, Brennholz usw.)	ja	<input type="radio"/>	nein <input type="radio"/>
Vertragliche Arbeiten (unter Einsatz von Geräten des Betriebes z.B. Transport, Landschaftspflege, Kommunalarbeiten, Mitarbeit in Maschinenringen)	ja	<input type="radio"/>	nein <input type="radio"/>
Sonstige Einkommenskombinationen (z.B. Pferdepensionen)	ja	<input type="radio"/>	nein <input type="radio"/>

Bezugsperson eine andere Haupteinnahmequelle auswies, bereits ausgeschlossen waren. Die Veränderung in der Einkommenszusammensetzung muss also u. a. darauf zurückzuführen sein, dass andere Mitglieder landwirtschaftlicher Haushalte als die Bezugsperson gestiegene Einkommen aus nichtlandwirtschaftlichen Quellen bezogen haben.¹⁴⁾

Ausblick

Erweiterte Erfassung der betrieblichen Einkommenssituation durch die Agrarstrukturerhebungen ab 2003

Einer der Hintergründe für die Weiterentwicklung der Einkommenserfassung in der Landwirtschaft – auch im Rahmen der Agrarstrukturerhebungen (ASE) – ist die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes gemäß EU-Verordnung¹⁵⁾, die den Mitte der 1970er-Jahre geschaffenen Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung ergänzt. Die dort initiierte Erschließung zusätzlicher langfristiger Einkommensquellen für die landwirtschaftlichen Betriebe neben der landwirtschaftlichen Primärproduktion bedarf einerseits der Evaluierung, andererseits einer kontinuierlichen Beobachtung der weiteren Entwicklung. Der Schwerpunkt liegt hier aber auf den außerlandwirtschaftlichen und nicht auf den außerbetrieblichen Einkommen. Erstmals werden daher in der ASE 2003 betriebsbezogene Daten über Einkommenskombinationen in landwirtschaftlichen Betrieben erhoben. Der Merkmalskatalog beinhaltet die pauschale Feststellung der außerlandwirtschaftlichen Aktivitäten, die in direkter Verbindung zum landwirtschaftlichen Betrieb stehen. Diese Tätigkeiten setzen den Einsatz der vorhandenen Betriebsmittel des landwirtschaftlichen Betriebs (Grund und Boden, Gebäude, Maschinen) oder von im landwirtschaftlichen Betrieb erzeugten Produkten voraus (siehe die obige Übersicht).

Da sich die Fragestellung ausschließlich auf qualitative Daten über Wertschöpfungsprozesse außerhalb der landwirtschaftlichen Primärproduktion bezieht, sollen weitere

Informationen aus der ASE herangezogen werden, um die Aussagefähigkeit der Informationen zum Themenkomplex „Einkommenskombinationen“ zu erhöhen. Im Rahmen des EU-Programms „Technische Aktionspläne zur Verbesserung der Agrarstatistik der Gemeinschaft“ (TAPAS) wird daher im Statistischen Bundesamt ein Forschungsprojekt durchgeführt, das sich mit Fragen der Datenqualität, der Gewinnung von Zusatzinformationen und den Möglichkeiten der Regionalisierbarkeit der Ergebnisse befasst. Über die Erkenntnisse aus diesem Projekt wird zu einem späteren Zeitpunkt in dieser Zeitschrift berichtet werden. [u](#)

14) Quelle: „Einkommen des Sektors Landwirtschaftliche Haushalte 2001“, Eurostat, 2002.

15) Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 des Rates vom 17. Mai 1999 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) und zur Änderung bzw. Aufhebung bestimmter Verordnungen (Amtsbl. der EG Nr. L 160, S. 80).

Dipl.-Handelslehrer Albrecht Krockow

Vergleichende Betrachtung der Ausfuhren und des Auslandsumsatzes im Produzierenden Gewerbe

Die amtliche Außenhandelsstatistik liefert monatliche Ergebnisse der deutschen Ein- und Ausfuhren in fachlicher und regionaler Gliederung nach mehr als 10 000 Warennummern und über 220 Partnerländern. Sie ist damit die wichtigste und detaillierteste statistische Informationsquelle zum Außenhandel. Außenhandelsrelevante Daten werden aber auch in anderen Bereichen der amtlichen Statistik erhoben; so liefert der „Monatsbericht für Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden“ Zahlen zum Auslandsumsatz im Produzierenden Gewerbe. Die dort erfassten Umsätze werden seit Anfang 2003 auch hinsichtlich des Ziellandes nach Eurozone und Nicht-Eurozone unterschieden.

Im folgenden Beitrag werden die im Rahmen der Außenhandelsstatistik nachgewiesenen Ausfuhren den Auslandsumsätzen im Produzierenden Gewerbe gegenübergestellt. Dabei werden zunächst die methodischen Konzepte verglichen. Anschließend wird die tatsächliche Entwicklung beider Indikatoren anhand von Zeitreihen untersucht. Ziel des Beitrags ist es, den Lesern die Interpretation der aus unterschiedlichen statistischen Quellen stammenden Ergebnisse unter Berücksichtigung der methodischen Unterschiede und Gemeinsamkeiten zu erleichtern.

1 Methodische Grundlagen und Erhebungskonzepte

Im Folgenden werden die methodischen Abgrenzungen der Ausfuhren im Sinne der Außenhandelsstatistik und des

Auslandsumsatzes im Produzierenden Gewerbe sowie die zugrunde liegenden Erhebungssysteme beschrieben. Die Darstellung beschränkt sich dabei auf die Aspekte, die bei der vergleichenden Betrachtung der Ergebnisse besonders zu beachten sind.

1.1 Ausfuhren in der Außenhandelsstatistik

Die Außenhandelsstatistik ist die Totalerhebung des grenzüberschreitenden Warenverkehrs mit Abschneidegrenzen. Im innergemeinschaftlichen Handel (Intrahandel) gilt – je Lieferichtung getrennt – eine Erfassungsschwelle von derzeit 200 000 Euro. Unternehmen, deren jährliche Ein- bzw. Ausfuhren diesen Wert nicht erreichen, sind von der Anmeldung befreit. Im Handel mit Drittländern (Extrahandel) sind Warensendungen mit einem Wert von weniger als 1 000 Euro nicht anmeldepflichtig. Die daraus resultierenden Abschneideeffekte sind allerdings gering. Im Intrahandel ergibt sich für die Ausfuhr ein Abdeckungsgrad von mehr als 98%, im Extrahandel liegt er sogar nahe bei 100%. Zudem werden im Statistischen Bundesamt die Warenverkehre unterhalb der Anmeldeschwellen den erhobenen Werten zugeschätzt¹⁾, sodass die Ergebnisse praktisch ein vollständiges statistisches Bild der Ausfuhren liefern. Von der Anmeldung befreit sind ferner die Waren, die in den so genannten „Befreiungslisten“ für den Intra- und Extrahandel erschöpfend aufgeführt sind. Dazu gehören insbesondere Warenbewegungen von geringer wirtschaftlicher Bedeutung (z.B. Übersiedlungsgut) sowie Waren, die nur vorübergehend ins Ausland verbracht werden (z.B. Messe- und Ausstellungsgut oder Beförderungsmittel).

1) Siehe z. B. Schmidt, P.: „Möglichkeiten und Grenzen der Schätzung von Ergebnissen über den Außenhandel“ in WiSta 3/1994, S. 188 ff.

Zur Bewertung der Außenhandelsströme wird der so genannte „Statistische Wert“ herangezogen. Es handelt sich dabei um den Wert der Ein-/Ausfuhr „frei deutsche Grenze“, der deshalb auch „Grenzübergangswert“ genannt wird. Er umfasst den Warenwert zuzüglich aller mit der Beförderung der Waren bis zur deutschen Grenze anfallenden Kosten. Bei so genannten Veredelungsgeschäften umfasst der Statistische Wert jeweils den Gesamtwert der Ware (vor und nach der Veredelung). Wird also eine Ware nach Deutschland eingeführt, dort veredelt und dann wieder ausgeführt, so ist als Wert der ausgeführten Ware nicht nur der durch die Veredelung erzielte Wertzuwachs, sondern der Wert der Ware vor Veredelung zuzüglich des Veredelungswertes anzusetzen. Maßgeblich für die zeitliche Zuordnung der Warenströme ist im Regelfall der Monat, in dem die Ausfuhr tatsächlich erfolgt ist, unabhängig davon, wann die Rechnung erstellt wurde.

1.2 Auslandsumsatz im Produzierenden Gewerbe

Im Rahmen des „Monatsberichts für Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden“ werden monatlich die produzierenden Betriebe (einschl. nichtproduzierender Teile) von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden (Abschnitte C und D der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993) sowie Betriebe dieser Branchen, die zu Unternehmen außerhalb des Produzierenden Gewerbes gehören, nach ihren Auslandsumsätzen befragt. Der Berichtskreis beschränkt sich auf Unternehmen, die im Allgemeinen über mindestens 20 Beschäftigte verfügen. Die gleiche Erfassungsgrenze gilt für produzierende Betriebe von Unternehmen außerhalb des Produzierenden Gewerbes. Der Monatsbericht ist also wie die Außenhandelsstatistik eine Totalerhebung mit Abschneidegrenze.²⁾

Der Auslandsumsatz umfasst die Erlöse für Lieferungen und Leistungen an Abnehmer, die ihren Sitz im Ausland haben, sowie für Lieferungen an inländische Firmen, die die Waren ohne weitere Be- und Verarbeitung exportieren. Einbezogen sind demnach nicht nur die direkten Exporte des Produzierenden Gewerbes [einschl. der Ausfuhren über Zollfreigebiete (Freizonen und Zolllager)], sondern auch die indirekten Ausfuhren über zwischengeschaltete Vertriebsunternehmen, die ihren Sitz in Deutschland haben. Das gilt allerdings nur dann, wenn bereits zum Zeitpunkt der Lieferung an das inländische Unternehmen eindeutig feststeht, dass die Ware letztlich für das Ausland bestimmt ist.

Als Umsatz gelten – unabhängig von Zahlungseingang oder Liefertermin – die im Berichtsmonat abgerechneten Lieferungen und Leistungen einschließlich der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an rechtlich selbstständige Unternehmen des eigenen Konzerns und rechtlich selbstständige Verkaufsgesellschaften. Einbezogen sind alle Kosten für Fracht, Porto und Verpackung, auch wenn diese getrennt in Rechnung gestellt sind.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die beiden Erhebungskonzepte noch einmal in zusammengefasster Form.

2 Vergleich der Erhebungskonzepte

Im Folgenden werden die Erhebungskonzepte im Hinblick auf Unterschiede und Gemeinsamkeiten und die daraus resultierenden Konsequenzen für die Ergebnisse untersucht. Der wohl augenfälligste und auch bedeutsamste Unterschied besteht in der Abgrenzung der Erhebungsbereiche. Während in der Außenhandelsstatistik in aller Regel alle die deutsche Grenze physisch überschreitenden Warenströme erfasst werden, unabhängig davon, welcher Branche das exportierende Unternehmen angehört, ob es sich um Verkaufsgeschäfte, um Rück- oder Ersatzlie-

Überblick über die Erhebungskonzepte

Merkmal	Auslandsumsatz im Produzierenden Gewerbe	Ausfuhren in der Außenhandelsstatistik
Erhebungsbereich	Betriebe von Unternehmen der WZ 93 ¹⁾ , Abschnitte C und D sowie Betriebe dieser Wirtschaftsbereiche von bereichsfremden Unternehmen	Alle Wirtschaftsbereiche
Anmeldeschwellen	20 Beschäftigte und mehr, insgesamt dürfen höchstens 68 000 Unternehmen des Produzierenden Gewerbes in die Erhebung einbezogen werden	<i>Intrahandel:</i> Ausfuhrwert jährlich mindestens 200 000 Euro <i>Extrahandel:</i> Wert je Warensendung mindestens 1 000 Euro oder Gesamtgewicht der Sendung höher als 1 000 kg
Erhebungsumfang	In Rechnung gestellte Lieferungen und Leistungen, ohne Umsätze, die nicht aus der laufenden Produktion stammen (z.B. Erlöse aus dem Verkauf von Sachanlagen oder Beteiligungen)	Alle grenzüberschreitenden Warenbewegungen (auch unentgeltliche) mit Ausnahme derjenigen, die in den „Befreiungslisten“ aufgeführt sind
Wertgröße	Rechnungsbetrag einschließlich Kosten für Fracht, Porto, Verpackung sowie Verbrauchsteuern ohne Umsatzsteuer	Statistischer Wert (Grenzübergangswert, d.h. Wert der Ware „frei deutsche Grenze“). Nicht enthalten sind Zölle, Steuern oder andere Abgaben, die im Zusammenhang mit der Ausfuhr erhoben werden
Bezugszeitraum	Monat, in dem die Lieferungen und Leistungen abgerechnet wurden	Monat, in dem die Ausfuhr tatsächlich stattgefunden hat

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993.

2) Gemäß §2 des Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe (ProdGewStatG) vom 21. März 2002 (BGBl. I S. 1181), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 26. Juli 2002 (BGBl. I S. 2867) dürfen die Betriebe von maximal 68 000 Unternehmen des Produzierenden Gewerbes in die Erhebung einbezogen werden. Auf Grund der Erfassungsgrenze von 20 Beschäftigten wird dieser Rahmen jedoch nicht ausgeschöpft. Derzeit werden knapp 50 000 Betriebe des Produzierenden Gewerbes erfasst.

ferungen, um Veredelungs- bzw. Reparaturgeschäfte oder um unentgeltliche Warenlieferungen handelt, beschränkt sich die Erfassung des Auslandsumsatzes im Monatsbericht auf Einheiten des Produzierenden Gewerbes. Zwar werden auch die indirekten, über Vertriebsfirmen abgewickelten Auslandsumsätze erfasst. Dabei dürfte es sich aber in der Hauptsache um rechtlich ausgelagerte Vertriebsorganisationen von Produktionsunternehmen handeln, da nur hier dem meldepflichtigen Betrieb bekannt ist, ob die an diese Unternehmen abgesetzten Waren letztendlich für das Ausland bestimmt sind. Die Auslandsumsätze unabhängiger Groß- oder Einzelhandelsfirmen sowie von Unternehmen anderer nicht produzierender Wirtschaftsbereiche werden dagegen nicht abgedeckt.

Aufschluss über den wertmäßigen Anteil einzelner Branchen an den Ausfuhren gibt eine kürzlich abgeschlossene Sonderauswertung, bei der die Außenhandelsergebnisse für das Jahr 2000 – allerdings nur für den Bereich Intrahandel – nach Zweistellern der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93) gegliedert wurden.³⁾ Danach entfielen rund 20% der gesamten Ausfuhren in die Partnerländer der Europäischen Union (EU) auf Wirtschaftsbereiche außerhalb des Produzierenden Gewerbes. Da die innergemeinschaftlichen Ausfuhren mehr als die Hälfte der gesamten deutschen Ausfuhren ausmachen und zudem nicht anzunehmen ist, dass sich die Unternehmensstruktur im Drittlandshandel wesentlich unterscheidet, dürfte sich der Anteil der produktionsfremden Wirtschaftsbereiche am Gesamtexport (Ausfuhren in die EU und in Drittländer) sehr wahrscheinlich in einer ähnlichen Größenordnung bewegen.

Eine weitere, für den Abdeckungsgrad des Auslandsumsatzes allerdings weitaus weniger gravierende Einschränkung ergibt sich daraus, dass nur Unternehmen bzw. Betriebe (produzierende Betriebe von Unternehmen außerhalb des Produzierenden Gewerbes) mit im Allgemeinen mehr als 20 Beschäftigten in die Erhebung einbezogen werden. Die von den unterhalb dieser Schwelle liegenden Einheiten erzielten Auslandsumsätze dürften nach den Ergebnissen der oben erwähnten Sonderauswertung 2 bis 3% des tatsächlich erhobenen Auslandsumsatzes im Produzierenden Gewerbe ausmachen. Dieser geringe Abschneideeffekt erklärt sich aus der Tatsache, dass das Produzierende Gewerbe vergleichsweise personalintensiv ist und die Höhe des Umsatzes eng mit der Zahl der Beschäftigten korreliert. Unternehmen mit wenigen Beschäftigten haben daher trotz hoher Fallzahl nur einen sehr geringen Anteil am Gesamtumsatz der Branche und damit auch an deren Auslandsumsatz. Außerdem ist zu beachten, dass kleine Unternehmen vorzugsweise im Inlandsgeschäft tätig sind. Der auf Exporte entfallende Umsatzanteil ist also hier tendenziell niedriger als bei Großunternehmen.

Die in der Außenhandelsstatistik erhobenen Ausfuhren umfassen zwar nur Warentransaktionen, in den Statistischen Werten sind aber auch Entgelte für Dienstleistungen (Fracht-,

Versicherungskosten, Veredelungswerte) enthalten. Für den Auslandsumsatz trifft das ebenfalls zu. Auch hier sind in den grenzüberschreitenden Warenlieferungen Kosten für Fracht und Versicherung enthalten, und zwar alle in Rechnung gestellten Kosten. Diese sind allerdings je nach Lieferbedingungen unterschiedlich abgegrenzt. Im Extremfall können dies alle Kosten sein, die bis zum Eintreffen der Ware am vereinbarten ausländischen Bestimmungsort der Ware anfallen. Der Auslandsumsatz enthält neben „Lieferungen“ auch „Sonstige Leistungen“ im Sinne der §§ 6 und 7 des Umsatzsteuergesetzes von 1999⁴⁾. Zu den „Sonstigen Leistungen“ zählen insbesondere der Wert der für Dritte geleisteten Lohnarbeiten (einschl. Lohnveredelung), die Erlöse für sonstige industrielle Dienstleistungen, wie Reparaturen, Instandhaltungen, Montagen, sowie Erlöse aus Vermietung, Verpachtung oder Leasing. Anders als in der Außenhandelsstatistik müssen die „Sonstigen Leistungen“ nicht zwingend mit einer grenzüberschreitenden Warenbewegung verbunden sein. Ferner ist zu beachten, dass im Falle von Veredelungsgeschäften [Ware wird zur Veredelung nach Deutschland (aktive Veredelung) und nach Veredelung wieder ins Ausland verbracht] als Umsatz nur der Wert der Veredelung verbucht und nicht – wie in der Außenhandelsstatistik – der Gesamtwert der Ware nach Veredelung. Die unterschiedliche Bewertung von Veredelungsgeschäften kann vor allem in den Branchen, in denen hochwertige Waren grenzüberschreitend veredelt oder weiterverarbeitet werden (z. B. im Schiffs-, Flugzeug- oder Fahrzeugbau) oder in denen Veredelungsvorgänge generell besondere Bedeutung haben (z. B. im Textilbereich), große Ergebnisdifferenzen zur Folge haben. Es gibt noch weitere Besonderheiten (z. B. bei der Behandlung von Software), auf die an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden kann. Festzuhalten bleibt, dass sowohl in den Ausfuhrwerten als auch in den Auslandsumsätzen Dienstleistungsentgelte enthalten sind bzw. sein können, deren unterschiedliche Abgrenzung aber hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Gesamtwerte per saldo nicht eindeutig quantifiziert werden kann.

Unterschiede bei der zeitlichen Zuordnung von Ausfuhren und Auslandsumsatz treten dann auf, wenn die tatsächliche Warenlieferung nicht in dem Monat erfolgt, in dem sie abgerechnet wird. Dies ist vor allem beim Vergleich einzelner Berichtsmonate zu beachten. Bei Betrachtung größerer Berichtszeiträume (Vierteljahres-, Halbjahres- oder Jahresergebnisse) sollte sich dieser Effekt aber kaum bemerkbar machen.

3 Ergebnisvergleich

Betrachtet man die Entwicklung von Auslandsumsätzen und Ausfuhr in den zurückliegenden Jahren im Zusammenhang (siehe die Tabelle), so zeigt sich zunächst, dass die jährlichen Gesamtausfuhren in den zurückliegenden zehn Jahren in einer Spanne von 25 bis 29% – im Durchschnitt waren es

3) Das Merkmal „Wirtschaftszweig“ wird im Rahmen der Außenhandelsstatistik nicht erhoben. Um dennoch Außenhandelsergebnisse nach Branchen zu erhalten, wurde ein Abgleich des Intrastatregisters (Verzeichnis der Unternehmen, die im innergemeinschaftlichen Handel tätig sind) mit dem allgemeinen Unternehmensregister durchgeführt. Für die paarigen Unternehmen wurde – neben anderen Merkmalen – der Wirtschaftszweig aus dem allgemeinen Unternehmensregister übernommen. Auf diese Weise war es möglich, die innergemeinschaftlichen Warenströme nicht nur funktional nach Warenarten, sondern auch institutionell nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt des Unternehmens darzustellen.

4) Umsatzsteuergesetz (UStG) vom 9. Juni 1999 (BGBl. I S. 1270), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 1. September 2002 (BGBl. I S. 3441).

knapp 28% – über den jeweiligen Auslandsumsätzen des Produzierenden Gewerbes liegen. Geht man – wie oben ausgeführt – davon aus, dass das Produzierende Gewerbe nur rund 80% der Gesamtausfuhr abdeckt, dann ist bereits der größte Teil dieser Differenz erklärt. Es verbleibt dann noch eine Restdifferenz von 5 bis 8%, die vor allem auf die Auswirkung der Abschneidegrenze (20 Beschäftigte) und die unterschiedliche Bewertung von Veredelungsverkehren („netto“ in der Produktionsstatistik, „brutto“ in der Außenhandelsstatistik) zurückzuführen sein dürfte.

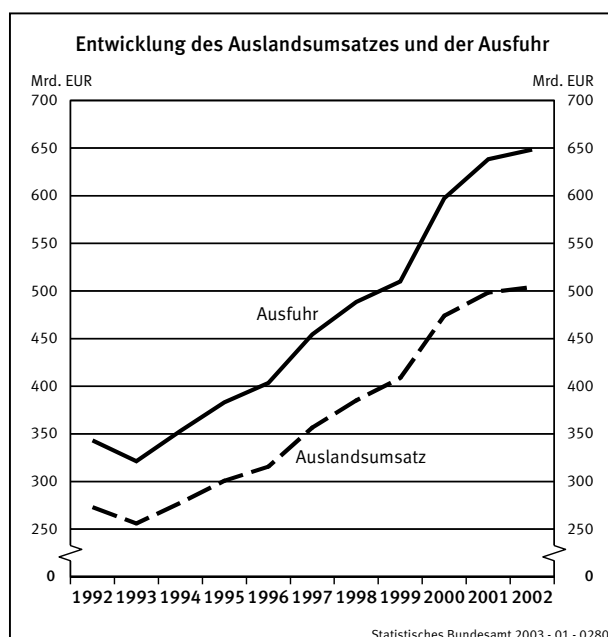
Entwicklung von Auslandsumsätzen und Ausfuhren

Jahr	Auslandsumsatz Produzierendes Gewerbe		Ausfuhren	
	Mrd. EUR	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	Mrd. EUR	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
1992	273,1	-0,3	343,1	+0,8
1993	255,9	-6,3	321,3	-6,4
1994	277,6	+8,5	353,1	+9,9
1995	300,8	+8,4	383,2	+8,5
1996	315,6	+4,9	403,4	+5,3
1997	356,6	+13,0	454,3	+12,6
1998	385,1	+8,0	488,4	+7,5
1999	408,7	+6,1	510,0	+4,4
2000	474,0	+16,0	597,4	+17,1
2001	498,3	+5,1	638,3	+6,8
2002 ¹⁾	504,0	+1,1	648,3	+1,6

1) Vorläufige Ergebnisse.

Da die prozentuale Differenz zwischen Ausfuhren und Auslandsumsatz im Zeitablauf kaum schwankt, weisen auch die jährlichen Veränderungsraten beider Indikatoren im Allgemeinen nur geringe Abweichungen auf. Das nachfolgende Schaubild 1 zeigt den weitgehend parallelen Verlauf beider Indikatoren auf unterschiedlichen Niveaus.

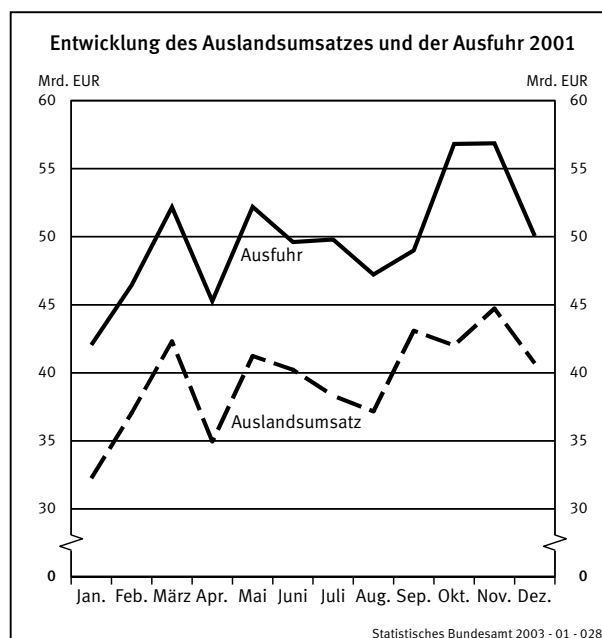
Schaubild 1



Der Auslandsumsatz im Produzierenden Gewerbe gibt also zumindest die Entwicklungsrichtung der Gesamtexporte recht zuverlässig wieder, was darauf schließen lässt, dass die Entwicklung der Ausfuhren der nicht produzierenden Wirtschaftsbereiche offenbar ähnlich verläuft wie die im Produzierenden Gewerbe. Die hohe Korrelation zwischen Ausfuhren und Auslandsumsatz sowie die Tatsache, dass die beobachteten Differenzen durch methodische Unterschiede plausibel erklärt werden können, können als Belege für die Konsistenz und Qualität beider Statistiken gewertet werden.

Die enge Verbindung beider Indikatoren bietet die Möglichkeit, wechselseitig die Plausibilität der Ergebnisse zu überprüfen. Größere Divergenzen in den Veränderungsraten können frühzeitig Hinweise auf Erhebungs- oder Aufbereitungsfehler geben. Auf hohem Aggregationsniveau ist dies – wie gesehen – kaum der Fall. Betrachtet man statt jährlicher Ergebnisse monatliche Zahlen und deren Veränderungsraten gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat, so ergeben sich deutlich höhere Abweichungen, die sich im Jahresergebnis offenbar weitgehend kompensieren. Die monatlichen Veränderungsraten von Auslandsumsatz und Ausfuhren gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat differierten im Zeitraum von 1999 bis 2002 im Durchschnitt um 3 Prozentpunkte, im Einzelfall sogar um mehr als 9 Prozentpunkte. Dennoch zeigt auch die unterjährige Entwicklung, die in Schaubild 2 beispielhaft für das Jahr 2001 dargestellt ist, insgesamt gesehen noch einen sehr ähnlichen Verlauf.

Schaubild 2



Schon auf Grund der erwähnten methodisch unterschiedlichen Abgrenzung des Berichtsmonats sind Abweichungen bis zu einem gewissen Grad unvermeidlich. Hinzu kommt, dass im Bereich des Intrahandels verspätet eingehende Meldungen aus aufbereitungstechnischen Grün-

den nicht immer periodengerecht zugeordnet werden können. Trotz dieser Effekte dürfen hohe Abweichungen in der Entwicklung von Ausfuhren und Auslandsumsatz im Produzierenden Gewerbe nicht unbesehen toleriert werden, sondern sind zumindest Anlass zur Überprüfung der Ergebnisse. Aus Sicht der Außenhandelsstatistik besonders hilfreich ist die Gegenkontrolle der Ausfuhren in regionaler Gliederung nach dem Herkunftsbundesland der Ware. Die Erfahrung zeigt, dass es gerade bei den Regionalangaben häufig zu fehlerhaften Außenhandelsmeldungen durch die Unternehmen kommt, die im Zuge der regulären Plausibilitätskontrollen nicht immer auf Anhieb erkannt werden, oft auch nicht erkannt werden können. Die Gefahr von Falschangaben besteht, wenn Unternehmen Zweigniederlassungen in mehreren Bundesländern betreiben. Insbesondere wenn in diesen Fällen die Meldung zur Außenhandelsstatistik durch eine Zentrale erfolgt, ist es für diese oft schwierig, anhand der vorliegenden Geschäftsaufzeichnungen die Ausfuhren regional korrekt nach dem Herstellungsort der Ware zuzuordnen. Mögliche Fehler bei diesen so genannten „Mehrländerunternehmen“ sind insofern gravierend, als es sich in aller Regel um umsatzstarke Unternehmen handelt, die auch überdurchschnittlich hohe Ausfuhren tätigen. Unzutreffende Regionalangaben einzelner Großunternehmen, insbesondere aus der Automobilbranche, können selbst bei großen Flächenländern das Gesamtergebnis der Ausfuhren eines Monats stark beeinträchtigen.

Zusammenfassung

Unterschiede in der Methodik und in den Aufbereitungskonzepten sind die Ursache dafür, dass die von der Außenhandelsstatistik ermittelten Ausfuhren und die Auslandsumsätze im Produzierenden Gewerbe voneinander abweichen. Die Auswirkungen auf die Ergebnisse lassen sich aber zuverlässig quantifizieren. Die Jahresergebnisse der Ausfuhren liegen jeweils um gut ein Viertel über den Auslandsumsätzen. Diese Differenz kommt hauptsächlich dadurch zustande, dass rund ein Fünftel der deutschen Gesamtausfuhren auf Unternehmen entfallen, deren wirtschaftlicher Schwerpunkt außerhalb des Produzierenden Gewerbes liegt. Die Entwicklung beider Indikatoren verläuft aber weitgehend parallel. Für die monatlichen Ergebnisse gilt das auf Grund unterschiedlicher Abgrenzungen der Berichtszeiträume mit leichten Einschränkungen. Die gleichlaufende Entwicklung von Ausfuhr und Auslandsumsatz wird im Rahmen der Außenhandelsstatistik intern vor allem für die Kontrolle der Ergebnisse in regionaler Gliederung nach dem Ursprungsbundesland der Ausfuhr genutzt. [u](#)

Dipl.-Ing. Ök. Ute Egner

Umstellung des Verbraucherpreisindex auf Basis 2000

Die wichtigsten Änderungen im Überblick

Im Februar 2003 hat das Statistische Bundesamt die Ergebnisse der Neuberechnung des Verbraucherpreisindex auf Basis der Verbrauchsgewohnheiten des Jahres 2000 vorgestellt. Über die Auswirkungen der einzelnen Revisionspunkte auf das Ergebnis wird in einer späteren Ausgabe dieser Zeitschrift berichtet. Im vorliegenden Beitrag werden zunächst die wesentlichen methodischen Änderungen der Umstellung beschrieben, wobei ausführlich insbesondere auf die komplette Überarbeitung von Warenkorb und Wägungsschema der Verbraucherpreisstatistik eingegangen wird.

Vorbemerkung

Ende Februar dieses Jahres hat das Statistische Bundesamt die Verbraucherpreisstatistik auf das neue Basisjahr 2000 umgestellt¹⁾, das sukzessive auch für die übrigen Preisindizes eingeführt wird. Damit wird die deutsche Praxis fortgeführt, in Fünf-Jahres-Abständen eine komplette Überarbeitung von Warenkorb und Wägungsschema der Verbraucherpreisstatistik vorzunehmen. In diesem Beitrag werden die wesentlichen Änderungen der Umstellung vorgestellt.²⁾ Insbesondere sollen die Veränderungen im Wägungsschema und im Warenkorb ausführlicher erläutert werden. In einer späteren Ausgabe dieser Zeitschrift werden die Auswirkungen der methodischen Änderungen auf die revidierten Ergebnisse im Einzelnen quantifiziert.

Mit der Umstellung der Verbraucherpreisstatistik auf Basis 2000 wird der „Preisindex für die Lebenshaltung aller priva-

ten Haushalte in Deutschland“ in Zukunft unter dem neuen Namen „Verbraucherpreisindex für Deutschland (VPI)“ fortgeführt. Mit inhaltlichen Modifikationen ist die Namensänderung nicht verbunden. Durch die Umbenennung ist es gelungen, eine einheitliche Bezeichnung für den nationalen und europäischen Preisindex einzuführen, die zudem den Vorteil hat, Verwechslungen des „Preisindex für die Lebenshaltung“ mit einem nutzenorientierten „Lebenshaltungskostenindex“ zu vermeiden.

Verzicht auf Preisindizes für spezielle Haushaltstypen

Mit der Einführung des Preisbasisjahres 2000 entfällt die Berechnung von Verbraucherpreisindizes für spezielle Haushaltstypen. Dabei handelt es sich um die bisher veröffentlichten Verbraucherpreisindizes für:

- 2-Personen-Haushalte von Rentenempfängern mit geringerem Einkommen; das sind ältere Ehepaare, deren Haupteinkommensquelle Übertragungen von Staat und Arbeitgeber (Renten und Pensionen) sind. Letztere sollten im Jahr 1995 zwischen 1 750 DM (895 Euro) und 2 500 DM (1 278 Euro) im Monat betragen haben.
- 4-Personen-Haushalte von Angestellten und Arbeitern mit mittlerem Einkommen; das sind Ehepaare mit zwei

1) Mit diesem Zeitpunkt erfüllt Deutschland auch Verpflichtungen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2454/97 der Kommission vom 10. Dezember 1997 mit Durchführungsvorschriften für die Verordnung (EG) Nr. 2494/95 in Bezug auf Mindeststandards für die Qualität der Harmonisierten Verbraucherpreisindex-Gewichtung (Artikel 3 Absatz 1), Amtsbl. der EG Nr. L 340, S. 24.

2) Über jede Umstellung wird in dieser Zeitschrift berichtet, zuletzt für das Basisjahr 1995. Siehe Elbel, G.: „Die Berechnung der Wägungsschemata für die Preisindizes für die Lebenshaltung“ in WiSta 3/1999, S. 171 ff. Informationen zur Verbraucherpreisstatistik in zusammengefasster Form enthält auch das Internetangebot des Statistischen Bundesamtes (http://www.destatis.de/themen/d/thm_preise.htm).

Kindern, davon mindestens ein Kind unter 15 Jahren. Ein Ehepartner sollte als Angestellte(r) oder Arbeiter/-in tätig und alleiniger Einkommensbezieher sein. Das Bruttoeinkommen aus der hauptberuflichen nicht selbstständigen Arbeit sollte 1995 zwischen 3 750 DM (1 917 Euro) und 5 700 DM (2 914 Euro) im Monat betragen haben.

- 4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen; das sind Ehepaare mit zwei Kindern, davon mindestens ein Kind unter 15 Jahren. Ein Ehepartner sollte Beamter/Beamtin oder Angestellte(r) und Hauptverdiener in der Familie sein. Das Bruttoeinkommen aus der hauptberuflichen nicht selbstständigen Arbeit dieses Ehepartners sollte 1995 zwischen 6 500 DM (3 323 Euro) und 8 800 DM (4 499 Euro) pro Monat betragen haben.

Bisher wurden die Preisindizes für spezielle Haushaltstypen sowohl für das frühere Bundesgebiet als auch für die neuen Länder und Berlin-Ost veröffentlicht. Eine einheitliche Abgrenzung spezieller Haushaltstypen in Ost und West entsprechend den Abgrenzungen der laufenden Wirtschaftsrechnungen und damit die Berechnung gesamtdeutscher Verbraucherpreisindizes für spezielle Haushaltstypen war von Anfang an nicht möglich. Die ausgewiesenen Haushaltstypen spiegelten zuletzt nur noch etwa 6% aller privaten Haushalte wider. Sie waren so eng definiert, dass sie der Lebenswirklichkeit nicht mehr entsprachen. Hinzu kam, dass nach der Revision der Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen im Jahr 1999 keine statistische Datenbasis für die Ableitung entsprechender Gewichte mehr verfügbar ist. Erleichtert wurde der Verzicht auf die speziellen

Indizes dadurch, dass im längerfristigen Vergleich kaum Unterschiede zwischen den Indexverläufen zu erkennen sind (siehe Tabelle 1).

Verfügbar bleibt weiterhin der bisherige Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. Dieser repräsentiert alle privaten Haushalte, das heißt Rentnerhaushalte sind darin genauso berücksichtigt wie Familien mit Kind(ern), allein Erziehende mit Kind(ern) oder Singles – und zwar jeweils entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung. Deshalb ist es aus statistischen Gründen sinnvoll, den „Verbraucherpreisindex für Deutschland“ als allgemeinen Inflationsmaßstab zu verwenden.

Die Einstellung der Preisindizes für spezielle Haushaltstypen hat Auswirkungen auf eine Vielzahl von Verträgen, die in Wertsicherungsklauseln (Preisgleitklauseln) darauf abstellen.³⁾ Die häufige Verwendung des Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten mit mittlerem Einkommen in Wertsicherungsklauseln ist eher historisch bedingt als fachlich begründet. Dieser spezielle Haushaltstyp war keinesfalls der „durchschnittliche Haushalt“, als der er oft fälschlicherweise bezeichnet wurde.

Die statistischen Ämter bieten zur Umstellung auf den „Verbraucherpreisindex für Deutschland“ umfangreiche Informationen an. Unter anderem stellt das Statistische Bundesamt in seinem Internetangebot unter <http://www.destatis.de/wsk> ein interaktives Programm bereit, das die selbstständige Berechnung von Leistungsanpassungen bei vorhandenen Wertsicherungsklauseln ermöglicht. Zusätzlich wurde zu diesem Thema eine Telefon-Hotline eingerichtet (06 11/ 75 37 77). Ferner steht auf Anforderung eine schriftliche Anleitung zur eigenständigen Berechnung von Schwellenwerten zur Verfügung.

Tabelle 1: Preisindizes für die Lebenshaltung für das frühere Bundesgebiet
Veränderungen in Prozent

Jahr	Preisindex für die Lebenshaltung			
	Alle privaten Haushalte	4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen	4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	2-Personen-Rentnerhaushalte mit geringem Einkommen
1992	+3,9	+3,9	+4,1	+4,1
1993	+3,6	+3,7	+3,7	+3,8
1994	+2,7	+2,7	+2,8	+3,0
1995	+1,6	+1,7	+1,6	+1,9
1996	+1,3	+1,4	+1,3	+1,3
1997	+1,9	+1,5	+1,8	+2,3
1998	+0,9	+0,9	+0,9	+1,4
1999	+0,7	+0,7	+0,7	+0,3
2000	+2,0	+1,6	+1,7	+1,7
2001	+2,3	+2,2	+2,4	+2,7
2002	+1,4	+1,3	+1,4	+1,3
durchschnittliche jährliche Veränderungsrate				
1992 – 1995	+3,0	+3,0	+3,0	+3,2
1996 – 1999	+1,2	+1,1	+1,2	+1,3
2000 – 2002	+1,9	+1,7	+1,9	+2,0

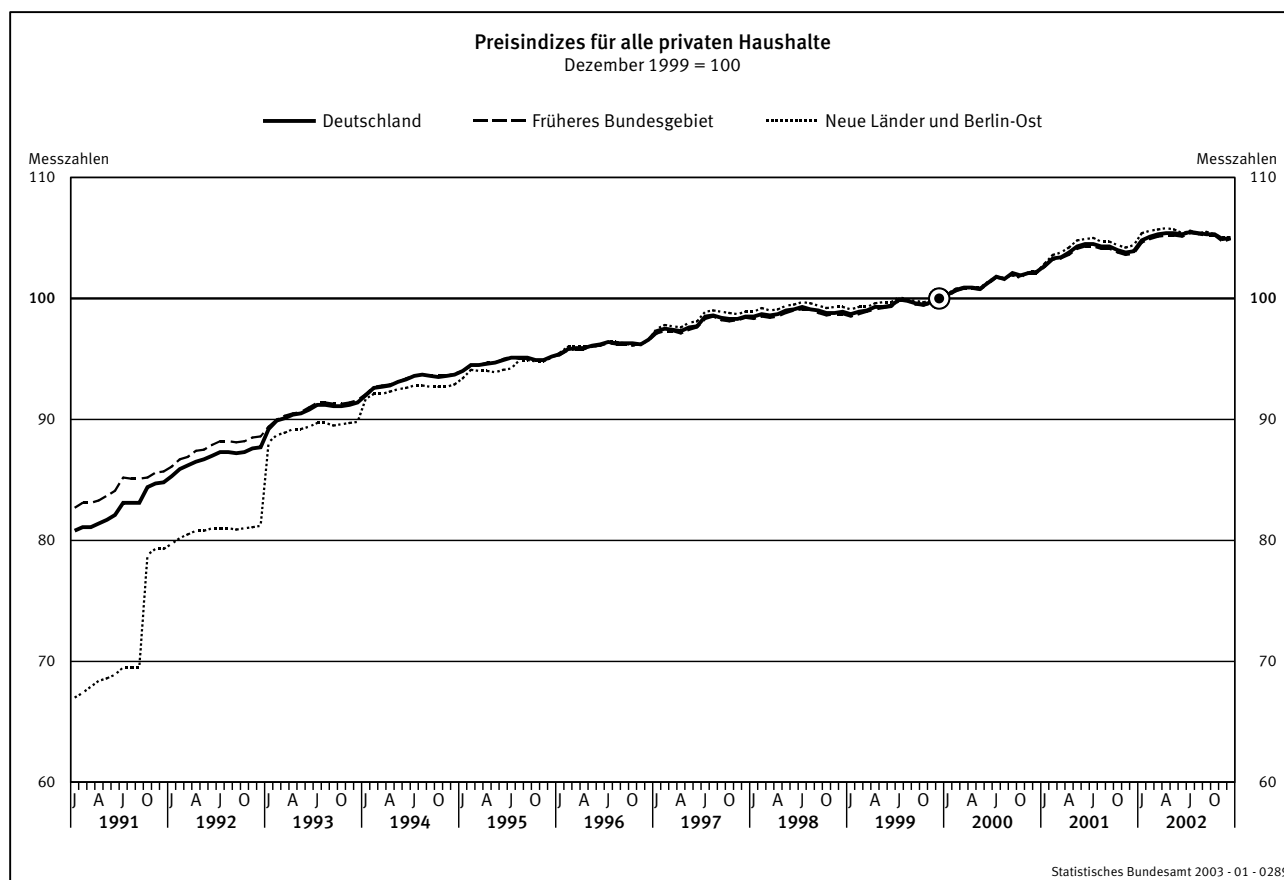
Einführung eines einheitlichen Wägungsschemas für ganz Deutschland

Mehr als ein Jahrzehnt nach der deutschen Vereinigung wird mit der Indexrevision 2003 ein einheitliches Wägungsschema für ganz Deutschland eingeführt. Die Verbrauchsgewohnheiten haben sich inzwischen in Ost und West weitgehend angeglichen und die Verbraucherpreisindizes zeigen seit einigen Jahren – von kurzfristigen Abweichungen abgesehen – nahezu identische Verläufe (siehe Schaubild 1).

Hinzu kommt, dass die Datenbasis eine zuverlässige Berechnung unterschiedlicher Gewichte für das frühere Bundesgebiet und die neuen Länder nicht mehr zulässt. Eine regionale Untergliederung des Verbraucherpreisindex für die alten und die neuen Länder sowie für das Land Berlin bleibt aber verfügbar.

3) Siehe Buchwald, W./Chlumsky, J./Engelhardt, N.: „Zur Umstellung des Preisindex für die Lebenshaltung und deren Auswirkung auf Wertsicherungsklauseln“ in WiSta 11/2002, S. 915 ff.

Schaubild 1



Neue Formel für die Zusammenfassung der Länderergebnisse zum Bundesergebnis

Die nicht unerheblichen Unterschiede im Einkommensniveau zwischen den Bundesländern werden im Verbraucherpreisindex auf Basis 2000 dadurch berücksichtigt, dass bei der Zusammenfassung der Länderergebnisse zum Bundesergebnis als Gewicht der Länderanteil am Privaten Verbrauch und nicht – wie in der Vergangenheit – die Einwohnerzahl zu Grunde gelegt wird.

Aktualisierung des Warenkorbes

Zielsetzung

Bei jeder Indexrevision wird der Erhebungskatalog, also die Liste der in die Preiserhebung einbezogenen Waren und Dienstleistungen, aktualisiert. Dies ist erforderlich, weil sich die Verbrauchsgewohnheiten und das Güterangebot im Zeitablauf ändern. Die Erfahrungen zeigen, dass eine Überarbeitung des Warenkorbes im Fünf-Jahres-Turnus hinreichend ist, weil sich die Verbrauchsgewohnheiten nur vergleichs-

weise langsam verändern. Neben dieser systematischen Überarbeitung im Rahmen einer Revision sind auch in der Zwischenzeit bei Bedarf Anpassungen der Güterbeschreibungen, die Aufnahme neuer Güter oder der Austausch von Berichtsstellen möglich.

Vorgehensweise

Die Aktualisierung des Warenkorbes findet in Zusammenarbeit von Statistischem Bundesamt und Statistischen Landesämtern statt. Die Mitwirkung der Preiserheber ist bei der Überarbeitung des Erhebungskataloges wichtig, weil diese im Bereich der amtlichen Statistik über die beste Marktenntnis verfügen. Sie sehen im Rahmen der Preiserhebung vor Ort sowohl neue Angebote, die bisher nicht in der Stichprobe enthalten sind, und entdecken damit mögliche Defizite der Verbraucherpreisstatistik. Sie erkennen aber auch als erste veraltete Güterbeschreibungen.

Ausgangspunkt für die Überarbeitung sind die aktualisierten Ausgabenanteile, die durch die einzelnen Gütervarianten repräsentiert werden.⁴⁾ Sinkt ein Anteil auf unter 0,2 Promille, so ist zu prüfen, ob dieser Artikel künftig durch ähnliche Artikel mit repräsentiert werden kann. Dies ist der Fall, wenn eine Veröffentlichungsposition durch eine grö-

4) Die Verordnung zum Harmonisierten Verbraucherpreisindex der Europäischen Union (EU) schreibt eine jährliche Überprüfung mit einem unteren Schwellenwert von einer Promille vor. Siehe Verordnung (EG) Nr. 1749/96 der Kommission vom 9. September 1996 über anfängliche Maßnahmen zur Umsetzung der Verordnung (EG) Nr. 2494/95 des Rates über harmonisierte Verbraucherpreisindizes (Amtsbl. der EG Nr. L 229, S. 3), Artikel 3.

ßere Zahl von Erhebungspositionen abgedeckt wird und deren Preisentwicklungen in der Vergangenheit ähnlich verliefen.

Umgekehrt wird überprüft, welche Erhebungspositionen aktuell ein sehr großes Gewicht erhalten haben. Liegt der Ausgabenanteil für eine einzelne Position deutlich über einem Promille, so wird man prüfen, ob die ausgewählte Gütervariante die Vielfalt aller Güter innerhalb der Ausgabekategorie allein repräsentieren kann.

Die Veränderungen im Warenkorb anlässlich der Indexrevision sind selten spektakulär. Das liegt unter anderem auch daran, dass Neuaufnahmen nicht in jedem Fall an den Termin einer Indexreform gebunden sind, sondern bei dringendem Bedarf auch zwischen zwei Revisionsterminen in die Berechnung einbezogen werden können. So wurde zum Beispiel die Internetnutzung bereits zu Beginn des Jahres 2001 berücksichtigt.

Neu im Erhebungskatalog

In der Folge werden einige aktuelle Beispiele für Neuaufnahmen in den Warenkorb des Jahres 2000 genannt, wobei versucht wird, die dahinter stehende Zielsetzung zu verdeutlichen.

- Vermehrte Einbeziehung von Fertig- bzw. Halbfertigprodukten (so genannten Convenience-Produkten) in den Verbraucherpreisindex (ergänzend zu etwa 130 anderen Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken), betrifft zum Beispiel *Brötchen zum Fertigbacken* und *Pizza zum Mitnehmen*. Darüber hinaus ist festzustellen, dass der Anteil von Lebensmitteln in Konserven und Glasverpackungen zugunsten tiefgefrorener Lebensmittel im Warenkorb zurückgeht.
- Erweiterte Einbeziehung von Produkten der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien (ergänzend zu etwa 30 anderen Positionen dieser Kategorien). Typische Güter dafür sind *Scanner*, *Laserdrucker* und *Digitalkamera* sowie *DSL (Digital Subscriber Line)* und *Preselection-Tarife* (als Erweiterung der Telekommunikationsdienstleistungen).
- Erweiterte Einbeziehung der Gesundheitspflege, stellvertretend sei hier das neu aufgenommene *Blutdruckmessgerät für das Handgelenk* genannt.
- Einbeziehung von Dienstleistungen im Bereich der sozialen Sicherung (Sozialschutz), darunter fallen solche Positionen wie *Unterbringung und Verpflegung im Altenwohnheim*, *ambulante Pflege* oder auch *Essen auf Rädern*. Zu dieser Kategorie gehört ebenso der *Monatsbeitrag für den Kinderkrippenbesuch*.
- Einbeziehung zusätzlicher Dienstleistungen für private Haushalte, dafür stehen repräsentativ u. a. die neu aufgenommenen Positionen *Pizzaservice (Hauslieferung)*,

Fahrradreparatur, *Besuch im Sonnenstudio* oder *Besuch im Fitnessstudio*.

Aus dem Erhebungskatalog gestrichen wurden u. a.

- *Kaffeefilter (Kunststoff)*,
- *Diaprojektor*,
- *elektrische/elektronische Schreibmaschine*.

Beispiele für Ersetzungen sind:

- *Disketten* durch *brennbare CD-Rohlinge*,
- *Schreibmaschinenpapier* durch *Druckerpapier*,
- *Farbband* durch *Farbpatrone für Tintenstrahldrucker*,
- *Fußbodenpflegemittel* durch *Allzweckreiniger*,
- *PVC-Bodenbelag* durch *Laminat-Fertigboden-Paneele*.

Aktualisierung des Wägungsschemas

Zielsetzung

Viel wichtiger als die Auswahl der einzelnen Preisrepräsentanten, also die Festlegung des Warenkorbes, ist die Bestimmung des Gewichts, mit dem die Preisentwicklung einzelner Preisrepräsentanten in den Gesamtindex eingeht. Das Wägungsschema quantifiziert, welchen Anteil zum Beispiel die Mietausgaben oder andere Ausgabenpositionen an den gesamten Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte haben. Da sich mit der Zeit sowohl die Verbrauchsgewohnheiten der privaten Haushalte als auch das Angebot an Waren und Dienstleistungen verändern, müssen der Indexberechnung von Zeit zu Zeit aktuellere Verbrauchsgewohnheiten zugrunde gelegt werden.

Vorgehensweise

Höhe und Struktur der Ausgaben der privaten Haushalte werden vom Statistischen Bundesamt aus den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, die alle fünf Jahre durchgeführt wird, und der jährlichen Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen abgeleitet. Ergänzend werden hierfür Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, der Steuerstatistiken, anderer amtlicher Statistiken und weiterer Datenquellen verwendet. Einzelheiten sind einem Aufsatz in dieser Zeitschrift zu entnehmen, der anlässlich der letzten Revision der Verbraucherpreisstatistik im Jahr 1999 erschienen ist.⁵⁾

⁵⁾ Siehe Fußnote 2.

Änderungen im Wägungsschema 2000

Auch die Verschiebungen der Gewichte im Wägungsschema 2000 sind wenig spektakulär.⁶⁾ Aus Tabelle 2 bzw. Schaubild 2 wird ersichtlich, dass die Verbrauchsbedeutung von „Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken“ zwischen 1995 und 2000 mit insgesamt knapp 28 Promillepunkten den größten Rückgang aufweist. Daneben verringerten sich, wenn auch geringfügiger, die Ausgabenanteile für „alkoholische Getränke und Tabakwaren“ sowie für „Bekleidung und Schuhe“. Diese Entwicklung ist für eine hoch entwickelte Volkswirtschaft typisch.

Besonders auffallend ist die Zunahme des Ausgabenanteils für „Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe“ mit knapp 28 Promillepunkten. Die Erhöhung des Gewichts für „andere Waren und Dienstleistungen“ ist vor allem auf die zusätzliche Einbeziehung von Dienstleistungen im Bereich der sozialen Sicherung (Sozialschutz) zurückzuführen. Die Zunahme des Ausgabenanteils für „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ geht primär auf die gestiegene Verbrauchsbedeutung der Position „Audiovisuelle, fotografische und Informationsverarbeitungsgeräte und Zubehör“ zurück (insbesondere auf den Kauf von Personalcomputern).

In der Tabelle 2 sind neben den Ausgabengewichten der Basisjahre 1995 und 2000 (in der Spalte 1 bzw. Spalte 3) zusätzlich in Spalte 2 die Verbrauchsstrukturen des Jahres 1995, bewertet mit Preisen des Jahres 2000, ausgewiesen. Mit dieser Angabe ist es möglich zu unterscheiden, ob die Veränderungen der Ausgabestrukturen auf „echte“ mengenmäßige Änderungen im Verbrauchsverhalten der Haushalte (real) zurückzuführen sind oder ob diese überwiegend aus Preisveränderungen resultieren.

Dabei zeigt es sich, dass im Gegensatz zur letzten Indexrevision⁷⁾ anlässlich der Einführung der Preisbasis 1995 = 100 diesmal überwiegend echte, nicht preisbedingte Verschiebungen in den Ausgabestrukturen stattgefunden haben. Das kann zum Beispiel für den Bereich „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ gezeigt werden: Hätten die privaten Haushalte ihre Verbrauchsstrukturen aus dem Jahr 1995 unverändert beibehalten, so wäre in diesem Bereich nur ein Rückgang von rund 7 Promille zu verzeichnen gewesen. Dieser Wert spiegelt den im Vergleich zur allgemeinen Teuerung geringeren Preisaufschlag bei Nahrungsmitteln im Zeitraum 1995 bis 2000 wider. Fast 21 Promille (also der weitaus größere Anteil von den insgesamt knapp 28 Promille) verbleiben damit für „echte“ Verhaltensänderungen. Aus dieser Angabe kann jedoch nicht gefolgert werden, dass im Jahr 2000 absolut weniger Geld für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke ausgegeben wurde, das heißt dass tatsächlich geringere Mengen und/oder schlechtere Qualitäten (zu geringeren Preisen) gekauft wurden. Gleichzeitig ist nämlich das Gesamtvolumen der Verbrauchsausgaben deutlich angestiegen, von 1995 bis 2000 gemäß den Ergebnissen der Erhebungen über die Wirtschaftsrechnungen der privaten Haushalte um etwa 15%.

In der Abteilung „Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe“ kumulieren sich erhebliche preisbedingte und reale Gewichtsverschiebungen, die aber aus unterschiedlichen Entwicklungen im Detail resultieren. Die starken Preisaufschläge bei Wohnungsnebenkosten wie Kosten für Wasserversorgung, Müllabfuhr, Abwasserentsorgung usw. konnten durch Einschränkungen im Verbrauch mehr als kompensiert werden, allerdings wird heute deutlich mehr für die Miete bzw. den Kauf von größeren und/oder besser ausgestatteten Wohnungen gezahlt.

Tabelle 2: Veränderungen im Wägungsschema

COICOP- VPI ¹⁾	Abteilungen	Gewichtung in Promille			Veränderung der Gewichte 1995 bis 2000		
		1995 = 100	1995 = 100 bewertet zu Preisen des Jahres 2000	2000 = 100	in Punkten	und zwar	
						preisbedingt	real
		1	2	3	4 (= Sp. 3 – Sp. 1)	5 (= Sp. 2 – Sp. 1)	6 (= Sp. 3 – Sp. 2)
01	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	131,26	124,20	103,35	-27,91	-7,06	-20,85
02	Alkoholische Getränke, Tabakwaren	41,67	41,88	36,73	-4,94	+0,21	-5,15
03	Bekleidung und Schuhe	68,76	65,58	55,09	-13,67	-3,18	-10,49
04	Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	274,77	284,89	302,66	+27,89	+10,12	+17,77
05	Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	70,56	67,35	68,54	-2,02	-3,21	+1,19
06	Gesundheitspflege	34,39	35,69	35,46	+1,07	+1,30	-0,23
07	Verkehr	138,82	147,44	138,65	-0,17	+8,62	-8,79
08	Nachrichtenübermittlung	22,66	17,90	25,21	+2,55	-4,76	+7,31
09	Freizeit, Unterhaltung und Kultur	103,57	101,19	110,85	+7,28	-2,38	+9,66
10	Bildungswesen	6,51	7,26	6,66	+0,15	+0,75	-0,60
11	Beherbergungs- und Gaststätten- dienstleistungen	46,08	45,76	46,57	+0,49	-0,32	+0,81
12	Andere Waren und Dienstleistungen	60,95	60,86	70,23	+9,28	-0,09	+9,37

1) Classification of Individual Consumption by Purpose (COICOP) in einer für Zwecke der Verbraucherpreisstatistik leicht abgewandelten Form.

6) Siehe auch die Anhangtabelle 1 auf S. 431 f.

7) Siehe Fußnote 2.

Schaubild 2

Wägungsschema
Deutschland
Angaben in Promille

2000 = 100

Andere Waren und Dienstleistungen
70,23

Beherbergungs-
und Gaststätten-
dienstleistungen
46,57

Bildungswesen
6,66

Freizeit, Unterhaltung
und Kultur
110,85

Nachrichten-
übermittlung
25,21

Verkehr
138,65

Gesundheitspflege
35,46

Nahrungsmittel
und alkoholfreie Getränke
103,35

Alkoholische
Getränke,
Tabakwaren
36,73

Bekleidung
und Schuhe
55,09

Wohnungsmieten,
Energie
302,66

Einrichtungs-
gegenstände
68,54

1995 = 100

Andere Waren und Dienstleistungen
60,95

Beherbergungs-
und Gaststätten-
dienstleistungen
46,08

Bildungswesen
6,51

Freizeit, Unterhaltung
und Kultur
103,57

Nachrichten-
übermittlung
22,66

Verkehr
138,82

Gesundheitspflege
34,39

Nahrungsmittel
und alkoholfreie Getränke
131,26

Alkoholische
Getränke,
Tabakwaren
41,67

Bekleidung
und Schuhe
68,76

Wohnungsmieten,
Energie
274,77

Einrichtungs-
gegenstände
70,56

Besonders auffallend sind die gegenläufigen Entwicklungen bei den preisbedingten und realen Gewichtsveränderungen in den Bereichen „Verkehr“ und „Nachrichtenübermittlung“. Bei der Nachrichtenübermittlung wurden deutliche Preisrückgänge durch eine vermehrte Nachfrage offenbar überkompensiert, sodass das Ausgabengewicht insgesamt gegenüber 1995 um rund 2,5 Promille angestiegen ist. Bei den Verkehrsdienstleistungen (öffentlicher Nah- und Fernverkehr) wurden überproportionale Preisaufschläge offensichtlich durch die rückläufige Nachfrage weitgehend ausgeglichen. Die deutlichen Preisaufschläge bei Kraftstoffen wurden ebenfalls weitgehend durch einen entsprechenden Minderverbrauch ausgeglichen. Damit ergibt sich für den Verkehr insgesamt – trotz zum Teil deutlicher Preisaufschläge – praktisch kein Anstieg des Gewichts.

Methodische Veränderungen

Mit der Indexrevision 2003 werden auch einige methodische Veränderungen vollzogen, die im Wesentlichen die Erweiterung des Erfassungsbereichs und Verbesserungen in der Erhebungspraxis betreffen.

Einbeziehung des Sozialschutzes

Neu ist die Einbeziehung des Sozialschutzes, darunter sind Dienstleistungen im Bereich der sozialen Sicherung wie zum Beispiel Unterbringung in Altenheimen, mobile Pflegedienste oder auch Essen auf Rädern zu verstehen. Die Bedeutung dieser Ausgabepositionen ist in den letzten Jahren stark gestiegen, wozu insbesondere die Eigenbeiträge der privaten Haushalte beigetragen haben. Zum Erfassungsbereich gehören nur Ausgaben, die von den privaten Haushalten selbst zu tragen sind; Zahlungen der Sozialhilfe oder der gesetzlichen Pflege- oder Krankenversicherung sind definitionsgemäß nicht berücksichtigt.

Einbeziehung transaktionsabhängiger Bankdienstleistungen

Bisher wurden in den Verbraucherpreisindex als Bankdienstleistungen für private Haushalte nur Dienstleistungen gegen

festes Entgelt einbezogen. Insbesondere waren das Gebühren für ein übliches Lohn- oder Gehaltskonto. In den letzten Jahren ist die Bedeutung von Gebühren, die als Prozentsatz eines Transaktionswertes ausgedrückt werden, spürbar angestiegen. Dabei handelt es sich zum Beispiel um Depotgebühren oder Gebühren für den Kauf/Verkauf von Wertpapieren. Um der gestiegenen Verbrauchsbedeutung dieser „Preise“ Rechnung zu tragen, werden jetzt auch solche Gebühren in die Indexberechnung aufgenommen.

Geänderte Erhebungspraxis bei der Erfassung von Pauschalreisen

Kleinere methodische Änderungen – wie sie bei jeder Revision üblich sind – werden hier nicht im Einzelnen aufgeführt. Hingewiesen werden soll aber auf eine Änderung in der Erfassungspraxis bei Pauschalreisen, Ferienwohnungen, Flügen u.Ä. In der Vergangenheit konnte es vorkommen, dass bei ungünstiger Lage der Wochentage Reisen während der Weihnachtsfeiertage nicht in den Dezemberindex eingingen. Nach der nunmehr modifizierten Erhebungspraxis wird sichergestellt, dass die Saisonhöhepunkte Weihnachten und Silvester immer im Dezemberindex abgebildet werden. Dies verändert die Saisonfigur der Preisentwicklung und damit auch die monatlichen Veränderungsrate, insbesondere für Dezember und Januar.

Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex für Deutschland

Von den genannten Veränderungen im Verbraucherpreisindex ist im Wesentlichen auch der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) für Deutschland betroffen. Dies gilt insbesondere für die veränderte Formel für die Zusammenfassung der Länderergebnisse zum Bundesergebnis sowie für die Aktualisierung des Wägungsschemas und des Warenkorbes. Eine Ausnahme stellt die Behandlung des Sozialschutzes dar. Im HVPI werden alle wesentlichen Teile des Sozialschutzes seit 2001 einbezogen. Im deutschen Verbraucherpreisindex waren die Dienstleistungen des Sozialschutzes bisher überhaupt nicht berücksichtigt; erst mit der

Tabelle 3: Wägungsschema für den Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) für Deutschland

COICOP-HVPI ¹⁾	Abteilungen	Gewichtung in Promille ²⁾			
		Dezember 1999 = 100	Dezember 2000 = 100	Dezember 2001 = 100	Dezember 2002 = 100
01	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	120,53	116,93	120,49	117,81
02	Alkoholische Getränke, Tabakwaren	43,26	41,87	41,73	43,00
03	Bekleidung und Schuhe	65,12	62,49	62,43	61,41
04	Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe ..	216,51	216,91	216,08	216,11
05	Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	80,90	77,59	77,56	77,12
06	Gesundheitspflege	35,01	40,23	40,20	39,88
07	Verkehr	152,30	150,56	148,04	151,47
08	Nachrichtenübermittlung	33,06	27,17	26,38	26,61
09	Freizeit, Unterhaltung und Kultur	125,20	123,78	123,07	121,05
10	Bildungswesen	7,80	7,57	7,54	7,68
11	Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	54,00	54,70	55,24	56,33
12	Andere Waren und Dienstleistungen	66,31	80,20	81,24	81,53

1) Classification of Individual Consumption by Purpose (COICOP) in der Version für den Harmonisierten Verbraucherpreisindex. – 2) Verbrauchsstrukturen auf Basis 2000 = 100.

jetzt durchgeführten Revision erfolgt ihre komplette Einbeziehung. Die inhaltlichen Differenzen zwischen HVPI und VPI werden dadurch geringer. Der Erfassungsbereich bezüglich des Sozialschutzes ist mit der Umstellung auf das Basisjahr 2000 ab Berichtsjahr 2001 nunmehr identisch, im Jahr 2000 erfasst der VPI den Sozialschutz jetzt komplett, der HVPI nur teilweise (z. B. keine Kinderkrippen u. Ä.).

Das aktuelle Wägungsschema für den deutschen HVPI ist in Tabelle 3 dargestellt.

Index der Einzelhandelspreise für Deutschland

Auch der Index der Einzelhandelspreise (EHI) wird aus den Daten der Verbraucherpreisstatistik berechnet. Damit wirken sich die neue Formel für die Zusammenfassung der Länderergebnisse zum Bundesergebnis und die Aktualisierung des Warenkorbes auch auf diesen Index aus. Auch das Wägungsschema für den EHI wurde aktualisiert. Ohne Auswirkungen auf den EHI bleiben dagegen die sonstigen methodischen Änderungen (Einbeziehung des Sozialschutzes, Einbeziehung transaktionsabhängiger Bankdienstleistungen, Änderung der Erfassungspraxis bei Pauschalreisen u. Ä.), da diese Dienstleistungen nicht zum Erfassungsbereich des EHI gehören. Der Nachweis des EHI wurde leicht modifiziert. Als Gesamtindex wird jetzt der Einzelhandel ohne Einzelhandel mit Kraftfahrzeugen und Tankstellen bezeichnet. Mit dieser Änderung folgt der EHI einer Anpassung in der Klassifikation der Wirtschaftszweige. Alle bisher berechneten Ergebnisse bleiben allerdings auch weiter verfügbar. Das aktuelle Wägungsschema für den Index der Einzelhandelspreise ist in Anhangtabelle 2 auf S. 432 dargestellt. [\[U\]](#)

Anhangtabelle 1: Verbraucherpreisindex für Deutschland
Wägungsschema 2000 = 100

COICOP-VPI ¹⁾	Bezeichnung	Gewicht in %
	Gesamtindex	1000
01	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	103,35
02	Alkoholische Getränke, Tabakwaren	36,73
03	Bekleidung und Schuhe	55,09
04	Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	302,66
05	Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	68,54
06	Gesundheitspflege	35,46
07	Verkehr	138,65
08	Nachrichtenübermittlung	25,21
09	Freizeit, Unterhaltung und Kultur	110,85
10	Bildungswesen	6,66
11	Beherbergungs- und Gaststätten-dienstleistungen	46,57
12	Andere Waren und Dienstleistungen	70,23
01	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	103,35
011	Nahrungsmittel	90,47
0111	Brot und Getreideerzeugnisse	17,20
0112	Fleisch, Fleischwaren	22,74
0113	Fische, Fischwaren	2,89
0114	Molkereiprodukte und Eier	14,31
0115	Speisefette und -öle	2,92
0116	Obst	8,43
0117	Gemüse (einschl. Kartoffeln und anderer Knollengewächse)	10,56
0118	Zucker, Marmelade, Konfitüre, Honig, Sirup und Süßwaren	7,57
0119	Nahrungsmittel, a.n.g.	3,85
012	Alkoholische Getränke	12,88
0121	Kaffee, Tee, Kakao	4,54
0122	Mineralwasser, Säfte, Limonaden	8,34
02	Alkoholische Getränke, Tabakwaren	36,73
021	Alkoholische Getränke	16,86
0211	Spirituosen	2,10
0212	Wein	4,85
0213	Bier	9,91
022	Tabakwaren	19,87
03	Bekleidung und Schuhe	55,09
031	Bekleidungsstoffe und Bekleidung	44,92
0311	Bekleidungsstoffe	0,17
0312	Bekleidung	41,44
0313	Andere Bekleidungsartikel und -zubehör	2,06
0314	Chemische Reinigung, Waschen und Reparatur von Bekleidung	1,25
032	Schuhe	10,17
0321	Schuhe und Schuhzubehör	9,78
0322	Reparatur von Schuhen	0,39
04	Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	302,66
041	Wohnungsmieten (einschl. Mietwert von Eigentümerwohnungen)	212,17
043	Regelmäßige Instandhaltung und Reparatur der Wohnung	11,49
0431	Erzeugnisse für die regelmäßige Instandhaltung und Reparatur der Wohnung	6,48
0432	Dienstleistungen für die regelmäßige Instandhaltung und Reparatur der Wohnung	5,01
044	Wasserversorgung und andere Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Wohnung	31,98
0441	Wasserversorgung	10,78
0442	Müllabfuhr	6,52
0443	Abwasserentsorgung	8,98
0444	Andere Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Wohnung, a.n.g.	5,70
045	Strom, Gas und andere Brennstoffe	47,02
0451	Strom	18,65
0452	Gas (ohne Gas für Kraftfahrzeuge)	9,41
0453	Flüssige Brennstoffe (leichtes Heizöl)	7,90
0454	Feste Brennstoffe	0,69
0455	Zentralheizung, Fernwärme u.a.	10,37

noch Anhangtabelle 1: Verbraucherpreisindex für Deutschland
Wägungsschema 2000 = 100

COICOP-VPI ¹⁾	Bezeichnung	Gewicht in %
05	Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	68,54
051	Möbel, Innenausstattung, Teppiche und andere Bodenbeläge	33,61
0511	Möbel und Einrichtungsgegenstände	28,01
0512	Teppiche und andere Bodenbeläge	4,39
0513	Reparatur an Möbeln, Einrichtungsgegenständen und Bodenbelägen	1,21
052	Heimtextilien	4,79
053	Haushaltsgeräte	11,28
0531	Elektrische und andere Haushaltsgroßgeräte ..	8,05
0532	Elektrische Kleingeräte für den Haushalt	2,14
0533	Reparatur an Haushaltsgeräten	1,09
054	Glaswaren, Tafelgeschirr und andere Gebrauchsgüter für die Haushaltsführung ...	4,91
055	Werkzeuge und Geräte für Haus und Garten ...	5,73
0551	Motorbetriebene Werkzeuge und Geräte	1,80
0552	Gartengeräte, Handwerkzeuge und andere Gebrauchsgüter für die Haushaltsführung .	3,93
056	Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	8,22
0561	Verbrauchsgüter für die Haushaltsführung ...	6,03
0562	Dienstleistungen von Haushaltshilfen und andere häusliche Dienste	2,19
06	Gesundheitspflege	35,46
061	Medizinische Erzeugnisse, Geräte und Ausrüstungen	16,33
0611	Pharmazeutische Erzeugnisse (ohne solche für Tiere)	10,31
0612	Andere medizinische Erzeugnisse	0,56
0613	Therapeutische Geräte und Ausrüstungen ...	5,46
062	Ambulante Gesundheitsdienstleistungen	13,50
0621	Ärztliche Dienstleistungen	6,62
0622	Zahnärztliche Dienstleistungen	5,28
0623	Dienstleistungen nichtärztlicher Gesundheitsdienstberufe	1,60
063	Stationäre Gesundheitsdienstleistungen	5,63
07	Verkehr	138,65
071	Kauf von Fahrzeugen	37,26
0711	Kraftwagen	33,23
0712	Motorräder	2,27
0713	Fahrräder	1,76
072	Waren und Dienstleistungen für den Betrieb von Privatfahrzeugen	82,22
0721	Ersatzteile und Zubehör für Privatfahrzeuge .	5,37
0722	Kraft- und Schmierstoffe für Privatfahrzeuge .	34,09
0723	Wartung und Reparatur von Privatfahrzeugen	23,70
0724	Andere Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Betrieb von Privatfahrzeugen	19,06
073	Verkehrsdienstleistungen	19,17
0731	Personenbeförderung im Schienenverkehr ..	4,98
0732	Personenbeförderung im Straßenverkehr	1,90
0733	Personenbeförderung im Luftverkehr	2,39
0734	Personenbeförderung im See- und Binnenschiffsverkehr	1,07
0735	Kombinierte Personenbeförderungsdienstleistungen	8,21
0736	Andere Ausgaben für Verkehrsdienstleistungen	0,62
08	Nachrichtenübermittlung	25,21
081	Post- und Kurierdienstleistungen	2,70
082	Telefon- und Telefaxgeräte (einschl. Reparatur)	1,55
083	Telefon-, Telefaxdienstleistungen	20,96
09	Freizeit, Unterhaltung und Kultur	110,85
091	Audiovisuelle, fotografische und Informationsverarbeitungsgeräte und Zubehör (einschl. Reparaturen)	22,66
0911	Geräte für den Empfang, die Aufnahme und Wiedergabe von Ton und Bild	6,83
0912	Foto- und Filmausrüstung, optische Geräte und Zubehör	2,04
0913	Informationsverarbeitungsgeräte	8,89

noch Anhangtabelle 1: Verbraucherpreisindex für Deutschland
Wägungsschema 2000 = 100

COICOP-VPI ¹⁾	Bezeichnung	Gewicht in %
0914	Bild- und Tonträger	3,75
0915	Reparatur von audiovisuellen, fotografischen und Informationsverarbeitungsgeräten	1,15
092	Andere größere langlebige Gebrauchsgüter für Freizeit und Kultur	1,63
0921	Größere langlebige Gebrauchsgüter für Freizeit im Freien	0,77
0922	Musikinstrumente und größere langlebige Gebrauchsgüter für Freizeit in Räumen	0,86
093	Andere Geräte und Artikel für Freizeit Zwecke; Gartenerzeugnisse und Verbrauchsgüter für Gartenpflege; Haustiere	18,89
0931	Spiele, Spielzeug und Hobbywaren	3,28
0932	Geräte und Ausrüstungen für Sport, Camping und Erholung im Freien	3,02
0933	Gartenerzeugnisse und Verbrauchsgüter für Gartenpflege	7,70
0934	Haustiere (einschl. Ge- und Verbrauchsgütern für die Tierhaltung)	4,31
0935	Veterinär- und andere Dienstleistungen für Tiere	0,58
094	Freizeit- und Kulturdienstleistungen	28,79
0941	Sport- und Erholungsdienstleistungen	6,77
0942	Kulturdienstleistungen	15,94
0943	Glücksspiele	6,08
095	Zeitungen, Bücher und Schreibwaren	19,08
0951	Bücher	6,70
0952	Zeitungen und Zeitschriften	8,80
0953	Andere Druckerzeugnisse	0,67
0954	Schreibwaren und Zeichenmaterialien	2,91
096	Pauschalreisen	19,80
10	Bildungswesen	6,66
101	Dienstleistungen der Bildungseinrichtungen des Elementar- und Primärbereichs	4,13
104	Dienstleistungen der Bildungseinrichtungen des Tertiärbereichs	1,72
105	Dienstleistungen nicht einstuftbarer Bildungseinrichtungen	0,81
11	Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	46,57
111	Verpflegungsdienstleistungen	36,86
1111	Restaurants, Cafés, Straßenverkauf u. Ä.	32,25
1112	Kantinen, Mensen	4,61
112	Beherbergungsdienstleistungen	9,71
12	Andere Waren und Dienstleistungen	70,23
121	Körperpflege	19,60
1211	Friseurleistungen und andere Dienstleistungen für die Körperpflege (ohne medizinische Massagen)	9,05
1212	Elektrische Geräte für die Körperpflege	0,19
1213	Andere Artikel und Erzeugnisse für die Körperpflege	10,36
123	Persönliche Gebrauchsgegenstände, a.n.g.	8,34
1231	Schmuck und Uhren, einschl. Reparaturen ..	4,62
1232	Andere persönliche Gebrauchsgegenstände ..	3,72
124	Dienstleistungen sozialer Einrichtungen	10,29
125	Versicherungsdienstleistungen	24,58
1252	Versicherungsdienstleistungen im Zusammenhang mit der Wohnung (ohne Gebäudeversicherungsleistungen) ..	1,92
1253	Versicherungsdienstleistungen im Zusammenhang mit der Gesundheit	8,91
1254	Versicherungsdienstleistungen im Zusammenhang mit dem Verkehr	7,58
1255	Andere Versicherungsdienstleistungen	6,17
126	Finanzdienstleistungen, a.n.g.	3,59
127	Andere Dienstleistungen, a.n.g.	3,83

1) Classification of Individual Consumption by Purpose (COICOP) in einer Fassung für die Verbraucherpreisstatistik. Diese Klassifikation entspricht weitgehend der deutschen Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte (SEA).

Anhangtabelle 2: Index der Einzelhandelspreise für Deutschland
Wägungsschema 2000 = 100

WZ 1993 ¹⁾	Bezeichnung	Gewicht in %
52/50	Gesamtindex	1 000
52	Einzelhandel	766,05
52.1	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen)	313,81
52.11	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, Haupttrichtung Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	266,26
52.11.1	Einzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren o.a.S.	205,27
52.11.2	Sonstiger Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, Haupttrichtung Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	60,99
52.12	Sonstiger Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	47,55
52.12.2	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, Haupttrichtung Nicht-Nahrungsmittel	40,81
52.2	Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (in Verkaufsräumen)	30,76
52.21	Einzelhandel mit Obst, Gemüse und Kartoffeln	2,06
52.22	Einzelhandel mit Fleisch, Fleischwaren, Geflügel und Wild	6,07
52.23	Einzelhandel mit Fisch und Fischerzeugnissen	0,62
52.24	Einzelhandel mit Backwaren und Süßwaren ...	2,20
52.25	Einzelhandel mit Getränken	11,01
52.26	Einzelhandel mit Tabakwaren	6,23
52.27	Sonstiger Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln	2,57
52.3	Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln ...	82,24
52.31	Apotheken	57,68
52.32	Einzelhandel mit medizinischen und orthopädischen Artikeln	2,54
52.33	Einzelhandel mit kosmetischen Artikeln und Körperpflegemitteln	22,02
52.4	Sonstiger Facheinzelhandel (in Verkaufsräumen)	279,61
52.41	Einzelhandel mit Textilien	3,32
52.42	Einzelhandel mit Bekleidung	68,13
52.42.1	Einzelhandel mit Bekleidung o.a.S.	35,11
52.43	Einzelhandel mit Schuhen und Lederwaren ...	16,73
52.44	Einzelhandel mit Möbeln, Einrichtungsgegenständen und Hausrat	56,33
52.44.1	Einzelhandel mit Wohnmöbeln	47,82
52.45	Einzelhandel mit elektrischen Haushalts-, Rundfunk- und Fernsehgeräten sowie Musikinstrumenten	28,49
52.46	Einzelhandel mit Metallwaren, Anstrichmitteln, Bau- und Heimwerkerbedarf	37,80
52.47	Einzelhandel mit Büchern, Zeitschriften, Zeitungen, Schreibwaren und Bürobbedarf ...	12,74
52.48	Facheinzelhandel a.n.g. (in Verkaufsräumen) ..	56,07
52.6	Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	59,63
50	Kraftfahrzeughandel, Tankstellen	233,95
50.10.3	Einzelhandel mit Kraftwagen	205,13
50.30.3	Einzelhandel mit Kraftwagenteilen und Zubehör	12,08
50.40.3	Einzelhandel mit Krafträdern, -teilen und Zubehör	3,55
50.50	Tankstellen	13,19

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993.

Dipl.-Volkswirtin Birgit Frank-Bosch

Ost-West-Verdienstrelation

Eine Untersuchung mit Hilfe der laufenden Verdiensterhebung 2002

Das Verdienstniveau im Osten Deutschlands war im Jahr 2002 im Durchschnitt um 28% niedriger als im Westen. Die aus dem Verhältnis der Verdienste in den neuen Ländern und Berlin-Ost sowie im früheren Bundesgebiet errechnete Ost-West-Verdienstrelation variierte jedoch stark zwischen den Geschlechtern, von Arbeitnehmergruppe zu Arbeitnehmergruppe und von Wirtschaftszweig zu Wirtschaftszweig. Der Einfluss der unterschiedlichen Arbeitnehmerstrukturen auf das Verdienstniveau im Osten sowie im Westen soll in diesem Beitrag untersucht werden, der sich auf die Ergebnisse der laufenden Verdiensterhebung im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe bezieht.

Vorbemerkung

Die laufende Verdiensterhebung wird in vierteljährlichem Abstand für die Berichtsmonate Januar, April, Juli und Oktober im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe bei rund 40 000 repräsentativ ausgewählten Betrieben durchgeführt. Erhoben werden Daten für Arbeiter/-innen und Angestellte. Die Ergebnisse für Angestellte beziehen sich auf den gesamten Wirtschaftsbereich, Arbeiter/-innen werden nur im Produzierenden Gewerbe erfasst. Nicht einbezogen werden das Handwerk im Verarbeitenden Gewerbe und das Ausbaugewerbe, das überwiegend handwerklich strukturiert ist.

Die Erhebung informiert über die durchschnittlichen Bruttostunden-, Bruttowochen- und Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen sowie über die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Angestellten in den einzelnen Wirtschafts-

zweigen. Teilzeitbeschäftigte und ihre Verdienste werden nicht erfasst. Für die Arbeiter und Arbeiterinnen werden zusätzlich Angaben zur bezahlten Wochenarbeitszeit, auch zu Mehrarbeitsstunden, erfragt.

Aus den Ergebnissen der vier Berichtsmonate werden mit Hilfe einer linearen Regression Jahresdurchschnittswerte errechnet, die den folgenden Untersuchungen zugrunde liegen.

Die Ergebnisse für das Jahr 2002 beruhen im Dienstleistungsbereich auf einem neuen Berichtskreis. Um die Auswirkungen des Berichtskreiswechsels auf die Ergebnisse abschätzen zu können, ist für den Berichtsmonat Oktober 2001 eine Befragung des alten und neuen Berichtskreises durchgeführt worden. Aus den Ergebnissen beider Berichtskreise wurden Faktoren gebildet, mit deren Hilfe die Ergebnisse der Vorjahre auf den neuen Berichtskreis umgerechnet worden sind, um zeitliche Vergleiche zu ermöglichen.

1 Unterschiedliches Niveau der Verdienste im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe in Ost und West

Im gesamten Wirtschaftsbereich „Produzierendes Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe“ verdienen die vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen

Tabelle 1: Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmer/-innen im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe¹⁾ 2002

Arbeitnehmer- gruppen	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost		Ost-West- Verdienstreltation
	Bruttomonats- verdienst	Veränderung gegenüber 2001	Bruttomonats- verdienst	Veränderung gegenüber 2001	Bruttomonats- verdienst	Veränderung gegenüber 2001	
	EUR	%	EUR	%	EUR	%	
Produzierendes Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe							
Arbeitnehmer	2816	+3,0	2908	+2,9	2099	+3,0	72,2
Männer	2978	+2,8	3072	+2,6	2180	+2,9	71,0
Frauen	2345	+3,1	2413	+3,1	1921	+3,2	79,6
Arbeiter¹)	2396	+1,8	2480	+1,6	1833	+2,1	73,9
Männer	2484	+1,6	2568	+1,5	1902	+2,1	74,1
Frauen	1837	+1,8	1903	+1,8	1481	+2,9	77,8
Angestellte	3198	+3,9	3285	+3,7	2415	+4,0	73,5
Männer	3589	+3,6	3665	+3,5	2718	+4,0	74,2
Frauen	2517	+3,4	2582	+3,3	2095	+3,5	81,1
Produzierendes Gewerbe							
Arbeitnehmer ..	2823	+2,8	2920	+2,7	2088	+3,0	71,5
Männer	2934	+2,6	3031	+2,5	2185	+2,9	72,1
Frauen	2329	+3,4	2409	+3,4	1863	+3,2	77,3
Arbeiter¹)	2396	+1,8	2480	+1,6	1833	+2,1	73,9
Männer	2484	+1,6	2568	+1,5	1902	+2,1	74,1
Frauen	1837	+1,8	1903	+1,8	1481	+2,9	77,8
Angestellte	3627	+3,3	3716	+3,2	2759	+3,5	74,2
Männer	3946	+3,1	4015	+3,1	3102	+3,4	77,3
Frauen	2789	+3,5	2873	+3,5	2265	+3,3	78,8
Handel							
Angestellte	2602	+2,9	2690	+2,8	1929	+4,0	71,7
Männer	2952	+3,2	3045	+3,0	2141	+4,4	70,3
Frauen	2139	+1,6	2205	+1,6	1713	+3,7	77,7
Kredit- und Versicherungsgewerbe							
Angestellte	3180	+4,1	3230	+3,9	2668	+4,1	82,6
Männer	3580	+4,1	3610	+4,0	3028	+3,5	83,9
Frauen	2751	+3,7	2786	+3,4	2510	+4,4	90,1

1) Arbeiter/-innen werden nur im Produzierenden Gewerbe erfasst.

2002 in Deutschland monatlich durchschnittlich 2 816 Euro, das waren 3,0% mehr als im Vorjahr.¹⁾

Das Verdienstniveau war im Jahr 2002 in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit einem durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst der Arbeitnehmer in Höhe von 2 099 Euro immer noch wesentlich niedriger als im Westen. Hier verdienten die Arbeitnehmer 2 908 Euro. Die Ost-West-Verdienstrelation belief sich damit auf 72%. Dieser Ost-West-Relation der Effektivverdienste stand im Jahr 2002 eine vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) berechnete Ost-West-Relation des Tarifniveaus in Höhe von 93% gegenüber. Eingegangen in diese Berechnungen zum Tarifniveau Ost-West sind die tariflichen Grundvergütungen in den neuen Ländern und Berlin-Ost im Vergleich zum früheren Bundesgebiet auf der Basis von rund 40 ausgewählten Tarifbereichen²⁾.

Die Steigerung der Effektivverdienste gegenüber dem Vorjahr war in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit 3,0% und im früheren Bundesgebiet mit 2,9% etwa gleich hoch wie im gesamten Erhebungsgebiet. Damit ist im Jahr 2002 keine nennenswerte Angleichung der Ost- an die Westverdienste festzustellen.

2 Ost-West-Verdienstrelation im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe nach dem Geschlecht

Die männlichen Arbeitnehmer verdienten 2002 im früheren Bundesgebiet 3 072 Euro monatlich, ihre Kollegen in den neuen Ländern und Berlin-Ost 2 180 Euro, das waren 71% des durchschnittlichen Bruttomonatsverdienstes der männlichen Arbeitnehmer im Westen. Die Frauen verdienten absolut wesentlich weniger als ihre männlichen Kollegen, und zwar 2 413 Euro im Westen und 1 921 Euro im Osten. Der Unterschied zwischen Ost und West war bei den Frauen jedoch um einiges geringer als bei den Männern: Die Ost-West-Verdienstrelation belief sich bei den weiblichen Arbeitnehmern auf 80%.

Diese Unterschiede zeigen sich auch im geschlechtsspezifischen Verdienstabstand. Während die Frauen 2002 im früheren Bundesgebiet im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe 21% weniger verdienten als die Männer, lag der Verdienstabstand zwischen Männern

1) In Kapitel 7 werden ergänzende Ergebnisse ohne Einbeziehung Berlins dargestellt, um die Auswirkungen des relativ hohen Verdienstniveaus in Berlin-Ost zu eliminieren.

2) Siehe Bispinck, R./WSI – Tarifarchiv (Hrsg.): „Tarifpolitischer Halbjahresbericht – Eine Zwischenbilanz der Lohn- und Gehaltsrunde 2002“, Reihe „Informationen zur Tarifpolitik“, Düsseldorf, 2002, S. 5 (in Auszügen auch in WSI-Mitteilungen, Ausgabe 7/2002, S. 371 ff.).

und Frauen in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit 12% sehr viel niedriger.

Sowohl im früheren Bundesgebiet als auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost waren die Verdienststeigerungen bei den Frauen nur minimal höher als bei den Männern und konnten den geschlechtsspezifischen Verdienstabstand kaum vermindern: Im Westen erhöhten sich die Frauenverdienste um 3,1%, die der Männer um 2,6%; im Osten stiegen die Verdienste der Frauen um 3,2%, die der Männer um 2,9%.

3 Ost-West-Verdienstrelation im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe nach Arbeitnehmergruppen und Wirtschaftsbereichen

3.1 Produzierendes Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe

Im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe verdienten die Angestellten im Jahr 2002 in Deutschland durchschnittlich 3 198 Euro, im früheren Bundesgebiet 3 285 Euro und in den neuen Ländern und Berlin-Ost 2 415 Euro. Die daraus errechnete Ost-West-Verdienstrelation war bei den Angestellten mit 74% etwas höher als bei den Arbeitnehmern (72%).

Da die Arbeiter und Arbeiterinnen nur im Produzierenden Gewerbe erfasst werden, gehen die dort erzielten Durchschnittsverdienste der Arbeiter/-innen in die Berechnung der Arbeitnehmerverdienste des gesamten Wirtschaftsreichs ein.

3.2 Produzierendes Gewerbe

Im Produzierenden Gewerbe waren 2002 in Deutschland 65% aller Arbeitnehmer als Arbeiter/-in tätig. Sie erzielten bei einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 37,9 Stunden einen durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst in Höhe von 2 396 Euro. Im früheren Bundesgebiet verdienten die Arbeiter/-innen bei einer Wochenarbeitszeit von 37,6 Stunden 2 480 Euro, die Arbeiter/-innen im Osten trotz einer zwei Stunden längeren Arbeitszeit von 39,6 Stunden monatlich deutlich weniger, und zwar 1 833 Euro. Die Ost-West-Verdienstrelation belief sich bei den Bruttomonatsverdiensten auf 74%, bei den Bruttostundenverdiensten nur auf 70%. Die Zunahme der Bruttomonatsverdienste im Osten war mit 2,1% nicht wesentlich höher als im Westen (+ 1,6%).

Die Angestellten verdienten im Produzierenden Gewerbe im früheren Bundesgebiet durchschnittlich 3 716 Euro und in den neuen Ländern und Berlin-Ost 2 759 Euro. Bei den Bruttomonatsverdiensten der Angestellten des Produzierenden Gewerbes war die Ost-West-Relation mit 74% gleich hoch wie bei den Arbeiterinnen und Arbeitern. Die Steigerung der Bruttomonatsverdienste der Angestellten gegenüber dem Vorjahr war mit 3,2% im Westen und 3,5% im Osten zwar höher als die der Arbeiter/-innen, die nur unwesentlich höhere Steigerung im Osten bewirkte jedoch auch

bei den Angestellten nur eine minimale Angleichung des Verdienstniveaus an das im Westen.

3.3 Dienstleistungsgewerbe

Die Ergebnisse für das Dienstleistungsgewerbe beziehen sich auf einen neuen Berichtskreis. Um einen Vergleich mit dem Vorjahr zu ermöglichen, sind die Ergebnisse des Jahres 2001 auf den neuen Berichtskreis umgerechnet worden und deshalb mit den für 2001 veröffentlichten Werten nicht voll vergleichbar. In der Regel führen Berichtskreiswechsel zu niedrigeren Durchschnittsverdiensten, da das Verdienstniveau in „sterbenden“ Berichtskreisen, bei denen meist schwächere Betriebe mit einem niedrigeren Verdienstniveau ausgefallen sind, oft überzeichnet wird.

Da im Dienstleistungsgewerbe lediglich Angestellte erfasst werden, können die Bruttomonatsverdienste in diesem Wirtschaftsbereich nur den Angestelltenverdiensten im Produzierenden Gewerbe gegenübergestellt werden. Im Dienstleistungsgewerbe verdienten auch im Jahr 2002 die Angestellten in Deutschland mit 2 602 Euro im Handel und 3 180 Euro im Kredit- und Versicherungsgewerbe deutlich weniger als die Angestellten im Produzierenden Gewerbe mit 3 627 Euro.

Die Angestellten erzielten im Handel 2,9% mehr als im Vorjahr, wobei in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit einer Zunahme von 4,0% eine leichte Annäherung an das Westniveau erreicht wurde (Westen: + 2,8%). Im Kredit- und Versicherungsgewerbe erhöhten sich die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Angestellten um 4,1%.

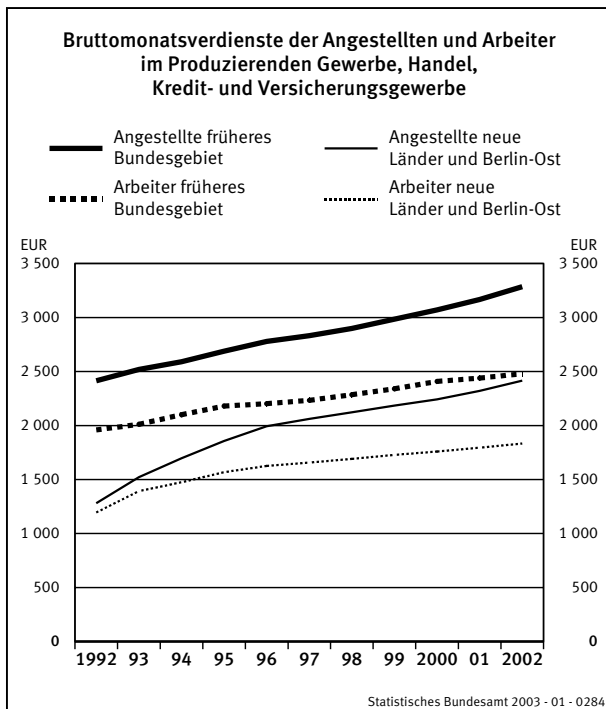
Dabei ist der Abstand zwischen den Ost- und den Westverdiensten im Kredit- und Versicherungsgewerbe geringer als im Produzierenden Gewerbe und im Handel. Die Ost-West-Relation lag im Jahr 2002 im Kredit- und Versicherungsgewerbe bei 83%, wobei die weiblichen Angestellten eine Relation von rund 90% erreichten. Im Handel war die Ost-West-Relation mit 72% etwas niedriger als bei den Angestellten des Produzierenden Gewerbes (74%).

4 Entwicklung im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe seit 1992

Betrachtet man die mittelfristige Entwicklung im Westen und im Osten, so zeigt sich kein einheitliches Bild.

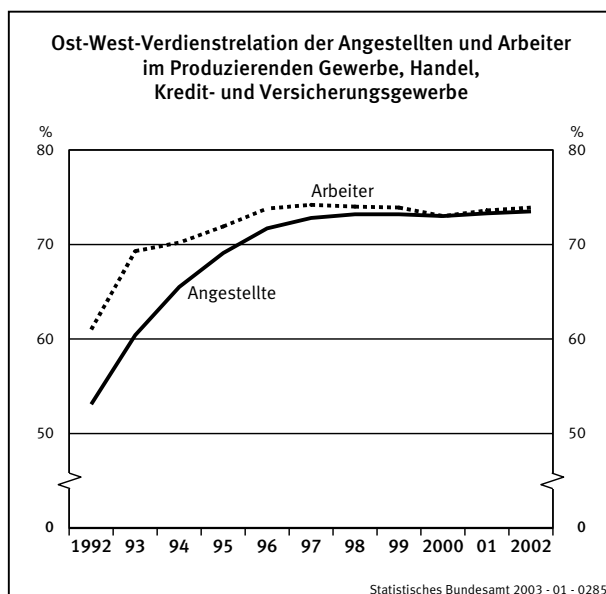
Während die Angestellten 2002 im früheren Bundesgebiet 36% mehr verdienten als 1992, machte die entsprechende Verdienststeigerung in den neuen Ländern und Berlin-Ost 89% aus. Der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst betrug 1992 im Westen 2 414 Euro, im Osten wurden in diesem Jahr mit durchschnittlich 1 281 Euro nur 53% des westlichen Verdienstniveaus erreicht. 1995 hatten sich die Ostverdienste mit durchschnittlich 1 857 Euro bereits stark an das Westniveau (2 689 Euro) angeglichen, die Ost-West-Verdienstrelation betrug in diesem Jahr 69%. Im Jahr 2000 erzielten die Angestellten im Osten 73% der westdeutschen Bruttomonatsverdienste. Seitdem nahm die Ost-West-Verdienstrelation kaum mehr zu.

Schaubild 1



Die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Arbeiter/-innen stiegen im Westen von 1960 Euro im Jahr 1992 um 27% bis zum Berichtsjahr an, im Osten war die Zunahme doppelt so hoch. Die Arbeiter/-innen im Osten verdienten mit 1 195 Euro im Jahr 1992 damit 61% des Bruttomonatsverdienstes der Arbeiter/-innen im Westen. Auch bei den Arbeiterinnen und Arbeitern war bereits im Jahr 1995 eine weitgehende Angleichung an das Westniveau vollzogen. Die Arbeiter/-innen verdienten 1995 in den neuen Ländern mit 1 568 Euro 72% des im Westen erzielten Bruttomonatsverdienstes. Bei den Arbeiterinnen und Arbeitern liegt die Ost-West-Verdienstrelation seit dem Jahr 2000 bei 73 bis 74%.

Schaubild 2



5 Verdienste im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe nach den ausgeübten Tätigkeiten

Um den Einfluss der ausgeübten Tätigkeiten auf das Verdienstniveau beurteilen zu können, werden in der Verdienststatistik Leistungsgruppen gebildet. Bei den Arbeiterinnen und Arbeitern werden dabei ungelernete Kräfte (Leistungsgruppe 3), angelernte Kräfte (Leistungsgruppe 2) und Fachkräfte (Leistungsgruppe 1) unterschieden, das heißt es wird danach differenziert, ob Kenntnisse für die Durchführung der Tätigkeit notwendig sind und in welcher Qualität.

Die Angestelltentätigkeiten werden wegen der breiter gestreuten Anforderungen in fünf Leistungsgruppen gegliedert. Bei den Angestellten wird neben dem Ausbildungsniveau auch die Selbstständigkeit, Verantwortlichkeit und Entscheidungsbefugnis bei der Unterteilung nach Leistungsgruppen berücksichtigt. Die in der Leistungsgruppe I zusammengefassten Leitenden Angestellten werden in den laufenden Verdiensterhebungen nicht erfasst. Zur Leistungsgruppe II gehören Angestellte mit eingeschränkten Dispositionsbefugnissen, zur Leistungsgruppe III Angestellte, die selbstständige Tätigkeiten ausüben, die neben einer Berufsausbildung noch Spezialkenntnisse in einem Fachgebiet verlangen. Der Leistungsgruppe IV werden Angestellte mit Tätigkeiten zugeordnet, die eine Berufsausbildung verlangen, während Angestellte mit Tätigkeiten, die keine Berufsausbildung erfordern, zur Leistungsgruppe V gerechnet werden.

5.1 Verdienste der Angestellten im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe nach Leistungsgruppen in Ost und West

Bei den Angestellten variierten im Jahr 2002 die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste in Deutschland von 4 362 Euro in der Leistungsgruppe II bis 1 754 Euro in der Leistungsgruppe V. Dabei waren die Verdienstunterschiede zwischen den einzelnen Leistungsgruppen sehr stark ausgeprägt. In der Leistungsgruppe II verdienten die Angestellten rund 45% mehr als in der Leistungsgruppe III und fast das Zweieinhalbfache der Leistungsgruppe V.

Auch die Ost-West-Verdienstrelation wies in den einzelnen Leistungsgruppen starke Unterschiede auf. Sie war in der Leistungsgruppe II mit 74% am niedrigsten und nahm dann von Leistungsgruppe zu Leistungsgruppe zu. In der Leistungsgruppe V – mit den niedrigsten Durchschnittsverdiensten – war die Ost-West-Verdienstrelation mit 86% am höchsten.

Dabei waren die Verdienststeigerungen in der Leistungsgruppe II in allen Gebietsständen höher als in den übrigen Leistungsgruppen. In den neuen Ländern und Berlin-Ost nahmen die Bruttomonatsverdienste in der Leistungsgruppe II um 5,5% und damit stärker zu als im früheren Bundesgebiet (3,9%). Die in der Leistungsgruppe V erzielten Verdienste hingegen erhöhten sich im Osten mit 1,8% gegenüber dem Vorjahr deutlich schwächer als im Westen (3,3%). Im Osten fand somit eine Verschiebung zugunsten der qualifizierteren Angestellten statt.

Tabelle 2: Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Angestellten im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe 2002

Geschlecht Leistungsgruppen	Deutschland			Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost			Ost-West- Verdienst- relation
	Beschäftigten- anteil	Brutto- monats- verdienst	Veränderung gegenüber 2001	Beschäftigten- anteil	Brutto- monats- verdienst	Veränderung gegenüber 2001	Beschäftigten- anteil	Brutto- monats- verdienst	Veränderung gegenüber 2001	
	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%	
Insgesamt	100	3 198	+3,9	100	3 285	+3,7	100	2 415	+4,0	73,5
Leistungsgruppe II ...	30,7	4 362	+4,2	31,5	4 452	+3,9	24,0	3 292	+5,5	73,9
Leistungsgruppe III ..	44,9	3 010	+3,1	44,6	3 084	+2,9	46,9	2 371	+3,4	76,9
Leistungsgruppe IV ..	21,4	2 134	+2,6	20,8	2 184	+2,6	26,7	1 786	+3,3	81,8
Leistungsgruppe V ..	3,0	1 754	+3,4	3,1	1 774	+3,3	2,5	1 523	+1,8	85,9
Männer	63,7	3 589	+3,6	65,1	3 665	+3,5	51,5	2 718	+4,0	74,2
Leistungsgruppe II ...	40,1	4 500	+4,0	40,7	4 574	+3,9	33,2	3 468	+5,2	75,8
Leistungsgruppe III ..	44,0	3 234	+3,0	43,8	3 297	+2,8	46,1	2 549	+3,4	77,3
Leistungsgruppe IV ..	14,2	2 329	+2,8	13,7	2 378	+2,7	19,0	1 923	+3,9	80,9
Leistungsgruppe V ..	1,8	1 889	+4,0	1,8	1 913	+4,1	1,8	1 591	+1,8	83,2
Frauen	36,3	2 517	+3,4	34,9	2 582	+3,3	48,5	2 095	+3,5	81,1
Leistungsgruppe II ...	14,3	3 687	+4,0	14,3	3 813	+3,6	14,3	2 864	+5,9	75,1
Leistungsgruppe III ..	46,4	2 638	+3,0	46,3	2 710	+2,9	47,6	2 190	+3,0	80,8
Leistungsgruppe IV ..	34,0	1 993	+2,0	33,9	2 038	+2,1	34,8	1 708	+2,8	83,8
Leistungsgruppe V ..	5,2	1 673	+3,0	5,5	1 690	+2,9	3,3	1 487	+1,6	88,0

Bei den Männern und bei den Frauen sind tendenziell die gleichen Ost-West-Verdienstrelationen in den Leistungsgruppen festzustellen. Bei den Männern streuten sie von 76% in der Leistungsgruppe II bis 83% in der Leistungsgruppe V, bei den Frauen etwas weiter, und zwar von 75% in der Leistungsgruppe II bis 88% in der Leistungsgruppe V.

5.2 Unterschiedliche Leistungsgruppenstruktur in Ost und West

In den neuen Ländern und Berlin-Ost gehörten im Berichtsjahr zur Leistungsgruppe II mit 24% aller Angestellten relativ weniger Beschäftigte als im Westen mit 32%. Die Leistungsgruppe IV hingegen war im Osten mit 27% stärker besetzt als im Westen mit 21%. Die meisten Angestellten waren hier wie dort der Leistungsgruppe III zugeordnet.

Vergleicht man die geschlechtsspezifische Leistungsgruppenstruktur, so zeigt sich, dass sie sich bei den Frauen im Osten stark an die des Westens angeglichen hat. Der Leistungsgruppe II sind im Osten wie im Westen 14% der weiblichen Angestellten zugeordnet, der Leistungsgruppe III 46% im Westen und knapp 48% im Osten und der Leistungsgruppe IV 34% im Westen und 35% im Osten. Die Unterschiede sind damit sehr viel geringer als bei den männlichen Angestellten und ursächlich für die wesentlich höhere

Ost-West-Verdienstrelation der weiblichen Angestellten insgesamt (81% gegenüber 74% bei den Männern).

Die Leistungsgruppenstruktur im Osten ist zwischen Männern und Frauen ähnlicher als im Westen. Leistungsgruppe III und IV, die wichtigsten Leistungsgruppen für die Frauen in Ost und West, sind in den neuen Ländern und Berlin-Ost auch bei den Männern stärker besetzt als im früheren Bundesgebiet. Zur Leistungsgruppe II, das ist die Leistungsgruppe mit den höchsten monatlichen Durchschnittsverdiensten, gehörten im Berichtsjahr im Osten 33%, im Westen hingegen 41% der männlichen Angestellten. Deshalb war der geschlechtsspezifische Verdienstunterschied insgesamt im Osten mit 23% niedriger als im Westen (30%). Am niedrigsten war der Verdienstunterschied zwischen Männern und Frauen im Osten in der homogenen Leistungsgruppe V: Hier verdienten die Frauen im Jahr 2002 nur 6,5% weniger als ihre männlichen Kollegen, im Westen lag der entsprechende Wert bei 12%.

5.3 Hypothetische Verdienste der Angestellten im Osten mit der west-deutschen Leistungsgruppenstruktur

Rechnet man die im Osten erzielten Verdienste auf die Leistungsgruppenstruktur des Westens um, so erhält man kor-

Tabelle 3: Ost-West-Verdienstrelation der Angestellten im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe

Jahr	West- verdienste	Ost- verdienste	Verdienst- abstand absolut	Ost-West- Verdienst- relation	Ostverdienste korrigiert mit der Leistungsgruppenstruktur des Westens			Ostverdienste korrigiert mit der Wirtschaftszweigstruktur des Westens		
					Ost- verdienste neu	Ost-West- Verdienst- relation	Veränderung der Verdienst- relation durch diese Anpassung	Ost- verdienste neu	Ost-West- Verdienst- relation	Veränderung der Verdienst- relation durch diese Anpassung
					EUR	%	Prozent- punkte	EUR	%	Prozent- punkte
1992	2 414	1 281	1 133	53,1	1 424	59,0	+5,9	1 308	54,2	+1,1
1995	2 689	1 857	832	69,1	2 058	76,5	+7,4	1 910	71,0	+1,9
2000	3 071	2 242	829	73,0	2 406	78,3	+5,3	2 343	76,3	+3,3
2001	3 167	2 321	846	73,3	2 497	78,8	+5,5	2 421	76,4	+3,1
2002	3 285	2 415	870	73,5	2 513	76,5	+3,0	2 511	76,4	+2,9

rigierte Ost-West-Relationen, die den Einfluss der unterschiedlichen Leistungsgruppenstrukturen in Ost und West eliminieren.

Eine Korrektur der Ostverdienste mit der Leistungsgruppenstruktur des Westens führt in den betrachteten Jahren des vergangenen Jahrzehnts durchweg zu höheren Ost-West-Relationen. Die Leistungsgruppenstruktur im früheren Bundesgebiet war somit für das absolute Verdienstniveau der Angestellten günstiger als die Leistungsgruppenstruktur in den neuen Ländern und Berlin-Ost, das heißt es waren im Westen relativ mehr Angestellte den Leistungsgruppen mit höherem Verdienstniveau zugeordnet als im Osten.

Im Zeitverlauf nahm die durch diese Korrektur erzielte Veränderung der Ost-West-Verdienstrelationen von 5,9 im Jahr 1992 auf 3,0 Prozentpunkte im Berichtsjahr ab. Das bedeutet, dass sich die tatsächliche Leistungsgruppenstruktur im Osten gegenüber 1992 verbessert hat.

5.4 Verdienste der Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe nach Leistungsgruppen in Ost und West

Die Verdienste der Arbeiter und Arbeiterinnen streuten von 2 648 Euro in der Leistungsgruppe 1 bis 1 948 Euro in der Leistungsgruppe 3. Die Facharbeiter/-innen verdienten damit 36% mehr als die ungelernten Kräfte und 21% mehr als die angelernten Arbeiter/-innen. Damit sind die Verdienstunterschiede zwischen den Leistungsgruppen wesentlich schwächer ausgeprägt als bei den Angestellten.

Dabei war die Ost-West-Verdienstrelation – wie auch bei den Angestellten – in der Leistungsgruppe mit den niedrigsten Durchschnittsverdiensten am höchsten (78%). In den Leistungsgruppen 1 und 2 betrug sie rund 74%. Die Bruttomonatsverdienste nahmen im Osten in der Leistungsgruppe 1 mit 2,4% und in der Leistungsgruppe 3 mit 2,0% etwas stärker zu als im Westen (1,3 bzw. 1,4%).

Die Ost-West-Verdienstrelation war im Berichtsjahr bei den Frauen um fast 4 Prozentpunkte höher als bei den Männern. Dies lässt sich auf relativ höhere Verdienste der Frauen im Osten in der Leistungsgruppe 3 zurückführen. In dieser Leis-

tungsgruppe erreichte die Ost-West-Verdienstrelation bei den Frauen rund 80%, bei den Männern 77%, in den übrigen Leistungsgruppen wurden Relationen in Höhe von 74% errechnet. Auch die Verdienststeigerungen waren bei den Frauen in den neuen Ländern mit 2,9% höher als bei den Männern (2,1%) und höher als bei den Frauen im Westen (1,8%). Hier hat sich eine leichte Angleichung zugunsten der Frauen im Osten vollzogen.

Im früheren Bundesgebiet verdienten die Facharbeiterinnen mit 2 291 Euro 16% weniger als die Facharbeiter. In den neuen Ländern und Berlin-Ost lag der Verdienstabstand zu den männlichen Kollegen in dieser Leistungsgruppe mit 18% etwas höher. Dabei stiegen die Verdienste der Facharbeiterinnen im Osten um 3,9% und damit stärker als bei den Facharbeiterinnen im Westen (1,5%) und bei den Facharbeitern im Osten (2,3%).

5.5 Unterschiedliche Leistungsgruppenstruktur in Ost und West

Auch im Beobachtungszeitraum waren Frauen überdurchschnittlich häufig mit weniger qualifizierten und deshalb geringer entlohten Tätigkeiten beschäftigt. Frauen übten auch in weitaus geringerem Umfang als Männer Tätigkeiten aus, bei denen höhere Anforderungen an die Qualifikation und an die Ausbildung gestellt werden. Das führte zu unterschiedlichen Leistungsgruppenstrukturen von Männern und Frauen.

Im früheren Bundesgebiet übten im Berichtsjahr nur 11% der Frauen Facharbeitertätigkeiten aus, bei den Männern betrug dieser Anteil 60%. Mit ungelernten Tätigkeiten waren knapp die Hälfte der Frauen beschäftigt, jedoch nur 10% der Männer. In den neuen Ländern waren 22% der Frauen Facharbeiterinnen und 24% ungelernte Kräfte. Der überwiegende Anteil der Frauen wurde angelernt (54%). Diese Leistungsgruppenstruktur der Frauen in den neuen Ländern und Berlin-Ost ist für das Verdienstniveau der Arbeiterinnen insgesamt günstiger als die Leistungsgruppenstruktur im Westen. Deshalb lassen sich bei den Frauen die höchsten Ost-West-Verdienstrelationen ermitteln. Bei den Männern sind die Strukturen in Ost und West ähnlicher. Auch im Osten waren

Tabelle 4: Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe 2002

Geschlecht Leistungsgruppen	Deutschland			Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost			Ost-West-Verdienstrelation
	Beschäftigtenanteil	Bruttomonatsverdienst	Veränderung gegenüber 2001	Beschäftigtenanteil	Bruttomonatsverdienst	Veränderung gegenüber 2001	Beschäftigtenanteil	Bruttomonatsverdienst	Veränderung gegenüber 2001	
	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%	
Insgesamt	100	2 396	+ 1,8	100	2 480	+ 1,6	100	1 833	+ 2,1	73,9
Leistungsgruppe 1 ..	52,7	2 648	+ 1,5	53,5	2 731	+ 1,3	47,2	2 024	+ 2,4	74,1
Leistungsgruppe 2 ..	32,7	2 195	+ 2,0	31,4	2 295	+ 1,9	41,8	1 687	+ 1,4	73,5
Leistungsgruppe 3 ..	14,6	1 948	+ 1,5	15,1	1 989	+ 1,4	11,0	1 555	+ 2,0	78,2
Männer	86,6	2 484	+ 1,6	87,0	2 568	+ 1,5	84,0	1 902	+ 2,1	74,1
Leistungsgruppe 1 ..	58,9	2 665	+ 1,4	59,9	2 743	+ 1,2	52,1	2 052	+ 2,3	74,8
Leistungsgruppe 2 ..	31,1	2 275	+ 1,8	29,9	2 372	+ 1,6	39,4	1 757	+ 1,4	74,1
Leistungsgruppe 3 ..	10,0	2 075	+ 1,4	10,2	2 127	+ 1,3	8,5	1 629	+ 1,6	76,6
Frauen	13,4	1 837	+ 1,8	13,0	1 903	+ 1,8	16,0	1 481	+ 2,9	77,8
Leistungsgruppe 1 ..	12,8	2 129	+ 2,1	11,1	2 291	+ 1,5	21,6	1 683	+ 3,9	73,5
Leistungsgruppe 2 ..	43,2	1 826	+ 1,9	41,1	1 924	+ 2,1	54,2	1 425	+ 2,2	74,1
Leistungsgruppe 3 ..	44,1	1 764	+ 1,5	47,8	1 796	+ 1,5	24,2	1 427	+ 3,6	79,5

im Jahr 2002 mehr als die Hälfte der Männer als Facharbeiter tätig und der geringste Anteil (8,5%) als ungelernte Kräfte. 40% der Arbeiter wurden angelernt.

5.6 Hypothetische Verdienste der Arbeiter/-innen im Osten mit der westdeutschen Leistungsgruppenstruktur

Rechnet man die von den Arbeitern und Arbeiterinnen im Osten erzielten Verdienste auf die Leistungsgruppenstruktur des Westens um, so erhält man korrigierte Ost-West-Verdienstrelationen, die den Einfluss der unterschiedlichen Tätigkeiten in Ost und West eliminieren.

Eine Korrektur der Ostverdienste mit der Leistungsgruppenstruktur des Westens führte in den betrachteten Jahren nur zu einer minimalen Verbesserung der Ost-West-Verdienstrelation. Der größte Unterschied wurde mit rund einem Prozentpunkt für 1995 errechnet. Sowohl 1992 als auch in den Jahren 2000 bis 2002 lagen die Werte niedriger. Die Unterschiede der Leistungsgruppenstrukturen im Osten und im Westen waren somit von Anfang an bei den Arbeiterinnen und Arbeitern wesentlich geringer als bei den Angestellten.

5.7 Hypothetische Verdienste der Arbeiter/-innen im Osten mit der westdeutschen Leistungsgruppenstruktur und Arbeitszeit

Wie in Abschnitt 3.2 ausgeführt, mussten die Arbeiter und Arbeiterinnen im Osten im Jahr 2002 im Durchschnitt zwei Stunden pro Woche länger arbeiten als im Westen, um die bisher diskutierten Bruttomonatsverdienste zu erzielen. Eine Korrektur der Verdienste in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit der Leistungsgruppenstruktur und der Arbeitszeit im früheren Bundesgebiet führte deshalb im Berichtsjahr zu einer Verschlechterung der Ost-West-Verdienstrelation bei den Arbeitern und Arbeiterinnen um rund 3 Prozentpunkte (siehe Tabelle 5). Fast dieselben Ergebnisse sind für die Jahre 2000 und 2001 festzustellen. Auch in diesen beiden Jahren war die bezahlte Wochenarbeitszeit im Osten (2000: 39,9 Stunden, 2001: 39,8 Stunden) um zwei Stunden höher als im Westen.

1992 war die hypothetische Ost-West-Relation, bei der die Verdienste in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit der Leistungsgruppenstruktur und Arbeitszeit im früheren Bundesgebiet umgerechnet wurden, rund 2 Prozentpunkte niedriger als die tatsächliche. Für 1995 wurde ein Unterschied von knapp einem Prozentpunkt errechnet.

6 Verdienste im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe nach Wirtschaftszweigen in Ost und West

6.1 Verdienste der Angestellten nach Wirtschaftszweigen in Ost und West

Die Angestelltenverdienste im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe schwankten 2002 im früheren Bundesgebiet zwischen 4 355 Euro in der Mineralölverarbeitung (einschl. Kokerei, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen) und 2 285 Euro im Einzelhandel, in den neuen Ländern und Berlin-Ost zwischen 3 340 Euro ebenfalls in der Mineralölverarbeitung und 1 719 Euro im Bekleidungsgewerbe. Dabei machte sowohl im Westen als auch im Osten der höchste Bruttomonatsverdienst fast das Doppelte des niedrigsten Bruttomonatsverdienstes aus. Sowohl im Westen als auch im Osten lag an zweiter Stelle der Fahrzeugbau. Dieser war im Gegensatz zur Mineralölverarbeitung, in der deutlich weniger als 1% der Angestellten beschäftigt waren, im Westen mit 6,3% der Angestellten und im Osten mit 2,9% stark besetzt.

Am stärksten besetzt waren im Westen das Kredit- und Versicherungsgewerbe mit 18%, der Großhandel mit 15% und der Einzelhandel mit 14%, im Osten dieselben Wirtschaftsbereiche lediglich in einer anderen Reihenfolge: Mit 17% hatte hier der Einzelhandel die meisten Angestellten. Im Produzierenden Gewerbe waren im Westen die meisten Angestellten im Wirtschaftszweig „Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik“ (8%) beschäftigt und im

Tabelle 5: Ost-West-Verdienstrelation der Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe

Jahr	West-verdienste	Ost-verdienste	Verdienst-abstand absolut	Ost-West-Verdienstrelation	Ostverdienste korrigiert mit der Leistungsgruppenstruktur des Westens			Ostverdienste korrigiert mit der Leistungsgruppenstruktur und den Arbeitszeiten des Westens			Ostverdienste korrigiert mit der Wirtschaftszweigstruktur des Westens		
					Ost-verdienste neu	Ost-West-Verdienstrelation	Veränderung der Verdienstrelation durch die Anpassung	Ost-verdienste neu	Ost-West-Verdienstrelation	Veränderung der Verdienstrelation durch die Anpassung	Ost-verdienste neu	Ost-West-Verdienstrelation	Veränderung der Verdienstrelation durch die Anpassung
					EUR	%	Prozentpunkte	EUR	%	Prozentpunkte	EUR	%	Prozentpunkte
1992	1960	1195	765	61,0	1199	61,2	+0,2	1149	58,6	-2,4	1138	58,1	-2,9
1995	2180	1568	612	71,9	1593	73,1	+1,2	1557	71,4	-0,5	1557	71,4	-0,5
2000	2409	1759	650	73,0	1766	73,3	+0,3	1680	69,7	-3,3	1794	74,5	+1,5
2001	2440	1795	645	73,6	1806	74,0	+0,4	1715	70,3	-3,3	1830	75,0	+1,4
2002	2480	1833	647	73,9	1847	74,5	+0,6	1761	71,0	-2,9	1869	75,4	+1,5

Tabelle 6: Durchschnittliche Bruttonomatsverdienste der Angestellten im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe 2002

Wirtschaftszweig (H. v. = Herstellung von)	Deutschland			Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost			Ost-West- Ver- dienst- relation
	Bruttonomats- verdienst		Beschäf- tigten- anteil	Bruttonomats- verdienst		Beschäf- tigten- anteil	Bruttonomats- verdienst		Beschäf- tigten- anteil	
	EUR	Rang		%	EUR		Rang	%		
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	4 216	1	0,2	4 355	1	0,2	3 340	1	0,3	76,7
Fahrzeugbau	4 212	2	6,0	4 264	2	6,3	3 197	2	2,9	75,0
H. v. Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik .	3 898	3	8,1	3 964	3	8,3	3 048	4	5,9	76,9
Chemische Industrie	3 715	4	5,0	3 763	4	5,3	2 890	6	2,8	76,8
Maschinenbau	3 705	5	7,5	3 755	5	7,9	2 849	7	4,2	75,9
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	3 526	6	0,6	3 603	6	0,5	3 070	3	0,9	85,2
Metallerzeugung und -bearbeitung, H. v. Metallerzeugnissen	3 484	7	4,2	3 561	7	4,3	2 669	9	3,6	75,0
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	3 407	8	3,4	3 463	10	3,4	2 819	8	3,0	81,4
Energie- und Wasserversorgung	3 374	9	2,8	3 516	9	2,4	2 894	5	6,4	82,3
Hoch- und Tiefbau	3 305	10	2,9	3 522	8	2,5	2 551	11	6,4	72,4
H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	3 298	11	1,9	3 367	11	2,0	2 449	13	1,4	72,7
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	3 206	12	2,1	3 320	13	2,1	2 426	15	2,7	73,1
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	3 194	13	1,3	3 331	12	1,2	2 519	12	2,2	75,6
Kredit- und Versicherungsgewerbe	3 180	14	17,5	3 230	14	17,8	2 668	10	15,2	82,6
H. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen; Recycling	3 091	15	1,0	3 191	15	1,0	2 153	16	1,0	67,5
Ledergewerbe	3 086	16	0,2	3 127	16	0,2	1 949	19	0,1	62,3
Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	2 986	17	14,9	3 070	17	15,1	2 096	17	12,6	68,3
Holzgewerbe (ohne H. v. Möbeln)	2 985	18	0,3	3 070	18	0,3	2 429	14	0,5	79,1
Textilgewerbe	2 920	19	0,6	3 047	19	0,6	2 012	18	0,8	66,0
Bekleidungsgewerbe	2 847	20	0,4	2 908	20	0,5	1 719	22	0,2	59,1
Kraftfahrzeughandel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen; Tankstellen	2 537	21	5,1	2 679	21	4,6	1 915	20	9,5	71,5
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und Tankstellen); Reparatur von Gebrauchsgütern	2 228	22	13,9	2 285	22	13,5	1 815	21	17,4	79,4

Osten in der Energie- und Wasserversorgung sowie im Hoch- und Tiefbau mit jeweils 6%.

Die Rangfolge der Wirtschaftszweige nach dem Bruttonomatsverdienst zeigte bei den Angestellten in Ost und West größere Abweichungen als bei den Arbeiterinnen und Arbeitern.

Die Ost-West-Verdienstrelation streute zwischen 85% im Bergbau und 59% im Bekleidungsgewerbe. In beiden Wirtschaftszweigen waren jedoch weniger als 1% der Angestellten tätig. Auch in den drei stark besetzten Wirtschaftszweigen des Dienstleistungsgewerbes bewegten sich die Ost-West-Verdienstrelationen zwischen 68% und 83%. Im Produzierenden Gewerbe lagen die meisten Werte zwischen 72 und 76%.

6.2 Hypothetische Verdienste der Angestellten im Osten mit der west-deutschen Wirtschaftszweigstruktur

Wie bereits ausgeführt, wich 2002 die Reihenfolge der Wirtschaftszweige nach dem Bruttonomatsverdienst im Osten nicht unerheblich von der des Westens ab. So erhöhte die Korrektur der Ostverdienste mit der Wirtschaftszweigstruktur des Westens die Ost-West-Verdienstrelation aller Angestellten des Produzierenden Gewerbes, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbes um 3 Prozentpunkte. In den Jahren 2000 und 2001 lag der hypothetische Durchschnitts-

verdienst ebenfalls um 3 Prozentpunkte über dem tatsächlichen Wert (siehe Tabelle 3).

In den Jahren 1992 und 1995 verbesserte die Umrechnung der Ostverdienste auf die westdeutsche Besetzung der Wirtschaftszweige die Ost-West-Verdienstrelation der Angestellten insgesamt um 1 bis 2 Prozentpunkte. In allen betrachteten Jahren war somit die westdeutsche Beschäftigtenstruktur nach Wirtschaftszweigen für das Verdienstniveau günstiger als die ostdeutsche.

6.3 Verdienste der Arbeiter/-innen nach Wirtschaftszweigen in Ost und West

Im Produzierenden Gewerbe streuten im Jahr 2002 die durchschnittlichen Bruttonomatsverdienste der Arbeiter/-innen im früheren Bundesgebiet zwischen 3 235 Euro in der Mineralölverarbeitung (einschl. Kokerei, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen) und 1 693 Euro im Bekleidungsgewerbe. In den neuen Ländern und Berlin-Ost war das absolute Verdienstniveau zwar durchweg geringer, die Wirtschaftszweige mit dem höchsten und niedrigsten Verdienstniveau waren jedoch identisch. In beiden Gebietsständen lag die Energie- und Wasserversorgung hinsichtlich der Höhe der Bruttonomatsverdienste auf Rang 2, der Fahrzeugbau auf Rang 3.

Die Wirtschaftszweige mit dem höchsten und dem niedrigsten Verdienstniveau beschäftigten jedoch jeweils weniger

Tabelle 7: Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe 2002

Wirtschaftszweig (H. v. = Herstellung von)	Deutschland			Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost			Ost-West- Ver- dienst- relation
	Bruttomonats- verdienst		Beschäf- tigten- anteil	Bruttomonats- verdienst		Beschäf- tigten- anteil	Bruttomonats- verdienst		Beschäf- tigten- anteil	
	EUR	Rang	%	EUR	Rang	%	EUR	Rang	%	
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	3071	1	0,2	3235	1	0,2	2395	1	0,3	74,0
Fahrzeugbau	2794	2	15,3	2848	3	16,3	2139	3	8,9	75,1
Energie- und Wasserversorgung	2773	3	2,2	2883	2	2,0	2327	2	3,3	80,7
Chemische Industrie	2579	4	5,0	2640	4	5,2	1981	5	3,6	75,0
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	2516	5	1,7	2599	5	1,7	2002	4	1,8	77,0
Maschinenbau	2499	6	12,3	2553	6	13,0	1930	7	8,1	75,6
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	2486	7	4,8	2538	7	5,0	1956	6	3,3	77,1
Metallerzeugung und -bearbeitung, H. v. Metallerzeugnissen	2380	8	13,6	2446	8	13,9	1855	8	11,6	75,8
Hoch- und Tiefbau	2258	9	14,3	2411	9	12,4	1790	10	27,2	74,2
H. v. Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	2215	10	8,7	2268	11	8,9	1803	9	7,7	79,5
H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	2214	11	3,7	2321	10	3,4	1755	11	5,3	75,6
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	2193	12	5,8	2247	13	6,1	1623	14	3,8	72,2
Holzgewerbe (ohne H. v. Möbeln)	2162	13	5,5	2260	12	5,2	1680	12	7,1	74,3
H. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen; Recycling	2120	14	1,4	2201	14	1,4	1650	13	1,6	75,0
Textilgewerbe	2047	15	3,0	2132	15	2,9	1533	15	3,2	71,9
Ledergewerbe	1853	16	1,7	1996	16	1,6	1286	16	2,7	64,4
Bekleidungsgewerbe	1738	17	0,3	1806	17	0,3	1203	17	0,3	66,6
	1638	18	0,5	1693	18	0,6	1093	18	0,4	64,6

als 1% der Arbeiter/-innen. Im Fahrzeugbau, im Osten und im Westen hinsichtlich des Verdienstniveaus an dritter Stelle, waren im früheren Bundesgebiet 16% und in den neuen Ländern und Berlin-Ost 9% der Arbeiter/-innen beschäftigt. Der Fahrzeugbau war im Westen der Wirtschaftszweig mit den meisten Arbeiterinnen und Arbeitern. Ebenfalls im Osten und im Westen stark besetzte Wirtschaftszweige waren die Metallerzeugung und -bearbeitung (einschl. Herstellung von Metallerzeugnissen), der Maschinenbau und der Wirtschaftszweig „Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik“. Dabei unterscheiden sich der Wirtschaftszweig „Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik“ in der Rangfolge der Verdienste in West und Ost nur um zwei, der Maschinenbau um einen Platz, die Metallerzeugung und -bearbeitung hat jeweils den gleichen Rang inne. Nach wie vor am stärksten besetzt war in den neuen Ländern und Berlin-Ost der Hoch- und Tiefbau mit 27% der Arbeiter, er lag hinsichtlich der Höhe der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste im Osten auf Rang 10, im Westen mit 12% der Arbeiter auf Rang 9.

Die höchste Ost-West-Verdienstrelation ließ sich mit 81% in der Energie- und Wasserversorgung ermitteln, die niedrigsten Relationen lagen im Textil- und Bekleidungsgewerbe mit jeweils etwas über 64%. Am häufigsten waren Werte zwischen 74 und 77%.

6.4 Hypothetische Verdienste der Arbeiter/-innen im Osten mit der west-deutschen Wirtschaftszweigstruktur

Obwohl sich im Jahr 2002 die Rangfolge der Wirtschaftszweige hinsichtlich der Bruttomonatsverdienste im Osten nicht grundlegend von der im Westen unterschied, bewirkte

eine Korrektur der Ostverdienste mit der Wirtschaftszweigbesetzung des Westens eine Verbesserung der Ost-West-Verdienstrelation aller Arbeiter des Produzierenden Gewerbes um knapp 2 Prozentpunkte. In den Jahren 2000 und 2001 wichen die hypothetischen Ost-West-Verdienstrelationen ähnlich stark von den tatsächlichen Relationen ab (siehe Tabelle 5).

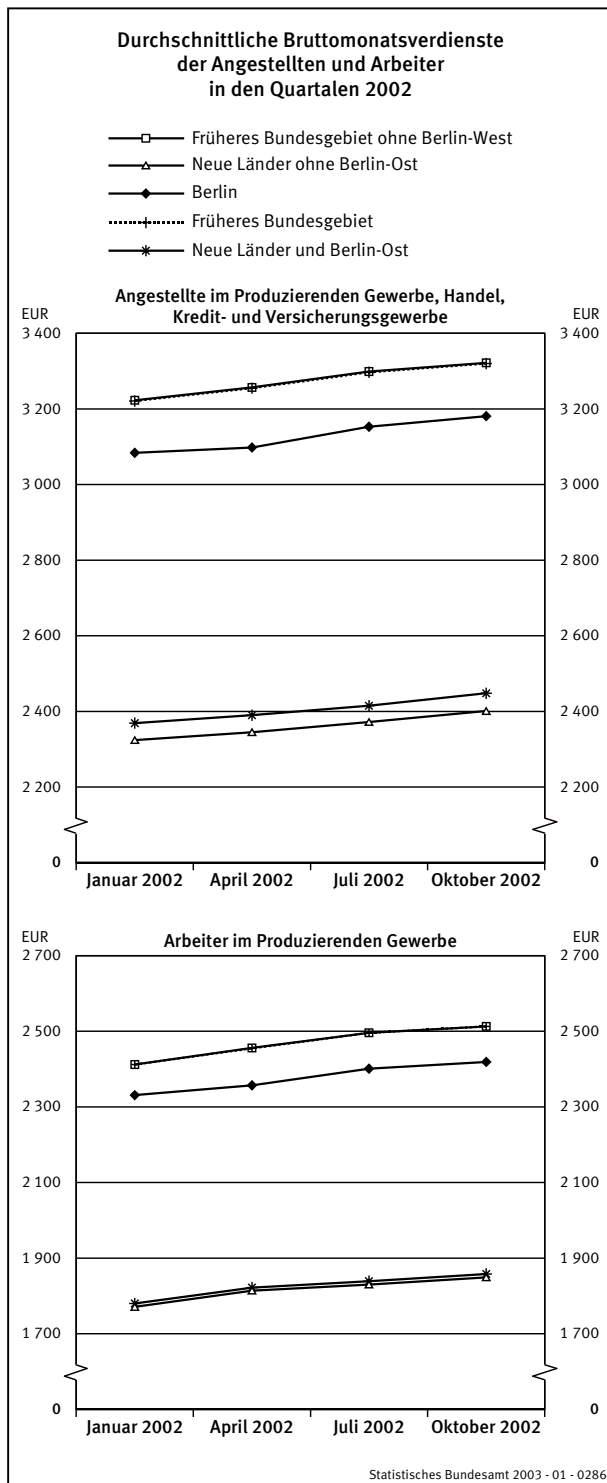
In den Jahren 1992 und 1995 war die Wirtschaftszweigstruktur des Ostens für das Verdienstniveau günstiger als die unterstellte Wirtschaftszweigstruktur des Westens. Die hypothetischen Verdienste verschlechterten die Ost-West-Verdienstrelation um 3 Prozentpunkte im Jahr 1992 und um knapp einen Prozentpunkt im Jahr 1995.

7 Betrachtung mit und ohne Berlin

Die gesamten bisherigen Untersuchungen bezogen beim früheren Bundesgebiet Berlin-West und bei den neuen Ländern Berlin-Ost ein. Stellt man dem früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin-West das frühere Bundesgebiet ohne Berlin-West gegenüber, so ergeben sich sowohl bei den Angestellten als auch bei den Arbeiterinnen und Arbeitern nahezu identische Werte für die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste in den vier Quartalen des Berichtsjahres (siehe Schaubild 3).

Betrachtet man die neuen Länder einmal mit und einmal ohne Berlin-Ost, lassen sich geringe Unterschiede bei den Arbeiterinnen und Arbeitern und etwas größere Unterschiede bei den Angestellten feststellen. Die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Angestellten im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe in den neuen Ländern einschließlich Berlin-Ost waren 2002 um 45 Euro höher als in den neuen Ländern ohne Ber-

Schaubild 3



lin-Ost. Verantwortlich hierfür ist das relativ hohe Verdienstniveau der Angestellten in Berlin-Ost. Diese erreichten 2002 mit einem Abstand von nur 8% zum Bundesdurchschnitt den Anschluss an das Verdienstniveau der westdeutschen Länder. Bei den Arbeitern im Produzierenden Gewerbe machte der entsprechende Unterschied zwischen den Bruttomonatsverdiensten in den neuen Ländern mit und ohne Berlin-Ost 9 Euro aus. [\[1\]](#)

Dipl.-Kauffrau Gudrun Eckert

Preise im April 2003

Im April 2003 stiegen die Preise im Vorjahresvergleich auf fast allen Wirtschaftsstufen. Im Vergleich zum April 2002 erhöhten sich die industriellen Erzeugerpreise um 1,6% (März + 1,7%), die Großhandelsverkaufspreise um 0,3% (März + 1,3%) und die Verbraucherpreise um 1,0% (März + 1,2%). Der Index der Einzelhandelspreise ging um 0,2% zurück (im März war der Index unverändert geblieben).

Im Vormonatsvergleich waren die Preise auf allen Wirtschaftsstufen rückläufig. Dabei gingen die industriellen Erzeugerpreise um 0,2% und die Großhandelsverkaufspreise um 1,1% zurück. Bei den Verbraucherpreisen war ein Rückgang von 0,3% und bei den Einzelhandelspreisen ein Rückgang von 0,2% zu verzeichnen.

Der merkliche Unterschied zwischen der Veränderungsrate zum Vorjahresmonat und der zum Vormonat ist dabei wesentlich auf die Entwicklung des Ölpreises zurückzuführen. Denn obwohl die Preise für Mineralölprodukte im April 2003 im Vergleich zum März 2003 zum Teil stark rückläufig waren, lagen sie immer noch über dem Niveau vom April 2002 (Zum Einfluss des Ölpreises auf den Preisindex siehe den Kasten auf S. 446).

Die Erzeugerpreise für Mineralölprodukte gingen gegenüber März 2003 um 8,4% zurück (+ 3,6% im Vergleich zum April 2002), ohne Mineralölprodukte sind die Erzeugerpreise im Vormonatsvergleich um 0,3% gestiegen. Die Preise für Kraftstoffe sanken um 4,8% (darunter Benzin – 3,4%, Diesel – 6,6%); leichtes Heizöl verbilligte sich um 19,9%, schweres Heizöl um 17,1% und Flüssiggas um 27,7%.

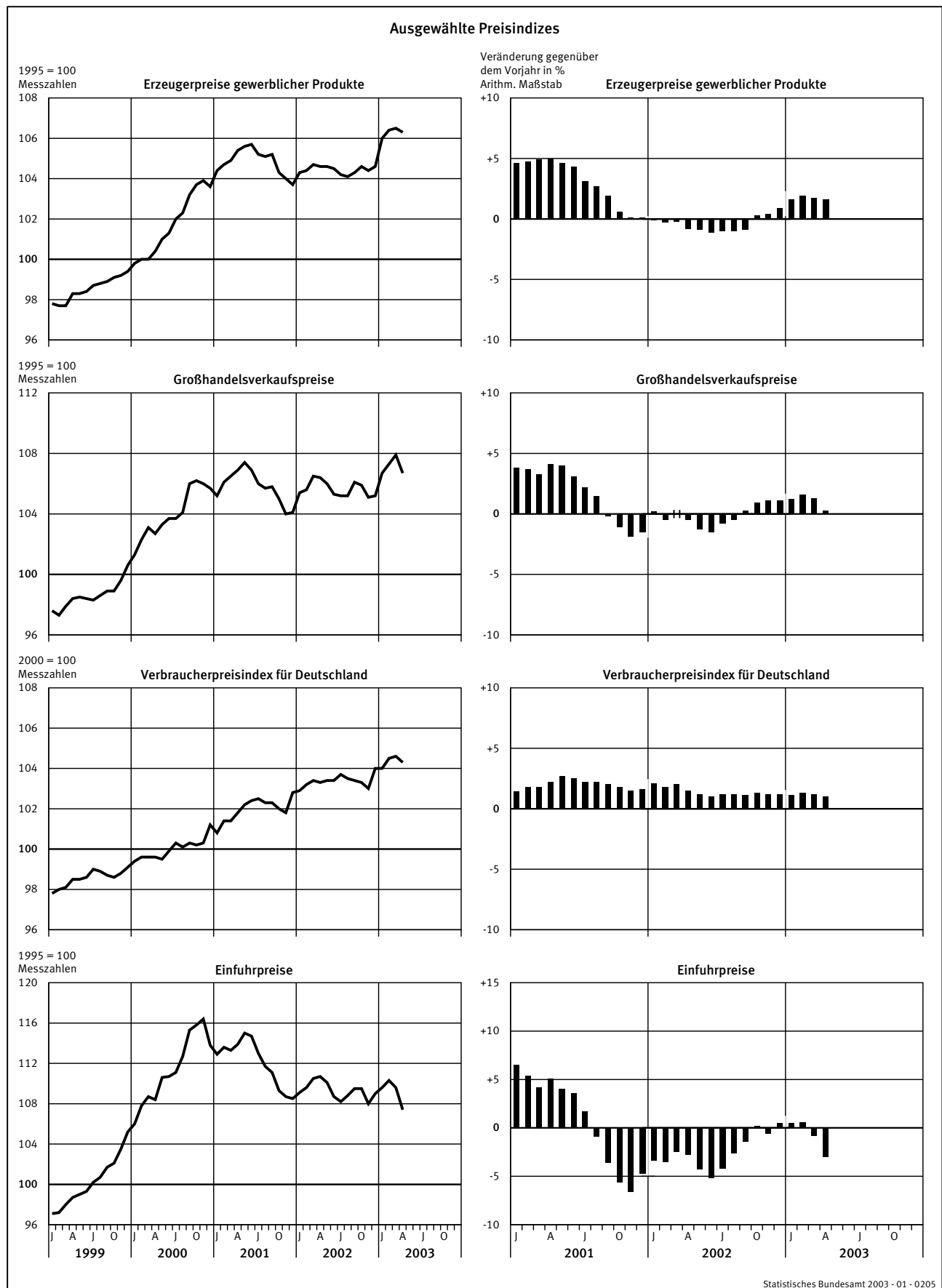
Die Großhandelsverkaufspreise für Mineralölprodukte sind im April im Vergleich zum März 2003 um 8,1% gesun-

ken (+ 2,8% im Vergleich zum April 2002). Dabei fielen binnen Monatsfrist vor allem die Preise für leichtes Heizöl (– 22,7%) und Dieselkraftstoff (– 10,3%). Ohne Mineralölzeugnisse ist der Index der Großhandelsverkaufspreise zum Vormonat unverändert geblieben und im Vergleich zum April 2002 um 0,1% leicht zurückgegangen.

Auch der Rückgang des Verbraucherpreisindex gegenüber dem Vormonat ist im Wesentlichen durch die Preisentwicklung bei Mineralölzeugnissen bedingt; ohne Heizöl und Kraftstoffe liegt er um 0,1% über dem Vormonatsergebnis. Die Preise für leichtes Heizöl lagen im April 2003 deutlich

	Veränderungen April 2003 gegenüber	
	März 2003	April 2002
	%	
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
insgesamt	– 0,2	+ 1,6
ohne Mineralölzeugnisse	+ 0,3	+ 1,6
Mineralölzeugnisse	– 8,4	+ 3,6
Index der Großhandelsverkaufspreise		
insgesamt	– 1,1	+ 0,3
ohne Mineralölzeugnisse	–	– 0,1
Mineralölzeugnisse	– 8,1	+ 2,8
ohne Saisonwaren	– 1,0	+ 0,3
Saisonwaren	– 1,6	– 0,6
Index der Einzelhandelspreise	– 0,2	– 0,2
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte		
insgesamt	– 0,3	+ 1,0
Heizöl und Kraftstoffe	+ 0,1	+ 1,0
ohne Heizöl und Kraftstoffe	– 6,6	+ 1,0
ohne Saisonwaren	– 0,1	+ 1,2
Saisonwaren	– 4,9	– 3,5

Schaubild 1



Ausgewählte Preisindizes

Jahr Monat	Erzeuger- preise gewerblicher Produkte ¹⁾	Großhandels- verkaufs- preise ¹⁾	Einzel- handels- preise ²⁾	Verbraucher- preis- index
	1995 = 100	1995 = 100	2000 = 100	2000 = 100
1998 D	99,5	99,5	99,7	98,0
1999 D	98,5	98,6	99,9	98,6
2000 D	101,8	104,0	100,0	100,0
2001 D	104,9	105,8	101,1	102,0
2002 D	104,4	105,7	101,8	103,4
2002 März ..	104,7	106,5	102,3	103,4
April ...	104,6	106,4	102,3	103,3
Mai	104,6	106,0	102,1	103,4
Juni	104,5	105,3	101,8	103,4
Juli	104,2	105,2	101,6	103,7
Aug. ...	104,1	105,2	101,3	103,5
Sept. ...	104,3	106,1	101,5	103,4
Okt. ...	104,6	105,9	101,4	103,3
Nov. ...	104,4	105,1	101,3	103,0
Dez. ...	104,6	105,2	101,4	104,0
2003 Jan.	106,0	106,7	101,9	104,0
Febr. ..	106,4	107,3	102,2	104,5
März ..	106,5	107,9	102,3	104,6
April ...	106,3	106,7	102,1	104,3
Veränderungen gegenüber dem jeweiligen Vormonat in %				
2002 März ..	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,1	+ 0,2
April ...	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	- 0,1
Mai	-	- 0,4	- 0,2	+ 0,1
Juni	- 0,1	- 0,7	- 0,3	-
Juli	- 0,3	- 0,1	- 0,2	+ 0,3
Aug. ...	- 0,1	-	- 0,3	- 0,2
Sept. ...	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,2	- 0,1
Okt. ...	+ 0,3	- 0,2	- 0,1	- 0,1
Nov. ...	- 0,2	- 0,8	- 0,1	- 0,3
Dez. ...	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 1,0
2003 Jan.	+ 1,3	+ 1,4	+ 0,5	-
Febr. ..	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,5
März ..	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,1
April ...	- 0,2	- 1,1	- 0,2	- 0,3
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %				
1998 D	- 0,4	- 2,0	+ 0,4	+ 0,9
1999 D	- 1,0	- 0,9	+ 0,2	+ 0,6
2000 D	+ 3,4	+ 5,5	+ 0,1	+ 1,4
2001 D	+ 3,0	+ 1,7	+ 1,1	+ 2,0
2002 D	- 0,5	- 0,1	+ 0,7	+ 1,4
2002 März ..	- 0,2	-	+ 1,6	+ 2,0
April ...	- 0,8	- 0,5	+ 1,3	+ 1,5
Mai	- 0,9	- 1,3	+ 0,6	+ 1,2
Juni	- 1,1	- 1,5	+ 0,1	+ 1,0
Juli	- 1,0	- 0,8	+ 0,1	+ 1,2
Aug. ...	- 1,0	- 0,5	+ 0,1	+ 1,2
Sept. ...	- 0,9	+ 0,3	+ 0,2	+ 1,1
Okt. ...	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,1	+ 1,3
Nov. ...	+ 0,4	+ 1,1	+ 0,1	+ 1,2
Dez. ...	+ 0,9	+ 1,1	-	+ 1,2
2003 Jan.	+ 1,6	+ 1,2	- 0,4	+ 1,1
Febr. ..	+ 1,9	+ 1,6	-	+ 1,3
März ..	+ 1,7	+ 1,3	-	+ 1,2
April ...	+ 1,6	+ 0,3	- 0,2	+ 1,0

1) Ohne Umsatzsteuer. – 2) Einschl. Umsatzsteuer; einschl. Kraftfahrzeughandel und Tankstellen.

(– 19,3%) unter dem Stand vom März, auch die Kraftstoffpreise waren rückläufig (– 3,8%). Ein Einfluss der Mineralölpreise auf die Jahresteuerrate ist jedoch nicht festzustellen: Im Vergleich zum April 2002 stieg der Index für Heizöl und Kraftstoffe im gleichen Maße wie der Gesamtindex (+ 1,0%). Leichtes Heizöl ist binnen Jahresfrist etwas günstiger geworden (– 2,0%), dagegen legten die Kraftstoffpreise leicht zu (+ 1,5%).

Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte lag im April 2003 um 1,6% höher als im April 2002. Im März 2003 hatte die Jahresveränderungsrate + 1,7% betragen, während sie im Februar bei + 1,9% gelegen hatte. Im Vergleich zum Vormonat hat sich der Index im April 2003 um 0,2% verringert.

Neben der bereits dargestellten Erhöhung der Preise für Mineralölerzeugnisse im Vorjahresvergleich waren auch elektrischer Strom (+ 7,0%) und Erdgas (+ 7,2%) teurer als vor Jahresfrist, während sich die Preise für Kohle gegenüber dem April 2002 um 5,9% ermäßigten. Insgesamt lagen die Energiepreise somit um 5,1% über dem Vorjahresniveau, ohne Energie ist der Erzeugerpreisindex nur um 0,6% gestiegen.

Bemerkenswert sind die deutlichen Preisrückgänge bei Zement (– 14,4% gegenüber April 2002) und Frischbeton (– 10,1%), die sowohl durch die schwache Baukonjunktur und einen damit verbundenen Preiskampf innerhalb der Branche als auch durch das Kartellverfahren gegen führende Zementhersteller verursacht sein dürften.

Überdurchschnittliche Preiserhöhungen im Jahresvergleich gab es im April 2003 bei folgenden Gütern:

Organische Grundstoffe und Chemikalien (+ 18,8%), raffinierte Pflanzenöle (+ 15,3%), Polyethylen (+ 13,2%), Drahtwaren (+ 12,5%), Roheisen und Stahl (+ 11,1%), Weizenmehl (+ 10,7%), PVC (+ 7,2%), Etiketten aus Papier und Pappe (+ 7,0%), Wellpapier oder -pappe (+ 6,5%) sowie Behälter aus Eisen oder Stahl (+ 6,3%).

Billiger als vor Jahresfrist waren im April 2003 unter anderem:

Flachglas (– 14,0%), Edelmetalle (– 13,7%), Steinkohle und Steinkohlenbriketts (– 12,6%), Kupfer und Kupferhalbzug (– 9,7%), Klebstoffe und Gelatine (– 8,9%), Sicherheitsglas (– 6,6%), Zeitungsdruckpapier (– 6,5%) sowie Futtermittel für Nutztiere (– 6,0%).

Der Index der Großhandelsverkaufspreise lag im April 2003 um 0,3% über dem Niveau von April 2002. Im März und im Februar 2003 hatten die Jahresveränderungsraten + 1,3 bzw. + 1,6% betragen. Gegenüber März 2003 fielen die Preise für im Großhandel verkaufte Produkte um 1,1%. Dabei verteuerten sich im April im Vergleich zum März 2003 besonders Kartoffeln (+ 10,0%) und Zitrusfrüchte (+ 8,5%).

	Veränderungen April 2003 gegenüber	
	März 2003	April 2002
	%	
Großhandel mit		
landwirtschaftlichen Grundstoffen und		
lebenden Tieren	- 1,0	- 3,9
Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ..	- 0,2	- 0,5
Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	-	- 0,3
Rohstoffen, Halbwaren, Altmaterial und		
Reststoffen	- 2,7	+ 2,2
Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	+ 0,1	- 2,0
Sonstiger Großhandel	- 0,6	+ 0,5

Zum Einfluss des Ölpreises auf den Gesamtindex

Nachdem an dieser Stelle im letzten Monat der Verlauf des Rohölpreises vor dem Hintergrund des weltpolitischen Geschehens skizziert wurde, geht es im Folgenden um die Frage, wie sich die Änderungen des Weltmarktpreises für Rohöl auf die nationale Inflationsrate auswirken können. Dabei werden unmittelbare und mittelbare Effekte unterschieden.

Unmittelbarer Einfluss

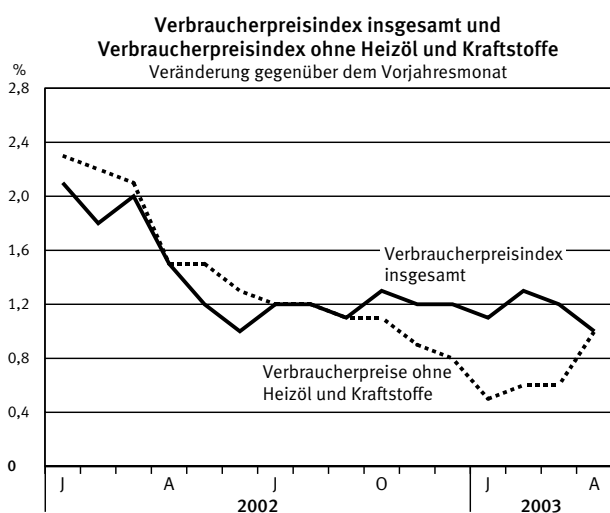
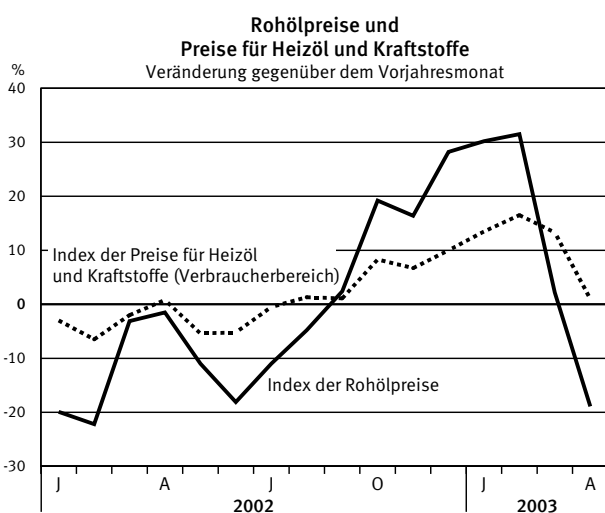
Das linke Schaubild in diesem Kasten verdeutlicht den Zusammenhang zwischen dem Rohölpreis und dem Teilindex für Heizöl und Kraftstoffe im Verbraucherpreisindex. Im Zeitverlauf weisen die beiden Jahresveränderungsraten ähnliche Tendenzen auf, wobei die Veränderungsraten der Rohölpreise jedoch stärker schwanken als die für das verarbeitete Öl. Dies dürfte unter anderem daran liegen, dass auf der Erzeuger- wie auf der Verbraucherseite durch die Weiterverarbeitung und Bevorratung des Öls Preisschwankungen zeitlich ausgeglichen werden.

Der Teilindex für Heizöl und Kraftstoffe weist im Wägungsschema des Verbraucherpreisindex ein Gewicht von 4,16% auf; die Preisentwicklung dieser Position geht somit unmittelbar in die Inflationsrate ein. Der unmittelbare Einfluss kann quantifiziert werden, indem Heizöl und Kraftstoffe aus der Berechnung des Index ausgeschlossen werden. Eine auf diese Weise gewonnene „Kerninflationsrate“¹⁾, also der Verbraucherpreisindex ohne Heizöl und Kraftstoffe, verläuft zwar vom Trend her ähnlich wie der Verbraucherpreis-

index insgesamt (siehe das rechte Schaubild in diesem Kasten). In der Regel schwankt der reduzierte Index jedoch weniger stark als der Gesamtindex, da auch der Teilindex für das verarbeitete Öl noch relativ volatil ist. Dass der Gesamtindex von November 2002 bis April 2003 einen stabileren Verlauf als die Kerninflationsrate aufweist, erklärt sich durch die vorübergehend starken Preiserückgänge bei Nahrungsmitteln, durch welche die temporär hohen Ölpreissteigerungen im gleichen Zeitraum ausgeglichen wurden.

Mittelbarer Einfluss

Neben dem unmittelbaren Einfluss auf den Verbraucherpreisindex hat eine Erhöhung des Weltmarktpreises für Rohöl auch mittelbare Einflüsse, da die Produktionskosten in den verschiedenen Wirtschaftszweigen und Produktionsstufen ansteigen. Unter der Annahme, dass die Produzenten die erhöhte Ölrechnung zumindest teilweise auf die nachgelagerte Wirtschaftsstufe überwälzen können, werden diese Erhöhungen bis an den Endverbraucher weitergegeben. Steigende Preise für Kraftstoffe führen beispielsweise bei Transportdienstleistern direkt zu höheren Kosten. Auf der nachgelagerten Wirtschaftsstufe muss der Handel entsprechend höhere Preise für diese Transportleistung bezahlen, was dann schließlich zu indirekt erhöhten Preisen für die Produkte des Einzelhandels führt. Diese mittelbaren Effekte einer Ölpreisänderung sind im Gegensatz zu den unmittelbaren Effekten jedoch nur schwer quantifizierbar.²⁾



Statistisches Bundesamt 2003 - 01 - 0282

- 1) Zum Begriff der Kerninflationsrate siehe zum Beispiel den Monatsbericht der Europäischen Zentralbank vom Juli 2001, Indizes zur Messung der Kerninflation im Euro-Währungsgebiet, S. 55 ff.
- 2) Das Statistische Bundesamt hat 1991 für den Zeitraum von 1978 bis 1990 entsprechende Analysen unter Verwendung von Input-Output-Tabellen durchgeführt. Siehe hierzu Mayer, H.: „Auswirkungen der Entwicklung der Ölpreise auf Erzeuger- und Verbraucherpreise von 1978 bis 1990“ in WiSta 8/1991, S. 514 ff.

Gegenüber dem Vorjahrgab es im April 2003 starke Preiserhöhungen u.a. bei Eisen- und Stahlschrott (+ 25,7%), Kunststoffen in Primärformen (+ 10,2%), Zitrusfrüchten (+ 8,9%) sowie bei lebenden Rindern (+ 5,8%). Dagegen waren u. a. Tomaten (- 23,2%), lebende Schweine (- 20,8%), Rohkaffee (- 19,5%), Kartoffeln (- 16,0%), Schweinefleisch (- 15,2%), Rohkupfer (- 13,0%), Geflügelfleisch (- 11,8%), Rohaluminium (- 11,3%), Bananen (- 7,6%) und leichtes Heizöl (- 6,5%) billiger als vor einem Jahr.

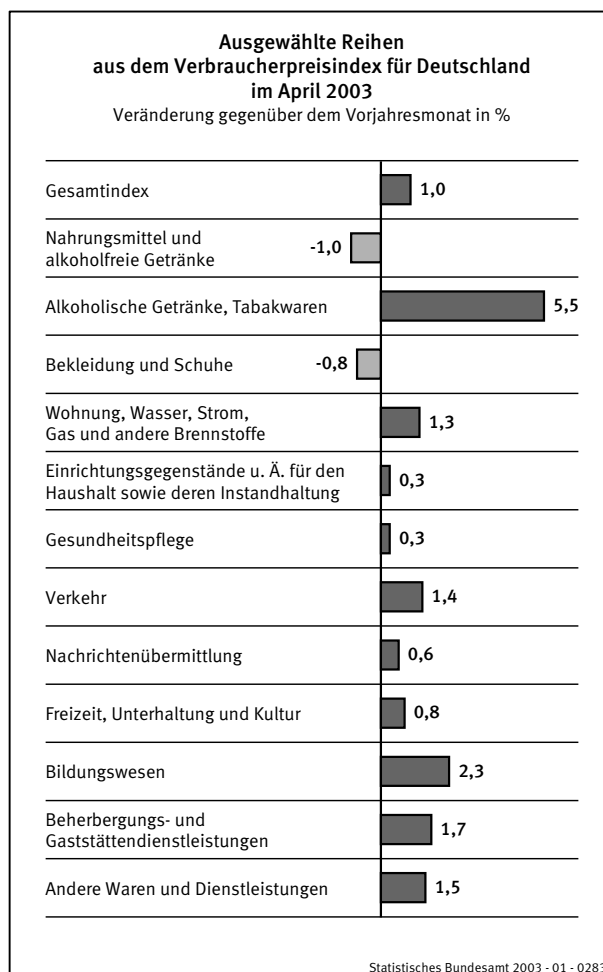
Für die gewerblichen Erzeugerpreise sowie für die Großhandelsverkaufspreise ergaben sich im Einzelnen folgende Veränderungen gegenüber dem Vormonat bzw. dem entsprechenden Vorjahresmonat:

	Veränderungen April 2003 gegenüber	
	März 2003	April 2002
	%	
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
Organische Grundstoffe und Chemikalien	+ 2,2	+ 18,8
Raffinierte Pflanzenöle	+ 4,3	+ 15,3
Polyethylen	+ 1,8	+ 13,2
Drahtwaren	- 0,3	+ 12,5
Roheisen und Stahl	+ 0,9	+ 11,1
Weizenmehl	- 0,1	+ 10,7
PVC	+ 1,8	+ 7,2
Erdgas	+ 2,1	+ 7,2
Etiketten aus Papier und Pappe	-	+ 7,0
Elektrischer Strom	-	+ 7,0
Wellpapier und -pappe	- 1,6	+ 6,5
Behälter aus Eisen oder Stahl	- 0,1	+ 6,3
Futtermittel für Nutztiere	- 0,1	- 6,0
Zeitungsdruckpapier	-	- 6,5
Sicherheitsglas	- 4,4	- 6,6
Klebstoff und Gelatine	- 1,1	- 8,9
Kupfer und Kupferhalbzeug	- 0,6	- 9,7
Steinkohle und Steinkohlenbriketts	- 1,2	- 12,6
Edelmetalle	- 2,5	- 13,7
Flachglas	- 3,6	- 14,0
Großhandelsverkaufspreise		
Eisen- und Stahlschrott	+ 0,3	+ 25,7
Roheisen und Stahl, Ferrolegierungen	+ 1,1	+ 10,7
Kunststoffe in Primärformen	+ 1,5	+ 10,2
Zitrusfrüchte	+ 8,5	+ 8,9
Lebende Rinder	- 1,3	+ 5,8
Dieselmotoren	- 10,3	+ 2,4
Leichtes Heizöl	- 22,7	- 6,5
Bananen	+ 1,3	- 7,6
Rohaluminium	- 1,3	- 11,3
Geflügelfleisch	+ 0,4	- 11,8
Rohkupfer	- 2,6	- 13,0
Schweinefleisch	- 4,5	- 15,2
Kartoffeln	+ 10,0	- 16,0
Rohkaffee	+ 2,6	- 19,5
Lebende Schweine	- 3,4	- 20,8
Tomaten	- 1,8	- 23,2

Der *Index der Einzelhandelspreise* wies im April 2003 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum eine Veränderung von - 0,2% auf. Im Februar und März 2003 waren die Preise im Vorjahresvergleich noch unverändert geblieben. Gegenüber dem Vormonat fielen die Einzelhandelspreise im April 2003 ebenfalls um 0,2%.

Der *Verbraucherpreisindex* ist im April 2003 gegenüber April 2002 um 1,0% gestiegen. Im März hatten sich

Schaubild 2



die Preise noch um 1,2%, im Februar um 1,3% erhöht. Im Vergleich zum März 2003 verringerte sich der Index um 0,3%.

Im Vergleich zum Vorjahr sind vor allem Nahrungsmittel billiger geworden (- 1,1%). Dies ist überwiegend auf die verbraucherfreundliche Preisentwicklung bei Gemüse

Verbraucherpreisindex für Deutschland auf Basis 2000 = 100

	Veränderungen April 2003 gegenüber	
	März 2003	April 2002
	%	
Gesamtindex	- 0,3	+ 1,0
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	+ 0,2	- 1,0
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	-	+ 5,5
Bekleidung und Schuhe	- 0,3	- 0,8
Wohnung, Wasser, Strom, Gas usw.	- 0,4	+ 1,3
Einrichtungsgegenstände, Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt u. Ä.	+ 0,1	+ 0,3
Gesundheitspflege	- 0,1	+ 0,3
Verkehr	- 0,7	+ 1,4
Nachrichtenübermittlung	+ 0,3	+ 0,6
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	- 0,4	+ 0,8
Bildungswesen	+ 0,2	+ 2,3
Beherbergungs- und Gaststättendienst- leistungen	+ 0,2	+ 1,7
Andere Waren und Dienstleistungen	+ 0,1	+ 1,5

(– 5,0%) und Obst (– 4,3%) zurückzuführen. Günstiger als im Vorjahr sind weiterhin Bohnenkaffee (– 4,8%) sowie Molke-reiprodukte und Eier (– 1,8%). Verteuerungen waren dagegen bei Zucker, Honig und Süßwaren (+ 4,6%) sowie bei Fischen und Fischwaren (+ 2,6%) zu beobachten. Im Vergleich zum März 2003 stiegen die Lebensmittelpreise um 0,3%.

Im Jahresvergleich wirkten Bankdienstleistungen (+ 8,2%), Beherbergungsdienstleistungen (+ 6,2%) sowie Parkhaus-gebühren (+ 2,3%) preistreibend. Unterdurchschnittlich teurer wurden im April 2003 dagegen die Chemische Reinigung (+ 0,2%) oder der Friseurbesuch (+ 0,9%).

Der für europäische Zwecke berechnete harmonisierte Verbraucherpreisindex für Deutschland hat sich im April 2003 gegenüber April 2002 um 1,0% erhöht. Im März hatte die Veränderung zum Vorjahr noch 1,2% betragen, im Februar 1,3%. Im Vergleich zum Vormonat sank der Index um 0,3%. [u](#)

ÜBERSICHT

über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge

	Heft	Seite
Allgemeines, Methoden, Klassifikationen		
Konzept zur Beurteilung der Schutzwirkung von faktischer Anonymisierung	4	287
Zur Deflationsdiskussion	1	13
Zu den Möglichkeiten der Nutzung einer Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte in der amtlichen Statistik	5	391
Private Haushalte in der Informationsgesellschaft	2	94
Informationstechnologie in Unternehmen	2	106
Zur Ausstattung privater Haushalte mit Informations- und Kommunikationstechnologie	4	354
Zur Änderung der Gewerbeanzeigenstatistik ab 2003	3	189
Zur Erfassung von Einkommen in der Landwirtschaft	5	410
Umstellung der Auftragseingangs- und Umsatzindizes im Verarbeitenden Gewerbe auf Basis 2000	3	206
Amtliche Energiestatistik neu geregelt	1	33
Zur Beobachtung der Entwicklung des E-Commerce	4	314
Das Internationale Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC)	2	115
Vergleichende Betrachtung der Ausfuhren und des Auslandsumsatzes im Produzierenden Gewerbe	5	418
Die methodische Behandlung von Software in der Außenhandelsstatistik	2	121
Belastung der Befragten durch die Intrahandelsstatistik	3	226
Transportketten im intermodalen Güterverkehr	4	327
Umstellung des Verbraucherpreisindex auf Basis 2000	5	423
Bevölkerung		
Private Haushalte in der Informationsgesellschaft	2	94
Wahlen		
Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2002 nach Geschlecht und Alter	3	171

	Heft	Seite
Unternehmen und Arbeitsstätten		
Informationstechnologie in Unternehmen	2	106
Zur Änderung der Gewerbeanzeigenstatistik ab 2003	3	189
Gewerbeanzeigen 2002	5	402
Insolvenzen 2002	4	293
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		
Zur Erfassung von Einkommen in der Landwirtschaft	5	410
Die Klassifikation der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland von 1971 bis 2001	3	191
Zur Entwicklung der in den landwirtschaftlichen Betrieben Deutschlands beschäftigten Arbeitskräfte 1991 bis 2001	4	301
Produzierendes Gewerbe		
Umstellung der Auftragseingangs- und Umsatzindizes im Verarbeitenden Gewerbe auf Basis 2000	3	206
Amtliche Energiestatistik neu geregelt	1	33
Baugewerbe in Deutschland	1	41
Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus		
Zur Beobachtung der Entwicklung des E-Commerce	4	314
Entwicklung im Großhandel im Jahr 2002	3	213
Entwicklung im Einzelhandel im Jahr 2002	3	220
Außenhandel		
Das Internationale Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC)	2	115
Vergleichende Betrachtung der Ausfuhren und des Auslandsumsatzes im Produzierenden Gewerbe	5	418
Die methodische Behandlung von Software in der Außenhandelsstatistik	2	121
Belastung der Befragten durch die Intrahandelsstatistik	3	226
Außenhandel 2002 nach Ländern	4	319
Verkehr		
Transportketten im intermodalen Güterverkehr	4	327
Gewerblicher Luftverkehr 2002	4	338
Geld und Kredit		
Bauspargeschäft 2001	1	46
Sozialleistungen		
Ergebnisse der Sozialhilfe- und Asylbewerberleistungsstatistik 2001	3	237
Finanzen und Steuern		
Ausgaben je Schüler im Sekundarbereich II	4	345
Öffentliche Einnahmen aus Glücksspielen	3	252
Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes am 1. Januar 2002	2	126
Öffentliche Finanzen 2002	4	349
Wirtschaftsrechnungen		
Zur Ausstattung privater Haushalte mit Informations- und Kommunikationstechnologie	4	354
Löhne und Gehälter		
Ost-West-Verdienstrelation	5	433

Preise

Zur Deflationsdiskussion	1	13
Umstellung des Verbraucherpreisindex auf Basis 2000	5	423
Preisentwicklung im Jahr 2002	1	55
Preise im Januar 2003	2	135
Preise im Februar 2003	3	257
Preise im März 2003	4	368
Preise im April 2003	5	443

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Bruttoinlandsprodukt 2002	1	20
---------------------------------	---	----

Gastbeiträge

Herausforderungen der Statistik in der Währungsunion	1	67
Zur Rolle der Statistik in der Informationsgesellschaft	1	75
Arbeitsmarktinstitutionen und die Struktur von Matchingprozessen im Arbeitsmarkt: ein deutsch-amerikanischer Vergleich	2	140
Die Regelung amtlicher Statistiken im Vereinigten Königreich: Neue Bestimmungen für nationale Statistiken und derzeitige Einflüsse	2	147
Iterative EI-Schätzungen und das interne Konsistenzproblem	3	262

Neuerscheinungen¹⁾ vom 26. April 2003 bis 23. Mai 2003

● Zusammenfassende Veröffentlichungen

	EUR [D]
Wirtschaft und Statistik, April 2003	11,15
Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft, Januar 2003	14,03
Schriftenreihe Sozio-ökonomisches Berichtssystem für eine nachhaltige Gesellschaft: Monetäre, physische und Zeit-Input-Output-Tabellen, Teil 1: Konzepte und Beispiel	13,80
Teil 2: Analytische Auswertung	18,80
Zeit für Kinder – Betreuung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen	8,80

● Fachserien

Fachserie 2: Unternehmen und Arbeitsstätten	
Reihe 4.1 Insolvenzen, Dezember und Jahr 2002	5,65
Fachserie 3: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Reihe 2.2.2 Agrarstrukturerhebung 2001: Wirtschaftsdünger tierischer Herkunft in landwirtschaftlichen Betrieben 2001	7,92
Reihe 3.2.2 Weinerzeugung 2002	2,67
Reihe 4 Viehbestand und tierische Erzeugung 1998	7,92
Reihe 4.5 Hochsee- und Küstenfischerei, 2. Vierteljahr 2000 ...	4,47
Fachserie 4: Produzierendes Gewerbe	
Reihe 2.1 Indizes der Produktion und der Arbeitsproduktivität im Produzierenden Gewerbe, März 2003	5,65
Reihe 2.2 Auftragseingang und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe – Indizes –, Februar 2003	10,79
Reihe 2.2 März 2003	10,79
Reihe 7.1 Beschäftigte und Umsatz im Handwerk, 4. Vierteljahr 2002	2,67
Reihe 8.1 Eisen und Stahl (Eisenerzbergbau, eisenschaffende Industrie, Eisen-, Stahl- und Tempergießerei), März 2003	5,65
Reihe 8.1 April 2003 (Vorbericht)	1,75
Fachserie 7: Außenhandel	
Reihe 1 Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel, Januar 2003	6,94
Reihe 1 Februar 2003	6,94
Fachserie 8: Verkehr	
Reihe 4 Binnenschifffahrt, Dezember 2002	5,65
Reihe 5 Seeschifffahrt, 1. Quartal 2002	4,47
2. Quartal 2002	4,47
Fachserie 10: Rechtspflege	
Reihe 2 Gerichte und Staatsanwaltschaften 2001	16,19
Reihe 2.5 Finanzgerichte 2002	5,65
Fachserie 11: Bildung und Kultur	
Reihe 4.5 Finanzen der Hochschulen 2001	12,49
Fachserie 14: Finanzen und Steuern	
Reihe 3.5 Rechnungsergebnisse der öffentlichen Haushalte für soziale Sicherung und für Gesundheit, Sport, Erholung 2000	18,66
Reihe 4 Steuerhaushalt, 3. Vierteljahr 2002	4,47
Reihe 9.1.1 Absatz von Tabakwaren, 1. Quartal 2003	2,67
Reihe 9.2.1 Absatz von Bier, März 2003	1,75

Fachserie 15: Wirtschaftsrechnungen

	EUR [D]
Reihe 2 Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern 1998 – 2002	10,79

Fachserie 16: Löhne und Gehälter

Reihe 2 Arbeitnehmerverdienste im Produzierenden Gewerbe; Handel; Kredit- und Versicherungsgewerbe, Januar 2003 (Vorbericht)	2,21
--	------

Fachserie 17: Preise

Reihe 1 Preisindizes für die Land- und Forstwirtschaft, Februar 2003	4,47
Reihe 2 Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise), März 2003	5,65
Reihe 4 Messzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke, Februar 2003	6,94
Reihe 7 Verbraucherpreisindizes für Deutschland, April 2003 (Eilbericht)	2,21
Reihe 8 Preisindizes für die Ein- und Ausfuhr 2002	16,19
Reihe 8 März 2003	9,35
Reihe 9 Preise und Preisindizes für Verkehr und Nachrichtenübermittlung 2002	6,94
Reihe 10 Internationaler Vergleich der Preise für die Lebenshaltung, März 2003	2,67

● Klassifikationen

Klassifikation der Wirtschaftszweige mit Erläuterungen, Ausgabe 2003	29,80
--	-------

● Elektronische Veröffentlichungen

Gemeindeverzeichnis, Stand: 31.12.2001 (CD-ROM)	98,-
Außenhandel nach Waren und Ländern, Januar 2003 (CD-ROM) ...	25,-
Februar 2003 (CD-ROM) ..	25,-

Veröffentlichungskalender für Pressemitteilungen

Das Statistische Bundesamt gibt die Veröffentlichungstermine wichtiger wirtschaftsstatistischer Pressemitteilungen in einem Jahresveröffentlichungskalender, der wöchentlich präzisiert wird, bekannt.

Der Kalender kann unter der Internetadresse <http://www.destatis.de/presse/deutsch/cal.htm> abgerufen werden.

¹⁾ Zu beziehen durch den Buchhandel oder über den Vertriebspartner: SFG – Servicecenter Fachverlage GmbH, Postfach 43 43, 72774 Reutlingen, Telefon (0 70 71) 93 53 50, Telefax (0 70 71) 93 53 35, Internet: www.s-f-g.com, E-Mail: destatis@s-f-g.com. Preise verstehen sich ausschließlich Versandkosten.